

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus schickbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stadlana und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Neuzeitliche“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einpolige Vorpostelleiste 10 Pfennig, Restomasse 5.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 15 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonntag, den 20. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Mussolini gegen Kamet.

Diplomatische Vorstellungen in Wien.

Rom, 19. Februar. (WIB.) Agenzia Stefani meldet: Nachdem Mussolini den authentischen Text der Rede des österreichischen Bundeskanzlers Kamet gelesen hat, beauftragte er sofort den italienischen Gesandten in Wien, von dem Bundeskanzler genaue Auskünfte über einige Punkte seiner Rede zu verlangen.

Die Rede Kamets im Wiener Nationalrat war so gemahigt und vorsichtig, daß man sich erstaunt fragt, über welche „Punkte“ Mussolini eigentlich noch Auskünfte verlangen zu müssen glaubt.

Der deutsche Minderheitenschutz.

Ein Interview mit Stauning.

Kopenhagen, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kopenhagener Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ erhielt von dem dänischen Ministerpräsidenten Genossen Stauning die folgende Meinungsäußerung über die neue preussische Minderheitenschulordnung:

Ich kenne die Einzelheiten in der neuen preussischen Schulordnung für die Gegenden südlich der dänischen Grenze nicht, aber soweit ich verstanden habe, trägt die Neuordnung den gleichen Charakter wie die nördlich der Grenze.

Ich setze voraus, daß die praktische Ausführung der Neuordnung in dem Geiste erfolgt, in dem ich sie beurteilt habe, und in diesem Fall zweifle ich nicht daran, daß die Neuordnung großen Wert hat.

Ich setze voraus, daß die praktische Ausführung der Neuordnung in dem Geiste erfolgt, in dem ich sie beurteilt habe, und in diesem Fall zweifle ich nicht daran, daß die Neuordnung großen Wert hat.

Hilfe den Erwerbslosen!

Heute Entscheidung im Reichstag.

Im Vordergrund der sozialpolitischen Auseinandersetzungen steht die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer ausreichenden Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen.

Wir haben in Deutschland seit Jahr und Tag den unerträglichen Zustand zu verzeichnen, daß die Unterstützungssätze den Arbeitslosen nicht einmal die bescheidenste Existenzmöglichkeit gewährleisten.

Es ist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im unermüdlichen Kampfe gelungen, mit Wirkung vom 14. Dezember ab, die erste Erhöhung der Unterstützungssätze durchzusetzen.

Bei den Beratungen im Sozialen Ausschuss forderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Erhöhung der Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 Prozent und eine Erhöhung der Familienszuschläge und der Höchstsätze um 15 Prozent.

Gegenüber dieser Verständigung weist die Vereinbarung der Regierungsparteien mit der Reichsregierung Verschlechterungen insofern auf, daß nunmehr die Erhöhung nur gelten soll für die Ortsklassen A, B und C und eine Erhöhung der Höchstsätze überhaupt nicht erfolgen wird.

Die nachstehenden Vergleiche zeigen, daß die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geforderten Erhöhungen sich immer noch in einem bescheidenen Rahmen halten.

Das Abfindungskompromiß.

Unannehmbare Beschlüsse in erster Lesung.

Der Rechtsausschuss des Reichstags setzte gestern die Aussprache über den § 1 des Kompromißantrages zur Fürstenabfindung fort.

Abg. Dr. Bell (3.) empfiehlt, zwischen erster und zweiter Lesung noch eine bessere Fassung für den § 1 zu suchen.

Vorsitzender Dr. Kahl erbittet die Ermächtigung, sich mit dem Reichstanzler und dem Justizministerium in Verbindung zu setzen, um die Stellungnahme der Reichsregierung zu erfahren.

Der kommunistische Antrag auf entschädigungslose Entzignung wurde dann in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Abstimmung über den § 1 des Kompromißantrages wurde abschnittsweise vorgenommen und ergab nach Ablehnung der vielen dazu vorliegenden Änderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten die Annahme in der Fassung der Kompromißpartei.

Jahnkes Geständnisse.

Halle, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den deutschen Landtagsabgeordneten Jahnke, Bezirk Halle-Merleburg, der demnächst in der parlamentarischen Untersuchung seine Rolle spielen wird, weiß das „Volksblatt“ unter der Überschrift „Jahnkes Geständnisse“ folgendes zu berichten:

Das Duellgesetz.

Aussetzung um zwei Monate beantragt.

Die Regierungsparteien des Reichstags haben nunmehr, wie hier schon angekündigt wurde, den Antrag eingebracht, die Verkündung des Duellgesetzes, das über schuldige Offiziere die Dienstentlassung verhängt, um zwei Monate auszusetzen.

Der Antrag der Regierungsparteien bedeutet, wie gleichfalls schon gemeldet, ein Entgegenkommen an den Reichspräsidenten, der das Gesetz nicht verkünden will, weil es für Offiziere und Beamte ungleiches Recht schafft.

Das ist ein ganz passabler Ausweg, um diesen Konflikt im kleinen aus der Welt zu schaffen. Er könnte jedoch leicht wieder verbaut werden, wenn man wirklich, wie von gewisser Seite beabsichtigt sein soll, bei dieser Gelegenheit den gesetzlichen „Ehrenschutz“ verschärfen wollte.

„Noch nicht“ ...

Deutsche Demokratische Partei und Volkseinsicht.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ veröffentlicht aus Anlaß der bevorstehenden Auslegung der Einzeichnungslisten für ein Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung nachstehende Mitteilung der Parteileitung:

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion ist aus dem Bestreben heraus, die ungeheuerlichen Forderungen der Fürsten abzuwehren und das schwerleidende deutsche Volk vor weiterer Belastung zu bewahren, nachdrücklich bemüht, eine diesem berechtigten Verlangen entsprechende gesetzliche Regelung der Fürstenabfindung auf parlamentarischem Wege zu erreichen.

Diese Erklärung der demokratischen Parteileitung kennzeichnet den starken Druck, den die Stimmung aller Kreise der Bevölkerung auf die bürgerlichen Parteien ausübt.

Kuczynsky errechnete wöchentliche Existenzminimum beträgt 18,91 M. Das arbeitslose Ehepaar erhält in Berlin nach der gegenwärtigen Regelung pro Woche 13,05 M. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze nach den Vorschlägen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion würde in diesem Falle bedeuten, daß die Arbeitslosenunterstützung auf 16,50 M. pro Woche erhöht würde. Nach den Berechnungen Kuczynskys beträgt das wöchentliche Existenzminimum 25,95 M. Der arbeitslose Familienvater mit zwei Kindern erhält pro Woche in Berlin 17,70 M. Nach den sozialdemokratischen Vorschlägen würde sich die wöchentliche Unterstützung auf 21,83 M. erhöhen. Das wöchentliche Existenzminimum beträgt nach Kuczynsky 33,25 Mark.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die hier von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geforderte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchaus notwendig ist. Auch die erforderlichen Mittel für eine solche Erhöhung sind da. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist es gewesen, die immer wieder die einheitsliche Reichsgesamtheit gefordert hat; die Vertreter der Arbeitnehmer im Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung haben schon vor Wochen der höchstzulässigen Beitragsbelastung von 3 Proz. des Grundlohnes zugestimmt. Damit ist den Arbeitnehmern in dieser außerordentlich schweren Zeit ein erhebliches finanzielles Opfer zugemutet worden. Sie haben deshalb erhöhten Anspruch darauf, daß auch das Reich in vollem Umfange seine Pflicht den Arbeitslosen und Kurzarbeitern gegenüber erfüllt. Der Reichshaushalt weist erfreulicherweise einen Ueberschuß von drei Viertelmilliarden auf. Das Reich ist also in der Lage, die notwendigen finanziellen Opfer tragen zu können. Wichtiger wie Steuerermäßigungen ist eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen. In der Erhaltung der jetzt brachliegenden Arbeitskräfte obliegt dem Staat die wichtige soziale Aufgabe, den späteren ökonomischen Aufstieg überhaupt zu ermöglichen. Der Reichstag wird hoffentlich diesen entscheidenden sozialen Zusammenhang nicht übersehen und angesichts der vorhandenen Mittel alles tun, um den Arbeitslosen über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Gnade mit Schikanen.

Der schlecht beratene Reichsjustizminister.

Der Staatsgerichtshof hat am 21. Juni 1925 den Schriftsteller Josef Gärtner wegen Hochverrats zu Gefängnis verurteilt, weil er Gedichte von Madag, Mühsam, Herwegh und Toller vorgetragen hatte. Das Urteil war ein juristisches Fehlurteil, es war ein Tendenzurteil, das allgemeine Empörung und den Protest des gesamten literarischen Deutschlands hervorrief. Es gehört zu den trübsten Kapiteln aus der Geschichte des Staatsgerichtshofs.

Es lag in der Hand des Reichsjustizministeriums, das offensichtliche Fehlurteil zu korrigieren. Es hat sich auch in diesem Falle gezeigt, daß das Reichsjustizministerium bei seinen Gnadenakten die Fiktion zu erhalten sucht, daß die Richter auch im Falle eines trassen Fehlurteils unbedingt recht haben, und der Angekludigte immer unrecht. So war die Praxis im Falle Wandt, so ist sie auch im Falle Gärtner. Das kommt darin zum Ausdruck, daß als Form der Begnadigung eine Straffürzung mit Bewährungsfrist gewählt wurde. Gerade im Falle Gärtner ist diese Praxis besonders unangebracht. Soll die Bewährungsfrist bedeuten, daß Gärtner sich der vom Staatsgerichtshof angestrebten politisch-literarischen Kensur unterwerfen soll, die mit der Verfassung im Widerspruch ist, und auf eine Vergewaltigung der Freiheit der Kunst hinauslaufen würde?

Gärtner selbst lehnt diese Form der Begnadigung mit Schikanen ab. Er hat an den Oberreichsanwalt folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf die Mitteilung des Herrn Oberreichsanwalts vom 19. v. M. glaube ich nach reiflichster Ueberlegung erwidern zu

müssen, daß mir der in dieser Mitteilung in Aussicht gestellte Gnadenbeweis nicht wünschenswert erscheinen kann, weil sich ein unter den angegebenen Voraussetzungen erteilter Gnadenbeweis mit meinen künstlerischen und menschlichen Ehrbegriffen in keiner Weise decken würde.

Ich werde die Ueberreichung meiner Gnadenbesuche, das Präsidium der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen und meinen Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Dr. Hamburger, noch bitten, den Herrn Reichsminister der Justiz von meiner Einstellung in dieser Angelegenheit in Kenntnis zu setzen, damit mir ein solcher Gnadenbeweis, gegen den ich nach erfolgter Erstellung in aller Öffentlichkeit auf das Entschiedenste protestieren möchte, erspart bleibt.

Sehr ergebenst gez. Josef Gärtner.“

Auf diese durchaus berechtigte Vorstellung Gärtners hin hat das Reichsjustizministerium beschloffen, daß Gärtner nicht begnadigt werden solle und seine Strafe abfinden müsse. Dieser Beschluß ist dem Verteidiger Gärtners mit folgendem Schreiben bekanntgegeben worden:

„Ich bin inzwischen in die in Aussicht gestellte erneute Prüfung der Frage einer Begnadigung des Schriftstellers Josef Gärtner eingetreten. Nach Mitteilung des Herrn Oberreichsanwalts hat der Beurteilte an ihn die in Abschrift beigelegte Eingabe vom 3. Januar d. J. gerichtet, in der er einen Gnadenbeweis ablehnt. Gegenüber dem Direktor des Bundesgefängnisses in Freiburg i. B. hat er sich dahin geäußert, daß er eine Straffürzung mit Bewährungsfrist ablehne und eine bedingungslose Begnadigung nur deshalb annehmen würde, weil in ihr zum Ausdruck komme, daß ihm durch Verurteilung Unrecht geschehen sei. Angesichts der aus diesen Erklärungen ersichtlichen Einstellung des Beurteilten zu der Gnadenfrage sehe ich mich nicht in der Lage, einen Gnadenbeweis für ihn in Vorschlag zu bringen.

Entschluß und Begründung entsprechen nicht der hohen Stellung, die das Reichsjustizministerium einnehmen sollte. Weil das Ehrgefühl und das beleidigte Rechtsgefühl eines zu Unrecht Verurteilten sich gegen eine kleinliche Gnade mit Schikanen auflehnt, keine Korrektur eines offensichtlichen Unrechts? Aus dieser Einstellung des Reichsjustizministeriums zur Gnadenfrage spricht nur die Ueberheblichkeit eines Bureaukratismus, der in jedem Beurteilten ein Objekt, einen Verbrecher, einen Minderwertigen sieht, der jede Äußerung der Behörde in Demut hinzunehmen hat.

Wir hätten geglaubt, daß Herr Dr. Marx Verständnis hätte für die Empörung eines Idealisten, dessen beleidigtes Rechtsgefühl durch die angebotene Form der Gnade mit Schikanen noch mehr verletzt wird. Wenn er in die Geschichte der Zentrumspartei zur Zeit des Kulturkampfes zurückgeht, wird er Beispiele genug finden für die Haltung, die Gärtner der Halbheit des Reichsjustizministeriums gegenüber einnimmt. Herr Dr. Marx war schlecht beraten, als er den unwürdigen, bureaukratisch-überheblichen Beschluß des Reichsjustizministeriums gebilligt hat. Wir sagen laut: dieser Beschluß ist Unrecht, und die Empörung von Gärtner ist Recht.

Verlängerte Anmeldefrist.

Für die Ablösung des Altbesitzes.

Der Reichsfinanzminister hat die Frist für die Anmeldung der Kreditsanleihen des Reiches bis zum 31. März 1926 verlängert. Wenn auch der weitaus größte Teil des erwarteten Anleihealtbesitzes bereits zur Anmeldung gelangt ist, so erscheint doch mit Rücksicht auf einige besondere Umstände (Kriegsanleihe-Verficherung, hinterlegte Anleihen, Sparkassendepots u. a.) eine Fristverlängerung unvermeidlich. Mit dem 31. März d. J. läuft die Anmeldefrist endgültig ab. Eine weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Auch die Anleihegläubiger, die ihre Anleihen bei Banken oder Sparkassen im Depot haben, müssen für die rechtzeitige Anmeldung Sorge tragen, da die Banken und Sparkassen häufig die Mitbesitzerscheine der Anleihen nicht kennen oder nicht die nötigen Belege für die Mitbesitzbegründung haben.

Unfallverhütung im Bergbau. Im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums sprach Prof. Wempe-Dönnberg in der Urania über „Verhütung von Unfällen im Kohlenbergbau“. Die Quote der Verletzten im Kohlenbergbau ist verglichen mit anderen Industriebetrieben ungeheuer hoch. Durchschnittlich beläuft sie sich täglich im westfälischen Kohlenrevier auf 4 Tote, 17 Schwere und 175 Leichtverletzte. Diesem Umstande durch Nachlässigkeit. Selbst der sorgfältigste Bergmann stumpt allmählich gegen die Gefahr, die ihn dauernd umgibt, ab. Nicht die Katastrophen erfordern relativ die höchste Opferzahl, sondern das Ausweichen von Steinen und Kohlen und andere geringfügige Ereignisse, die durch Vorsicht vermieden werden können. Zu diesem Zweck veranstaltet Prof. Wempe in den Kohlenrevieren Filmvortrags, die die Arbeiter über die Gefahren, die ihnen durch Vernachlässigung der Vorsichtsmaßnahmen drohen, aufklärt. Prof. Wempe führte drei dieser Aufklärungsfilme in der Urania vor. Sie zeigten neben interessanten Aufnahmen aus dem Bergwerk, wie ein Bergmann Sprengpatronen legen soll, wie er den Stollen abzuleuchten hat, wie er die Wagen bei der Kohlenförderung führen und bremsen muß und wie er sich bei der Stützung der entleerten Gewölbe verhalten soll.

Der Vortragende hat leider nicht untersucht, wodurch die Bergarbeiter unvorsichtig werden. (Ueberarbeitung, schlechte hygienische Verhältnisse, der Druck der gesamten Lebenslage usw.) Ziel einer rationalen Unfallverhütung muß zudem die objektive Gefahrenbekämpfung sein, so daß schließlich die subjektive Seite an Bedeutung verliert. Auf diesem Gebiete scheint eine Erfindung von großer Tragweite zu sein, über die aus Bochum berichtet wird: Dem Ingenieur Reiffen in Bielefeld ist es nach langjährigen Versuchen gelungen, einen Grubengasanzeiger zu konstruieren, der nicht nur schlagende Wetter, sondern auch matte Wetter anzeigt und dessen Einführung tatsächlich die größten Gefahren im Bergbau auszuscheiden vermag. Die staatliche berggewerbliche Versuchsstelle in Dorne bei Dortmund hat den bequem zu handhabenden Apparat glänzend begutachtet. In dem Gutachten heißt es, daß die Erfindung Reiffens in der Tat berufen sei, die Explosions- und Erstickungsgefahr auf ein Mindestmaß herabzubringen. Da der Reiffen-Grubengasanzeiger die in der Grube vorfindenden Gase selbst in Bruchteilen von Prozenten anzeigt, ist er absolut zuverlässig. Da er weder elektrischen Strom noch Blühdampf und auch keine Flamme oder sonstige entzündungsgefährliche Energien benötigt, so bildet er für den Grubendirektor keine Gefahr für Schlagwetterexplosionen, d. h. er ist unbedingt schlagwettericher.

Rückgratverkrümmung und Sonderturnen. In vielen Städten Deutschlands wird Kindern mit drohender oder beginnender Rückgratverbiegung (Skoliose) ein Sonderturnunterricht erteilt. Dieses orthopädische Turnen ist ein Heilturnen zur Geraderhaltung des Körpers mit möglichst einfachen Übungen. Das Ziel ist die Kräftigung der Muskeln, die an der Aufrechterhaltung des Körpers beteiligt sind. Ausgesprochene Skoliose gehören jedoch in die Behandlung des Facharztes. Sicherheit haben die Haltungsvorweisungen im letzten Jahrzehnt eine Zunahme erfahren, und es muß die Aufgabe sorgfältiger Gemeinden sein, für allgemeine Durchführung des orthopädischen Turnunterrichts in ihren Schulen zu sorgen.

Für Pan-Europa!

Selbst in agrarischen Kreisen dämmert es.

Auf der gestrigen Tagung der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer hielt der Präsident Dr. Brandes eine ausführliche Rede, in der er hauptsächlich die bekannnten Wünsche der Großagrarier zur Handelspolitik vortrug, in vorsichtiger Weise gegen das parlamentarische System polemisierte, dann aber ein in Kreisen der Agrarier bisher ungewohntes Beständnis zur Einigung der zerrissenen europäischen Staaten in einem Wirtschaftsbündnis ablegte. Er führte aus:

„Ich möchte aber nicht schließen, ohne Ihren Blick auch einmal über die Grenzen des deutschen Vaterlandes hinaus zu erheben. Wenn man sich heute kontinentaleuropa, mit Ausnahme von England und Rußland, die ja große Weltreiche sind, ansieht, wenn man sieht, wie durch den Weltkrieg an Stelle von früher 21 Staaten jetzt einige 30 gebildet sind, wenn man die Länge der gegenseitigen Grenzen betrachtet und sich klar macht, wie unendlich viel Kraft in gegenseitigen Reibungen politischer wie wirtschaftlicher Art in Europa verzehrt wird, und wenn man dagegen das große nordamerikanische Staatsgebilde betrachtet, das aus 48 Staaten besteht, von denen jeder etwa so groß ist wie durchschnittlich ein europäischer Staat, wenn man sich dieses gewaltige zusammengewachsene Wirtschaftsgebiet ohne innere wirtschaftliche Grenzen mit seinem Reichtum an natürlichen Hilfsquellen und der Stoffkraft, die solch ein mächtiges Gebilde gibt, vergegenwärtigt, dann, meine Herren, kommen einem doch sehr ernste Gedanken, ob überhaupt das kontinentale Europa in seiner jetzigen Zersplittertheit solch einem Wirtschaftsgebilde wie den Vereinigten Staaten gegenüber wirtschaftlich noch konkurrenzfähig ist. Und wenn man weiter sieht, wie in Europa die Kräfte keineswegs nur auf Deutschland beschränkt sind, wie auch andere Staaten, selbst die Siegerstaaten mit schweren wirtschaftlichen Krisen und finanziellen Nöten zu kämpfen haben, muß dann nicht der Gedanke der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der kontinental-europäischen Staaten entstehen? Ein Amerikaner sagte kürzlich: „Es wäre doch gut, daß sich die Amerikaner dem Völkerverbund nicht angeschlossen hätten und sich um europäische Sachen möglichst wenig kümmerten, denn Europa scheint ja nur wohl zu sein, wenn es fortwährend Streitfälle hätte.“ Und ein anderer sagte: „Die amerikanischen Staaten der Union führen den Kampf ums Dasein gemeinsam, die europäischen Staaten führen ihn gegeneinander!“ Herbe Kritiken, meine Herren, aber ob nicht sehr viel Wahres in ihnen liegt?

Derartige Meinungsäußerungen sind in agrarischen Kreisen noch selten anzutreffen. Die Agrarier werden sich aber darüber klar sein müssen, daß bei einer weiteren Verfolgung ihres Hochschulzollprogramms und insbesondere bei der stark agitatorischen Ausnutzung ihrer Forderungen die Stimmung für einen derartigen Wirtschaftsbund in ihren eigenen Reihen nicht gefördert wird.

Späte Ehrenrettung.

Wegen falscher Beschuldigung in den Tod gegangen.

Im Herbst 1924 wurde in Köln von völksparteilicher Seite dem sozialdemokratischen Beigeordneten und früheren Landtagsabgeordneten Schäfer der Vorwurf gemacht, er habe sich als Kölner Lebensmitteldirektor von Kölner Konditoreien, denen er Recht besorgte, bestechen lassen. Schäfer ging in der ersten Aufregung über die ihm gemachten Vorwürfe damals in den Tod. Jetzt standen unter der Anklage des Bestechungsverluchs die in Frage kommenden Konditoreien vor dem Kölner Großen Schöffengericht. Nach zweitägiger Verhandlung erkannte das Gericht auf Freispruch in allen Fällen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß weder den beiden angeklagten Konditoren, noch dem verstorbenen Beigeordneten Schäfer eine strafbare Handlung nachzuweisen sei.

Wiederkehr großer Sonnenflecke. Die schon Ende Januar ausgesprochene Vermutung, die damals sichtbaren großen Sonnenflecke könnten nach einer Sonnenumkehr noch einmal wiederkehren und würden dann, ihre Beständigkeit vorausgesetzt, vom 11. bis 25. Februar erneut vorüberwandern und am 18. Februar den mittleren Sonnenmeridian erreichen, hat sich bestätigt. Es handelt sich hierbei um zwei gewaltige Eruptionsgebiete, von denen das eine der nördlichen, das andere der südlichen Flexionszone angehört. Beide wurden durch die Sonnenumkehr schon zweimal vor unserem Auge vorübergeführt, und zwar befand sich die nördliche Fleckengruppe am 28. Dezember 1925 und am 27. Januar 1926, die südliche Fleckengruppe am 25. Dezember und 22. Januar in der Sonnenmitte. Der ziemlich seltene Fall, daß Sonnenflecke zum dritten Male wiederkehren, ist nun eingetreten. Unter einer großen Menge anderer neuer Flecke — am 16. Februar konnte man in mehreren Gruppen insgesamt wenigstens 25 Einzelflecke zählen — erkennt man auch die beiden alten an ihrer Position wieder. Doch während die nördliche, etwa am 21. Februar in Sonnenmitte gelangende Gruppe sich bedeutend verkleinert hat, ist die am 18./19. die Mitte passierende südliche Gruppe recht ansehnlich, obwohl sehr verändert geblieben. Ihr runder Hauptfleck zeigt einen schwarzen Kern von 14 000 Kilometer Durchmesser, eingebettet in einen Hof, die sogenannte Panumbra, von 36 000 Kilometer Durchmesser. Erklärend sei noch bemerkt, daß eine Sonnenumkehr zwar in bezug auf die Sterne 2 1/2 Tage währt, in bezug auf die Erde aber 27 1/2 Tage; inzwischen hat sich nämlich die Erde im gleichen Sinne eine zwei Tage entsprechende Strecke weiterbewegt. Darum sind Sonnenflecke gemöhnlich 13 1/2 Tage, d. h. eine halbe Sonnenrotation, lang zu beobachten.

Columbus soll heiliggesprochen werden. Der Vorschlag begeisteter Verehrer Christoph Columbus, den Entdecker der Neuen Welt, heilig zu sprechen, ist nicht erst von heute; schon vor vielen Jahrzehnten kam er auf und geriet dann in Vergessenheit, um nunmehr wieder auf neue vorgetragen zu werden. Die Columbus-Ritter von Mexiko haben beim päpstlichen Stuhl den Antrag gestellt, den Kanonisationsprozeß des Entdeckers einzuleiten. Die Organisation der Columbus-Ritter erstreckt sich über ganz Amerika. Die Ordensleitung in Mexiko hat an ihre Schwestervereinigungen in der ganzen Neuen Welt den Aufruf gerichtet, ihre Bemühungen mit Wort und Tat zu unterstützen. Die Columbus-Ritter haben auch in Spanien bereiferte Zustimmung gefunden und beträchtliche Geldsummen zur Durchführung der notwendigen Propaganda erhalten.

Ein deutscher Professor nach Amerika berufen. Dem Prof. Dr. der Philosophie an der Universität Gießen, Hans Driesch, ist für den Winter 1926/27 die „Yale-Universität“ in New Haven, an der Haupten des Universitäts von Wisconsin in Madison angeboten worden. Er wird dem Ruf folgen können.

Die internationale Tagung der geistigen Arbeiter. Das Internationale Institut für geistige Arbeiterarbeit in Paris hat die Tagungsordnung für die am 6., 7. und 8. April in Wien stattfindende Tagung der Internationalen Vereinigung der geistigen Arbeiter festgelegt. Die Tagungsordnung lautet: 1. Erhellung der Lage der geistigen Arbeiter. 2. Die wirtschaftliche und moralische Lage der Beamten. 3. Geistiger Austausch. 4. Geistiges Eigentum.

„Arbeiterjubiläen.“

Für die Herren Diplom- und Medaillenfabrikanten bricht jetzt anscheinend eine neue Glanzzeit an, besonders in Bayern und Württemberg. Wirft man einmal einen Blick in die Personalnachrichten der industriellen Fachzeitschriften, so muß man über die große Zahl der Arbeiterjubiläumsmedaillen und Diplomerteilungsfestern staunen. Das „Jubeln“ der Unternehmer scheint wieder einmal an der Tagesordnung zu sein, und keine Woche vergeht, ohne daß in jeder Branche eine führende Fabrik eine Arbeiterjubelfeier arrangiert. Auch diese Art von Feiern „für treues Ausbarren der Arbeiter“ — wie es so schön in den Jubiläumsgedichten heißt — hat sich seit Beendigung der Inflation „verreichert“. Früher feierte man das Silberne, das goldene und schließlich noch das eiserne Jubiläum, aber vor kurzem hat eine Reutlinger Klavierfabrik schon ihr fünfzigjähriges Bestehen festlich begangen. Eine Uhrenfabrik im Schwarzwald ließ sechs ihrer Arbeiter jubeln, weil sie es dreißig Jahre bei ihr ausgehalten hatten, und die württembergische Musikinstrumentenfabrik Höpner in Troßingen nahm jüngst eine Art Generalsjubelfeier vor. Sie galt vierzig Arbeitern, denen in den Jahren 1922 bis 1925 die König-Karl-Jubiläumsmedaillen für eine Dienstzeit von 35 und mehr Jahren „verliehen“ wurde.

Selbstverständlich sollen alle diese Jubelfeiern nur den Zweck haben, der Verehrung der „braven Veteranen der Arbeit“ Ausdruck zu geben und beileibe keine Reklame für die Firma zu sein. Auch die Verleihung des schönen neuen Titels „Arbeiterrat“ verfolgt lediglich diesen idealen Zweck. Die bayerische Regierung wäre übrigens mit ihrer neuesten „Patentlösung“ der sozialen Frage beinahe in Verlegenheit gekommen. Sie verleiht nämlich einem Arbeiter der „Königlichen Hof-Orgel- und Harmoniumfabrik“ Steinmayer u. Co. in Dettlingen den Titel „Arbeiterrat“. Da es der Chef des Hauses auch schon zum Kommerzienrat gebracht hatte, so hätte sich jetzt das Schreckliche ereignen können, daß bei einem Jubiläumssfeite die Frau Chef als „Frau Rat“ die Gattin eines Arbeiters mit dem gleichen Titel hätte anreden müssen. Aber die bayerische Regierung hat diese gefährliche Klippe klug zu umschiffen gemocht, indem sie den folgenden Entschluß herausgab: „Durch Beschluß des Ministerrats des Freistaats Bayern wurde dem Seniorchef der Firma Steinmayer, Herrn Kommerzienrat Steinmayer, der Titel eines Geheimen Kommerzienrates, dem in der gleichen Firma tätigen Orgelbauer H. der Titel „Arbeiterrat“ verliehen.“ Die Frau des Arbeiters ist jetzt also eine „Frau Rat“ und die Gattin des Fabrikherrn „Frau Geheimrat“, und jeder Konfliktstoff ist damit im Reime erstickt.

Den Diplomdruckern und Ordens- und Medaillenfabrikanten ist es schon zu gönnen, daß sie jetzt Arbeit in Hülle und Fülle bekommen, besonders, nachdem in der Fackelungsartikelbranche die tote Saison eingetreten ist.

Springer.

Das Bild eines deutschen Richters.

Rechtsanwalt Alfred Dornier-Berlin sendet uns diese Mitteilung:

In seiner Reichstagsrede vom 16. Februar d. J. zum Justizetat brachte Genosse Levi einige unheimlich hart erscheinende Urteile gegen schlesische Arbeiter wegen Kartoffeldiebstahls vor. In dem einen dieser beiden Fälle waren nach dem Reichstagsbericht dem Täter die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt worden, damit der politisch als Vertrauensmann der Arbeiter tätige Delinquent nicht mehr an dem politischen Leben teilnehmen könnte, in dem anderen Fall war als strafverschärfend für den Diebstahl auch angesehen worden, daß der Angeklagte Kadelshofer bei dem Landarbeiterstreik war.

Die politische oder gewerkschaftliche Betätigung als Straferschwerungsgrund bei nicht politischen Delikten eröffnet ungeheures Perspektiven für alle politisch und gewerkschaftlich Interessierten, wenn sie irgendwie und irgendwann einmal mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen sollten. Auf Befragen hat Genosse Levi auch den Namen des Richters, Dr. Springer, verraten. Dieser Name ist uns aus dem Jahre 1925 vertraut.

Amtsgerichtsrat Dr. Springer (Einzelrichter in Volkow) hat sich früher als ungewöhnlich nachsichtig erwiesen, allerdings bei einem rechtsorientierten Täter. Er hat bereits einmal ein Urteil erlassen, das von uns als Verhöhnung der Verfassung und des Strafgesetzes empfunden wird. In Kummernd hatte ein „nationaler“ Landwirt, Schwarzlose, in einer sozialdemokratischen Versammlung das Schlusswort des Referenten dadurch unmöglich gemacht, daß er sich bei Beginn des Schlusswortes an das Klavier setzte, von einem völkischen Sprengtrupp einen graußigen Schlachtgesang intonieren ließ und sich dann der dreimaligen Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, widersetzte.

Er wurde vom Amtsrichter Dr. Springer mit einer Begründung freigesprochen, die im vorigen Jahre im „Vorwärts“ vom 9. September veröffentlicht wurde und in der es hieß:

Aus diesen Erwägungen ergibt sich die Berechtigung des Angeklagten zum Klavierspiel im vorliegenden Falle und die rechtliche Beschränkung des Versammlungsleiters, dieses dem Angeklagten verfassungsmäßig zustehende Recht durch Hinauswerfen aus dem Saal verüßern zu dürfen, selbst wenn man dem Versammlungsleiter ein relatives Hausrecht zuerkennen will.

Der Dessenlichkeit ist nicht bekannt geworden, was auf Grund dieses Urteils dem Amtsgerichtsrat Dr. Springer geschehen ist. Wenn überhaupt eingegriffen worden ist, so kann dies jedenfalls, wie die neuen Fälle beweisen, nicht in einer Weise geschehen sein, die Herrn Dr. Springer Respekt oder Furcht einflößt hat.

Daß die großen Richtervereinigungen nichts gegen diesen Richter unternommen haben, daß die Regierung willen- oder machtlos einer solchen Rechtsprechung gegenübersteht, gibt diesen Fällen symptomatische Bedeutung und zeigt uns, wie schwer krank unsere Justiz ist und welche harte Arbeit zu ihrer Heilung erforderlich ist.

Schulze belastet die Ungarn.

Ein abenteuerlicher Bericht.

Der gegenwärtig im Moabitler Untersuchungsgefängnis sitzende Arthur Schulze hat seine Aussagen jetzt erweitert und hat Mitteilungen gemacht, die nicht nur von den deutschen Gerichten sehr ernst nachgeprüft werden, sondern die auch den gegenwärtig in Berlin weilenden französischen Kommissar Doucet sehr interessieren, da Schulze wahrscheinlich, um sich selbst zu entlasten, die in die Fälscheraffäre verwickelten ungarischen Persönlichkeiten stark belastet.

Schulze behauptet, daß er an sich an den Fälschungen nicht mitgearbeitet habe. Bereits im Jahre 1922 sei er zum erstenmal nach Budapest gekommen, und damals schon habe Prinz Windischgrätz und dessen Sekretär Raba mit ihm verhandelt. Man habe ihm damals mitgeteilt, daß die ungarische Regierung zur Unterstützung ihrer eigenen Banknoten druckere ein Sonderinstitut, eine Art Laboratorium, schaffen wolle, in dem man versuchsweise Banknoten herstellen wolle, die nicht in Ungarn kursfähig seien, oder ausgegeben werden sollten. Er habe damals seine Mitarbeit noch nicht zugesagt und sei erst 1923 definitiv nach Budapest übergesiedelt, nachdem man ihm finanziell sehr günstige Angebote gemacht habe. Während seines zweiten Aufenthaltes habe er wiederum viel mit dem Prinzen Windischgrätz und einem Professor verhandelt, dessen Namen ihm im Augenblick nicht geläufig sei. Einmal in Budapest, hätten dann die Kreise, die ihn nach Ungarn gerufen, Schulze unter Drohungen gezwungen, im Lande zu bleiben, und man habe ihn in einem Hotel einquartiert, wo er nicht nur schlafen, sondern auch essen mußte. Die Kosten für den Gasthof seien von dem Sekretär des Prinzen Windischgrätz bezahlt worden. Er selbst habe, um nicht lächerlich zu werden, dagegen überhaupt keine Mittel bekommen, so daß er nicht einmal zu seiner „Arbeitsstätte“ die Straßenbahn habe bezahlen können. Man habe ihm ferner mitgeteilt, daß er Werke mit Deutschen zu meiden habe, und daß man über jeden seiner Schritte sofort orientiert sei.

Schulze behauptet weiter, er habe Tag und Nacht für sein Leben gefürchtet und aus diesem Grunde es auch nicht gewagt, sich an das deutsche Konsulat zu wenden. Seinen Auftraggebern gegenüber habe er ferner zum Ausdruck gebracht, daß er sich unsicher fühle und erst dann in Tätigkeit treten werde, wenn die ungarische Regierung eine Lebensversicherung für ihn zugunsten seiner in Deutschland lebenden Tochter abschließen würde. Darauf seien die ihm bekannten Kreise nicht eingegangen und er habe sich auch vollkommen passiv verhalten. Schulze hat bei seinen Vernehmungen den Betrieb in den Fälschermünzwerkstätten aus seiner eigenen Kenntnis heraus eingehend geschildert und auch die Namen der Persönlichkeiten angegeben, die er dort kennen gelernt hat. Ueber seine Flucht aus Ungarn gibt Schulze einen abenteuerlichen Bericht. Seine Auftraggeber hätten schließlich, als sie merkten, daß er sich zu den Fälschungen nicht hergeben wolle, die Polizei veranlaßt, Schulze auszuweisen, und er habe daraufhin eine günstige Gelegenheit benutzt, um mit einem Zuge über die Grenze zu fliehen. In Passau habe er dann in einem Hotel Wohnung genommen und dort den Portier, dem er kurz seine Lage geschildert, veranlaßt, ihm Reisegeld nach Wien zu borgen. Erst nach längerer Zeit sei er nach Deutschland zurückgekommen, nachdem er sich in Oesterreich verborgen gehalten, weil er befürchtet habe, daß er eventuell in der Heimat gefangen und bestraft werden würde.

Die Angaben Schulzes werden durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht II noch weiter nachgeprüft werden, da Schulze auch sonst Angaben gemacht hat, die die Frankfurter nicht unwesentlich belasten.

Sozialdemokratische Antidote zur Sozialversicherung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag die Erweiterung der Versicherungspflicht in der Unfallversicherung, insbesondere Einbeziehung der Gastwirtsgehilfen, des Krankenpflegerpersonals, der Feuerwehrleute, der durch Rettungsmassnahmen gefährdeten Personen und des gesamten Bühnenpersonals. In einem weiteren Antrag wird die Erhöhung der Grenze für die Krankenversicherungspflicht der Angestellten auf 6000 M. gefordert.

Die uneinigigen Syndici.

Ein deutschnationaler Reinfall. — Widersprüche im Arbeitgeberlager.

Als der Syndikus v. Zengen, der zugleich Propagandachef der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände war, gestern im Ausschuss wegen seiner korumpierenden Tätigkeit zur Rede gestellt wurde, fand er einen rettenden Ausweg. Er wies darauf hin, daß die Arbeitgebervereinigung dem „Sozialdemokraten“ Karl Erdmann ebenfalls Geld gegeben habe. Sie tat das, um damit Schriften des Firn-Verlages und der Neuen Gesellschaft zu finanzieren, zu denen auch eine Broschüre des Genossen Friz Ebert jr. gehört.

196000 M. hat Herr v. Zengen dafür aufgewandt, um sich einen solchen Blichableiter zu kaufen. So groß war nämlich der Betrag, den Herr Erdmann im Laufe von wenigen Monaten aus dem Arbeitszeitfonds der Unternehmer empfangen hat. Manches kleine Unternehmen der Industrie hätte sich mit einer solchen Summe vor der Pleite retten können. Die Arbeitgebervereinigung aber konnte es sich leisten, ihre Mitgliedsbeiträge derart zu verpulvern, ohne ihre moralische Pleite verhindern zu können.

Aber obendrein ohne Erfolg, obwohl die deutschnationale Presse natürlich sofort sich der Sache mit einem Freuden-geheul annimmt!

Denn der „Vorwärts“ war es ja, der die Geschäftspraktiken des Firn-Verlages gekennzeichnet hat, bis die Sozialdemokratische Partei durch Einleitung eines Untersuchungsverfahrens bewirkte, daß Erdmann aus der Partei austrat. Hier ist reiner Tisch gemacht. Und das geschah längst, ehe die Arbeitgeber daran dachten, die Urheber ihrer korumpierenden Politik kaltzustellen.

Wenn übrigens Herr v. Zengen in diesem Zusammenhang den Namen des Genossen Ebert nannte, so ist das mindestens eine grobe Geschmacklosigkeit. Wir wissen, daß Genosse Ebert zur Zeit der Abfassung seiner Broschüre — über die man sonst denken kann, wie man will — von den Beziehungen Erdmanns zur Arbeitgebervereinigung keine Ahnung gehabt und für seine literarische Arbeit nur ein Honorar bezogen hat, wie es bei vielen Verlagen üblich ist. Das konnte Herr v. Zengen wissen, wenn er sich bei seinem sauberen Busenfreund Erdmann unterrichtet hätte.

Aber das zu tun, wäre wohl von ihm zu viel verlangt, die Wahrheit zu sagen, kann man der reaktionären Presse nicht zumuten. Weshalb wir die ganze Angelegenheit niedriger hängen.

In der Vormittagsitzung hatte der Syndikus der Arbeitgebervereinigung v. Zengen seine besondere Auffassung von Ehrbegriffen gegenüber den ausfragenden Ausschussmitgliedern damit begründet, daß er eine andere Weltanschauung habe. Nachzutragen aus seiner Vernehmung ist übrigens noch, daß er nach seinen Angaben weder mit seinem Darlehen an die christlichen Landarbeiter noch mit seinen sonstigen Praktiken irgendeinen Bestrebungsversuch unternommen wolle. Bestechung nennt man bekanntlich die Beeinflussung anderer mit geldlichen Zuneigungen zur Verringerung oder Zurückhaltung ihrer Ueberzeugung. Aus einer früheren Vernehmung, die Herr v. Zengen gestern widerrief, war hervorgegangen, daß er in der Tat beabsichtigt habe, mit der Gewährung des Darlehens den Kampf der Gewerkschaften gegen die gelben Wertvereine zu schwächen. Daß er möglichweise diese Absicht gehabt habe, wurde ihm auch von seinem früheren Chef, Herrn v. Borlig, vorgestern bestätigt. Man sieht, es gibt merkwürdige Weltanschauungen! Wenn Herrn v. Zengen zur Last gelegt wird, daß er einmal die Quittung des Herrn v. Behrens zu veröffentlichen gedroht habe, so gibt v. Zengen das zu, er sagt aber, das sei von ihm nur ein taktischer Zug gewesen, um seine Widersacher zu entlarven. Er wollte sehen, ob diese angeblich gar nicht ernstgemeinte Drohung auch an die Dessenlichkeit dringen würde. Ein derartiger Schachzug, der seinem Urheber doch nur allzu leicht den Vorwurf ehrenrühriger Handlung einbringen kann, muß freilich auf den Unbefangenen eigenartig wirken.

In der Nachmittagsverhandlung wird als Zeuge zunächst Redakteur Dr. Doh vom „S-Abendblatt“ vernommen, der einige Angaben des Göbel veröffentlicht hat, ohne daß die mündliche Befragung eine weitere Bestätigung des Behrens ergäbe, an den sich Göbel vergeblich hilfesuchend gewandt hat.

Ein „Vaterlandsfreund“.

Nach ihm sieht sich der frühere Vorsitzende des Kreislandbundes Niederrhein, Wilhelm v. Oppen, an den Zeugenstisch. Er hat, wie er bestätigt, an den Genemörder Schulze, den er aus gemeinamer Täuschung bei der Schwarzen Reichswehr kennt, Zuschüsse zur Berpflegung nach Landberg geschickt. Durch Fragen des Genossen Kuttner stellt sich heraus, daß

Herr v. Oppen über Fonds aus Mitteln seiner Bekannten verfügt, über die er unbeschränkt verfügen kann. Den Namen seines Mittelsmannes, der die Gelder einammelt, will er nicht nennen, „solange es

im Deutschen Reich für unrühmlich gilt, etwas fürs Vaterland zu tun“. Diese Bemerkung fordert den Widerspruch des Vorsitzenden heraus, nachdem schon vorher Ausfälle des Zeugen gegen den Parlamentarismus vom Ausschuss mit entsprechender Heiterkeit aufgenommen worden waren. Die knappe, abstrakte Form seiner Angaben, sein militärischer Typus kennzeichnen ihn als einen Vertreter des alten Offizierskorps und völkischen Organisations, wie er im Buche steht. Aber er ist wenigstens korrekt in der Form.

Ein nationaler Arbeiterführer.

Das Gegenteil davon gilt von dem Gefinnungsfreund des Herrn v. Oppen, dem Geschäftsführer des Reichsverbandes vaterländischer Arbeitgeberverbände, Friz Heß. Sein gedrungener Körper wird von einem Kopf geziert, wie man ihn besser zur Karikatur der nationalistischen Arbeiterbewegung nicht finden kann. Verschämtheit und Stupidität zeichnen sich in seinen Mienen ab. Und wie sein äußeres Wesen, so ist sein Kuitreien. Obwohl er schon früher über den Barmal-Ausschuss „fachverständige“ Artikel geschrieben hat, spielt er zu nächst das neugeborene Kind: er wisse gar nicht, wo er hier eigentlich sei und verlange Rechtsbelehrung. Als ihm diese zuteil wird, verweigert er die Aussage oder gibt schnippliche Antworten, die ein Maß von Mißachtung gegen die Würde des Hauses bezeugen, wie man es selten findet. Aus den Brocken seiner Mitteilungen ergibt sich lediglich, daß er mit Genemördern nichts zu tun gehabt haben will, daß er von den Arbeitgebern ein Darlehen von 3000 Mark bekommen hat, das er nicht zurückbezahlen brauchte. Ueber die Verwendung der Gelder sagte er, sie seien dazu verwendet worden, wozu sie benötigt wurden. Auf ähnlichem Niveau bewegten sich seine sonstigen Angaben. Mit Genemördern und der Schwarzen Reichswehr will er nichts zu tun gehabt haben. Die Verweigerung seiner Aussagen wird natürlich begünstigt von den Herren Deckerberg (Dnal) und Eichhoff (D. Sp.). Trotz seiner großen Geduld wird der Vorsitzende einige Male energisch, ohne jedoch aus dem Zeugen mehr herauszuholen.

Ein Zeuge gegen von Zengen.

Dann kommt als Zeuge Herr von der Linde zum Wort, seines Zeichens wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitgebervereinigung und besonderer Vertrauensmann v. Zengens. Aus den Protokollen von der polizeilichen Vernehmung, von denen Bruchstücke früher zur Berlesung gekommen waren, weiß man bereits, daß Herr von der Linde Angaben gemacht hat, die die Harmlosigkeit des Herrn v. Zengen in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen.

Unmittelbar nach den ersten Presseveröffentlichungen hat nämlich nach Angaben des Herrn von der Linde bereits Herr v. Zengen gewußt, daß die 5000 Mark zu politischen Zwecken weitergegeben worden sind

und Herr von der Linde, seit 10 Jahren Freund Zengens, will aus dessen Verurteilungen ganz klar diesen Eindruck gewonnen haben. Er bleibt bei dieser Auffassung auch heute noch, obwohl die Vertreter der Rechten ihn gern davon abbringen möchten. Nicht als ob v. Zengen die Unterstützung eines Genemörders gewollt hätte — das zu behaupten fällt Herrn von der Linde nicht ein —, aber er hat es mindestens geduldet, weil v. Zengen gemeint hat, damit die christlichen Landarbeiter sich zu verpflichten. Außerdem stand für die Beteiligten noch nicht fest, ob der Untersuchungsgefängnis Schulze auch wirklich Genemörder sei; es gibt ja Leute, die jetzt noch nicht daran glauben. Die von Zengen jedoch bestrittene Tatsache, daß er sich über die Zuwendungen an Schulze an den Zentralverband gemährten Darlehen klar war, hält von der Linde trotz wiederholter Frage fest. Er hat sich deswegen an Herrn v. Borlig gewandt, weil er die Handlungsweise des Herrn v. Zengen nicht für korrekt hielt. Herr v. Borlig verweigerte ihm jedoch die mündliche und schriftlich nachgesuchte Unterredung und gab sein schriftliches Gesuch an den Untersuchungsausschuss der Arbeitgebervereinigung weiter.

Gegenüberstellung von der Linde mit von Zengen.

Dieser starke Widerspruch in den Angaben der beiden Mitarbeiter der Geschäftsleitung der BdA. nötigt den Ausschuss dazu, die beiden Zeugen gegenüberzustellen. Von Zengen, der Geschäftsführer, findet natürlich sofort eine Erklärung, wie sein Freund von der Linde zu seinem „Irrtum“ gekommen sein könne, befreit aber, daß er im Oktober bereits das gemußt habe, von der Linde sagt darauf:

„Ich kann nur wiederholen, daß ich den Eindruck gewonnen hatte, daß das Darlehen für Schulze war.“

Ein dramatischer Höhepunkt. Beginnt sich der Aktier zu lüften? Oder wird es vielleicht doch wieder neue Ausflüchte und Bemäntelungen geben? Wenn aber schon die nächsten Mitarbeiter des Herrn v. Zengen der Meinung waren, daß in der Arbeitgebervereinigung mit der Darlehensaffäre ein unsauberes Spiel getrieben wurde, so gehört doch eine unglaubliche Annahme dazu, der Presse Vorwürfe zu machen, die vom ersten Augenblicke des Bekanntwerdens an auf eine Aufklärung dieser Angelegenheit gebrannt hat. Jetzt, nach der Aussage des Herrn von der Linde, ist es durchaus noch nicht sicher, daß die Arbeitgebervereinigung geläutert aus der Affäre hervorgehen wird. Während der ganzen Vernehmung hatte man den Eindruck, daß hier ein Zeuge ist, der sich unbekümmert um sein persönliches Schicksal und um das, was die anderen über ihn sagen, für das einsetzt, was er als wahr erkannt hat. Diesen Eindruck hatte man bei vielen anderen Zeugenvernehmungen sicher nicht im gleichen Maße.

Demonstration am Grabe.

Eine Gedenkfeier für die ungarischen Märtyrer.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Budapest hatte durch einen Aufruf die Arbeiter aufgefordert, am Todestag der Genossen Somogyi und Becso, am 17. Februar, vormittags 11 Uhr, beim Grabe beider Märtyrer zu erscheinen. Vor sechs Jahren waren die Leichen unserer beiden Genossen, schrecklich verstümmelt, in den Donauauen aufgefunden worden. Ein offenes Geheimnis war es schon damals und ist es heute noch, daß die Schergen Horthys diesen Mordanschlag vollbracht haben; doch bis heute ist es noch nicht gelungen, sie zu fassen.

Schon zwei Stunden vor der angelegten Zeit begann der Aufmarsch der Massen; viele brachten rote Keiten und Kränze mit. Die Polizei hatte die Straßen zum Friedhof mit einem dichten Kordon gesichert, berittene Polizei und Radfahrerabteilungen rückten aus; auf dem Friedhof selbst waren Hunderte von Kriminalbeamten anwesend. Als die Witwe Somogyis mit einem Kranz kam, wurde sie von einem Polizeioffizier, der bei dem Grabe Wache hielt, zur Ausweisung aufgefordert. Die Zahl der Arbeiter, die an der Feier teilnahmen, wird auf 5 bis 6 Tausend geschätzt. Ein Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion legte Kränze auf beiden Gräbern nieder. Die Polizei ließ nicht zu, daß sie mit roten Schleifen geschmückt waren. Der Fraktionsvertreter hielt im Namen des Parteivorstandes und der Fraktion eine kurze Ansprache, in der er die Persönlichkeiten der beiden Märtyrer würdigte; er nannte es eine Schmach und eine Schande, daß die Mörder noch immer nicht

ausgeforscht und bestraft wurden. Da wurden stürmische Zwischenrufe laut: „Wir kennen die Mörder! Jedermann weiß ihre Namen! Es wird der Tag der Abrechnung schon kommen!“ Nach der Rede zog die Masse an den Gräbern vorbei. Am Friedhofstor kam es zu Reibereien mit der Polizei, die nicht dulden wollte, daß die Masse durch die Hauptstraße abziehe.

Ein neuer französischer Schrift in Budapest. Der französische Gesandte in Budapest erschien abermals beim Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, mit dem er eine längere Konferenz hatte. In politischen Kreisen verlautet, daß der Gesandte eine Note seiner Regierung überreichte, in der darauf hingewiesen wird, daß die französische Regierung mit gewissen Einzelheiten in der Untersuchung der Frankfurter Affäre nicht übereinstimme.

Der Senat forrigliert die Kammer. Die von der Pariser Kammer einstimmig angenommene Bestimmung wonach die Einkommen- und Vermögensverhältnisse der Mitglieder von Kammer und Senat alljährlich im „Journal Officiel“ zu veröffentlichen sind, wurde von der Finanzkommission des Senats einstimmig abgelehnt.

Die ersten amerikanischen Verträge registriert. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat gemäß ihrem jüngsten Beschluß dem Botschaftssekretariat die drei ersten internationalen Verträge zur Veröffentlichung eingesandt. Es sind dies ein Räumungsvertrag mit Finnland und ein Abkommen mit Oesterreich und Ungarn über die auf Grund der Friedensverträge den Vereinigten Staaten zu zahlenden Entschädigungssummen.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsarbeitsminister und Landarbeiter. Zur Einbeziehung in die Erwerbslosenfürsorge.

Die zurzeit geltenden Bestimmungen über den Umfang der Beitragsbefreiung und Bezugsberechtigung in der Erwerbslosenfürsorge haben zu unerträglichen Verhältnissen in der Landwirtschaft geführt. Das gab dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes Veranlassung, beim Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden. Die Aussprache fand am Donnerstag statt. Die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes belegten ihre Darlegungen mit einer Reihe von Angaben, die der Organisation aus dem Lande gemacht wurden. Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Liegnitz z. B. berichtet:

„Es ist uns bekannt, daß allgemein versucht wird, durch Abschluß von Jahresarbeitsverträgen ohne Kündigungsfrist sich der Zahlung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge zu entziehen. Kündigungen sind erfolgt, weil Arbeiter Jahresverträge nicht unterschrieben, wo keine Kündigungsdauer enthalten ist.“

Aus dem Kreise Sprottau in Schlesien liegt folgende Mitteilung vor:

„Der Rittergutsbesitzer und Vorsitzende des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes von Diebitz entließ am 1. Februar eine Familie, weil sie sich weigerte, einen Vertrag zu unterschreiben. Am 9. Februar wurden zwei weitere Familien aus dem gleichen Grunde von demselben Arbeitgeber entlassen.“

Das Dominium Reithardt zwang die Landarbeiter dadurch zur Unterschrift unter den Jahresvertrag, indem ihnen gesagt wurde: „Wer nicht unterschreibt, wird sofort entlassen.“

Aus dem Kreise Striegau wird berichtet:

„In Gähersdorf, Besitz der Siegfried von Richtenhofen, sind Kinder von der Gutverwaltung aufgefordert, für die Eltern die Unterschrift unter die Beiträge zu setzen, was auch geschehen ist.“

In Höslich, Eisdorf, Hebebeutel, Besitzer v. Damnh, ist ein unbefristetes Blatt Papier zur Unterschrift vorgelegt worden, mit der Erklärung: „Wer nicht unterschreibt, ist entlassen.“

In einem Bericht der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in München wird gesagt:

„Ohne den Arbeitern Mitteilung von der Aenderung des Kündigungsverhältnisses zu machen, wurden Befreiungsanträge mit dem Vorwand vorgelegt: Unterschrift hier, damit Ihr von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge freikommt.“

Besonders interessant sind die Angaben, die über den Umfang der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft gemacht wurden. Es heißt dort unter anderem:

Bezirk des Landesarbeitsamts für Ostpreußen, Kreis Allenstein: Die Arbeitslosigkeit unter den Freiarbeitern ist eine fast vollständige. Kreis Völsen: Arbeitslosigkeit besteht vorwiegend unter den Freiarbeitern. Kreis Rosberg: Arbeitslose Landarbeiter etwa 350. Kreis Schwane: 200 arbeitslose Landarbeiter, vorwiegend Freiarbeiter. Kreis Uckermark: Starke Arbeitslosigkeit der Landarbeiter, besonders in der Pasewalker Gegend. Die Arbeitslosigkeit ist auch unter den Deputatarbeitern eine beträchtliche.

Bezirk Landesarbeitsamt für Schlesien, Kreis Breslau: Zahlen vom 31. Januar 1926: Verheiratete Landarbeiter 328, ledige Landarbeiter 99, ledige Landarbeiterinnen 75. Kreis Rimpfisch: Arbeitslose Landarbeiter circa 440.

Bezirk des Landesarbeitsamts für Berlin: Das Landesarbeitsamt Berlin berichtet, daß bei den Berliner Arbeitsnachweiser (landwirtschaftliche Abteilung) durchschnittlich 200 Landarbeiter täglich vorstellig werden. In den Behinderungsstationen sind vor einigen Tagen circa 650 aus der Landwirtschaft stammende Personen gemeldet worden.

Bezirk des Landesarbeitsamts für Brandenburg: Das Landesarbeitsamt berichtet, daß am 15. Februar 1926 bei den brandenburgischen Nachweiser (es fehlen 10) 1156 männliche und 480 weibliche landwirtschaftliche arbeitslose Arbeitskräfte gezählt wurden.

Bezirk des Landesarbeitsamts für Sachsen-Anhalt: Das Landesarbeitsamt in Magdeburg teilt mit, daß am 15. Januar 1926 arbeitslos waren: 2157 männliche Landarbeiter, 867 weibliche Landarbeiter.

Bezirk des Landesarbeitsamts für Schleswig-Holstein: Das Landesarbeitsamt für Schleswig-Holstein teilt mit,

daß zu Beginn des Jahres 1926 gezählt wurden 4080 männliche und 213 weibliche arbeitslose Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft.

Die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes beschränkten sich in der Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister aber nicht nur auf die Aufzeichnung der Mißstände, welche durch die 5. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge entstanden sind, sie legten auch dar, welche Wege gegangen werden müssen, um zu einer zweckmäßigen Regelung zu gelangen. Vor allem wurde der Standpunkt vertreten, die gesamte Landwirtschaft zur Beitragsleistung für die Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen, eventuell zu Sähen, die niedriger sind als die üblichen. Durch eine solche Regelung würde den besonderen Verhältnissen in der Landwirtschaft durch die niedere Beitragsleistung Rechnung getragen, jeder Streit in den Betrieben über die Zweckmäßigkeit der Beitragsbefreiung des einzelnen Arbeiters würde aufhören, die Landarbeiter würden nicht den Anspruch auf Bezugsberechtigung von Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit verlieren, die Krankenkassen und die Arbeitsnachweiser würden von einer unnötigen überflüssigen Verwaltungsarbeit befreit.

Der Reichsarbeitsminister sagte eine eingehende Prüfung der ihm gemachten Darlegungen zu. Der Deutsche Landarbeiterverband erwartet, daß das Ergebnis dieser Prüfung die Umgestaltung der jetzt bestehenden Vorschriften ist, die zu unmöglichen Zuständen geführt haben.

Die Bauanschläger zur Abwehr entschlossen.

Die Bauanschläger nahmen in der Versammlung am 16. Februar Stellung zur Kündigung des Lohnabkommens durch den Schuberband Berliner Schlossereien. Einmütig stehen die Bauanschläger auf dem Standpunkt, daß unter keinen Umständen an einen Abbau ihrer Verdienste zu denken sei.

Sollten die Unternehmer dennoch versuchen, den Wirtschaftsfrieden zu stören, so sind die Bauanschläger gewillt, den ihnen aufgezwungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen.

Die Modell- und Fabrikfischer.

Die Branche der Modell- und Fabrikfischer im Deutschen Holzarbeiterverband, hielt am 16. Februar im Rolenthaler Hof ihre Versammlung ab. Die, wie alle Branchen und Bezirke der Ortsverwaltung Berlin, an diesem Tage die Neuwahl der Branchekommission vorgenommen hat.

Nachdem der 1. Branchenvorstand Fiedel einen vortrefflichen Jahresbericht über die Tätigkeit der bisherigen Kommission gegeben hatte, kam es in der Diskussion darüber zu erregten Auseinandersetzungen. Der Kollege Meyer, wie auch die anderen Redner hatten zwar an dem Bericht selbst nichts auszusetzen. Meyer erklärte, die Kommission habe ihre Pflicht getan. Aber an den Gewerkschaften im allgemeinen und am DGB, müsse er Kritik üben. Er verbreitete sich in launigen Ausführungen über alles mögliche, und wurde durch Zwischenrufe, zur Sache zu sprechen, oft unterbrochen und nach zweimaliger Verwarnung veranlaßt, seine große Rede zu beenden.

Zur Wahl der Branchekommission hatte die Moskauer Richtung große Anstrengungen gemacht, um die Kollegen der Amsterdamer Richtung in der Kommission abzusägen. Sie hatte unter den 330 arbeitslosen Kollegen gehörig Stimmung gemacht und alle Kollegen ihrer Richtung zur Versammlung gebracht, sie sogar aus Spandau geholt — und dennoch war der Erfolg gleich Null. Die Branche nahm nur zwei Kollegen der radikalen Richtung in die Kommission hinein und wählte acht Kollegen der Amsterdamer Richtung. Die Kommission bestand bisher aus acht Kollegen, wovon drei der Moskauer Richtung angehörten. Gegen die Wahl durch Handaufheben mit einfacher Stimmenmehrheit erhob sich großes Gesehrei.

Zur Wahl der Generalversammlungs-Delegierten am 9. März wurden zwei Listen, Amsterdamer und Moskauer Richtung aufgestellt. Die Kollegen der Amsterdamer Richtung haben nun die Pflicht, auch bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung auf dem Posten zu sein, indem sie noch zahlreicher an der Wahl im Lokal von Waldf, Flugstraße 5, teilnehmen.

Der Einheitskomitee-Schwindel.

Das famose Einheitskomitee der UGB, Gerichtstraße, das sich unterfängt, sämtliche Betriebe des Bezirks Wedding zu einer Versammlung einzuladen, ohne dazu von irgend wem beauftragt worden zu sein, schießt uns eine Berichtigung. Danach sei dieses Einheitskomitee in einer Versammlung der Belegschaft am 25. Januar gewählt worden. Diese Versammlung wäre „gut besucht“ gewesen. Tatsächlich waren von der etwa 1100 Mann starken Belegschaft ins-

gesamt rund 100 Mann in der Versammlung anwesend. Soweit die Anwesenden nicht aus Kommunisten und „Sympathisierenden“ bestand, verschwanden sie wieder während eines Vortrags oder nachher des Kommunisten Münzenberg.

Es ist richtig, daß diesem dort gebildeten „Einheitskomitee“ auch ein Mitglied der SPD zunächst beitrug, aber, wie die Berichtigung angibt, den anderen Tag wieder auswich.

In der Berichtigung wird weiter behauptet, daß die SPD „als Partei“ mit der Einberufung jener Versammlung „nicht das geringste zu tun“ gehabt habe. Natürlich nicht! Münzenberg ist nur so nebenbei kommunist. In der SPD kann ja jeder machen, was er will. Wenn die SPD-Leute in der Gerichtstraße ein sogenanntes Einheitskomitee bildeten, entsprechend den Anordnungen der SPD, so ist das eben ein Zufall. Und wenn dieses zufällige Einheitskomitee auch entsprechend den Anordnungen der SPD, die Betriebe des Bezirks Wedding zu einer Versammlung einberuft, so ist das kein kommunistischer Schwindel, sondern eine „spontane Kundgebung der Arbeiterschaft“.

Reichstarif für die Techniker des Baugewerbes.

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten wird uns geschrieben: Nach überaus langwierigen Verhandlungen, die ein wiederholtes Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums notwendig machten, ist am 15. Februar in freier Vereinbarung die Erneuerung des Reichstarifvertrages für die technischen Angestellten im deutschen Baugewerbe gelungen. Damit ist das seit 1919 bestehende Reichstarifwerk in seinen Grundzügen erhalten geblieben. Der neue Tarif weicht nur in wenigen Punkten von der früheren Regelung ab. So ist die 48-Stunden-Woche, bei durchgehender Arbeitszeit die 45-Stunden-Woche beibehalten worden, ebenso der Maximalurlaub von 21 Tagen mit der Aenderung, daß nicht mehr nur nach dem Lebensalter, sondern auch nach Gruppenzugehörigkeit gestaffelt wird. Bezüglich der Gehaltsregelung wurde für jede der vier Tarifgruppen ein Mindestgehalt vereinbart. Ueber die Höhe der Mindestgehälter in den einzelnen Gruppen müssen nennenswerte Vereinbarungen getroffen werden. Es steht zu hoffen, daß diese zu einem baldigen gedeihlichen Abschluß geführt und so dem Gewerbe für die beginnende Bauperiode Störungen ferngehalten werden.

Beilegung des englischen Funkerstreiks.

London, 19. Februar. (Ill.) Der Streik der Funker in der englischen Handelsmarine ist gestern abend nach langen und schwierigen Verhandlungen beigelegt worden.

Sattler, Tapezierer und Portefeuller!

Heute ist Wahltag. Jedes Mitglied des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuller muß seine Pflicht tun und

für die Liste Amsterdam:

Blume, Hoffmann, Tillig, Osten, Schüttle

stimmen. Alle Kollegen und Kolleginnen müssen herangeholt werden. Die Wahl muß ein Bekenntnis sein

für die Einheit und Unabhängigkeit der Organisation.

Wahltag, SPD-Beitrag! Montag abend 7 Uhr in der Schul- und Beamtenschaft, 15-17. Fraktionskommission aller SPD-Beitrag-Beitrag. Wichtigste Tagesordnung. Vollständiges Ergebnis erwartet.

Wahltag, Kammern! Verbandsstellen, Berlin, Sonnabend, morgen, Sonntag, den 21., und Montag, den 22. Februar. Finden in den bekannten Verbandsstellen Verbandsversammlungen statt. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Verbandswahl. Alle Kameraden werden ersucht, an den festgesetzten Terminen zur Verbandsversammlung zu erscheinen.

Zentralverband der Kammern, Köhlstraße Berlin und Umgegend.

(Gewerkschaftliches siehe auch 1. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Armin Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Erik Rastbach; Anzeigen: Th. Meier; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann Berlin & Co., h. B. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Sauer, u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Wobinet Tabletten
lösend, lindernd, erfrischend

Wochen-Ende bei **Tietz**
Leipziger Straße + Alexanderplatz
Frankfurter Allee

| | | | | |
|--|---|---|---|---|
| Damen-Strümpfe gute Qualitäten 95 Pf. Paar | Herren - Socken gute Qualitäten 78 Pf. Paar | Herren-Hosen starke Streifenstoffe 5 50 haltbare Stoffe gut gearbeitet, 8 25 modern gemust., kammgarnartige Qualitäten 10 50 | Trikotjumper Kunstseide, mit bunter Malerei, in vielen Farben 1 90 | Jumperkleider gute Qualität, hübsche Details, neue Form 9 75 |
| Einsatzhemden geblickt, mit modernen gestreiften Einsätzen 1 65 Stück | Überziehjackchen für Damen, reine Wolle, gute Qualität, hübsche, moderne Machart 2 45 Stück | Breecheshosen Herren- und Burschengrößen praktisch, gemusterte Stoffe 4 50 Herren- und Burschengrößen durchweg dauerhafte Qualitäten 7 50 Herren- und Burschengrößen gute Stoffe, z. Teil Manchester- und Whipcordqualitäten 9 50 | Unterröcke aus buntem Foulardino oder Satin, 2 90 | Kinder-Kleider reine Wolle, 45-55 cm lang, verschiedene Formen, mit Stickerei-Details, ca. 45 cm lg. 2 75 Jede weitere Größe 2 Pf. mehr |
| Damen- Handschuhe Glacé, farbig und weiß, mit 2 Druckknöpfen 2 75 | Einkaufs- Zugbeutel aus kräftigem Bindleder mit 2 starken Griffen aus gleichem Leder, grosse Form, Stück 2 95 | Damen-Spangenschuhe braun, schöne, mod. Form, sowie Damen- Schnürschuhe schwarz, Rahmentarbeit, oder Herren- Schnürschuhe schwarz, vorzügliche Qualität, gute Passform, Rahmentarbeit, Paar 12 50 | Leibchenhosen für Knaben, aus haltbaren Backkinstoffen, für 5-9 Jahre 1,75, für 3-5 Jahre 1 25 | Herren-Wollhüte in modernen Formen und Farben 3 90 |
| Damen-Hüte in Kunstseide u. Stroh, moderne Formen 2 50 | Knaben- Anzugsoffe ca. 140 cm breit 1 95 Meter | Oberhemden Perkal, mit gefütterter Brust und Kragen, mit schönen Streifen 5 90 | Selbstbinder reine Seide, in neuesten Mustern 2 25 | |

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



NEURUPPIN.

Eine Hochburg der Reaktion! Nicht daß böstliche Roheit in den Gassen tobte — im Tempelgarten hat sie allerdings ihre Hakenkreuzdiffenkarte abgegeben — aber der Druck des umliegenden reich gelegenen Landes ist zu groß: kein Geschäftsinhaber, der sich öffentlich zur Republik bekennen wird und in der ganzen Stadt gibt es kaum mehr als ein halbes Duzend schwarzrotgoldener Fahnen. Die jüngsten Ereignisse: Fürstenansprüche, Sabotage von Locarno, Fememorde, haben jedoch die Lauen und Bergogten aufgerüttelt. Das Reichsbanner zählt 300 Mitglieder. Nur eine starke organisierte Arbeiterschaft fehlt.

Die schöne Stadt.

Eine Hochburg der Reaktion — aber eine schöne Stadt. Etwas „Potsdam“ lüchelt hier in der Luft — man erinnert sich, daß Friedrich III. als Kronprinz hier einige Jahre zubradte, sowie daß Fontane, der unübertreffliche Schilderer altmärkischen und neu-preussischen Lebens, und Schinkel, der Bauleiter einer künstlerisch sich verirrten Epoche, hier geboren sind. Aus den 3000 Einwohnern, die der jugendliche Oberst des Goldschmieds Regiments 1732 hier vorfand, sind inzwischen 18 000 geworden, aber die Stadt ist geblieben, was sie war: Beamten- und Rentierstadt, zumal die früheren Gewerbe, Tuchmacherei und Bierbrauerei, schon längst wieder verschwunden sind und nur wenig neue Industrie sich angesiedelt hat. Eine große Feuersbrunst vernichtete 1787 den größten Teil der Stadt; altertümlich wirkende Straßen finden sich nur in dem nach dem See hinunter sich neigenden Teil. Der Brand war durchgreifend, über 400 Gebäude, darunter Rathaus, Kirchen, Schulen, wurden niedergelegt. Friedrich Wilhelm II., der „dicke Wilhelm“, öffnete jedoch den Staatschatz und bewilligte eine Million Taler für den Aufbau, der nun nach einem großzügigen Plan erfolgte. Aus welchen Gründen die Stadt gerade 1829 dem bekanntlich in der Geschichte der preussischen Galanterie fortlebenden Herrscher ein Denkmal gesetzt hat, verschweigt der Chronist in dem neuesten Stadtführer. Aus der Stadtgeschichte ist sonst nichts Besonderes zu erahnen; das um ein von dem Grafen Ruppiner erbautes Kloster sich entwickelnde Städtchen konnte allmählich seine Rechte und seinen Besitz erweitern, da das Kloster gerade nicht übermäßig reich ausgestattet worden war und 1541 aufgelöst wurde. Handel und Gewerbe blühten auf, wurden durch den 30jährigen Krieg geschädigt. Das 18. Jahrhundert brachte einen langsamen Neuaufstieg; der Reichtum der Umgebung, die Erschließung des großen und schönen Touristengebietes, zu dem Neu-Ruppin die Eingangspforte ist, bequeme und reichliche Bahnverbindungen haben

dann dazu beigetragen, daß die Stadt dem jetzigen Besucher in glanzvollem Lichte erscheint. In den Läden ist nicht nur das Notwendige, sondern auch das Überflüssige zu kaufen und wer auch nur flüchtig die Auslagen mustert, wird überrascht sein, wieviel seltene Lederware von Wittig an zu sehen ist — das tuchenschmaufende Neu-Ruppin gibt der Sage Nachdruck, daß man hier auch in der Kriegszeit gerade nicht gehungert hat.

Gang durch die Stadt.

Wer mit der direkten Bahnverbindung von Berlin (über Kremmen) kommt, tut gut daran, auf dem Bahnhof Rheinsberger Tor auszustiegen, der Hauptbahnhof liegt etwas weiter hin auf dem Felde. Die breite Friedrich-Wilhelm-Straße, die wir betreten, zeigt sogleich die Weitsichtigkeit dieser Stadt an; wenige Schritte, dann haben wir links den großen Kirchplatz mit der einfachen Pfarrkirche und rechts das langgestreckte Land- und Amtsgerichtsgebäude, das auf dem Platz des alten Rathauses aufgeführt wurde. An dem Geburtshaus Fontanes, der mit einer Gedentafel geschmückten Bienenapotheke, vorbei, kommen wir gleich zu einem zweiten Platz, wo das städtische Gymnasium sich erhebt. Die Friedrich-Wilhelm-Straße hat sich hier auch noch verbreitert und auf diesem Platze erhebt sich das bereits besprochene Königsdenkmal. Und wieder einige Schritte weiter der dritte Riesenplatz (Königs-, Paradeplatz), dann aber erreicht die Straße bald ihr Ende, malerisches Grün und das bekannte Fontane-Denkmal — ihn als ausruhenden Wanderer darstellend — gibt einen Ruhepunkt. Kurz vorher einen Bild zur Stadtmauer, die aber nicht, wie im nahen Tempeln, drohend erscheint, sondern jumeist in geschickter Weise in das landschaftliche Bild hineingearbeitet ist. Mit der begangenen Straße parallel laufen rechts die Ludwig-, links die Friedrichstraße; senkrecht zu diesen Kreuzen auf der ganzen Strecke etwa 10 Straßen, von denen die Schinkelstraße — an dem auf dem Kirchplatz errichteten Schinkel-Denkmal vorbei — und ihre Fortsetzung, die Fischbänkenstraße, zum „Hafen“, die Kommandantenstraße zur Klosterkirche, die Wichmannstraße zum Rathaus und die Präsidentenstraße zum Kreis- („Tempel“-)Garten führen. Statt des geraden Weges durch die Stadt können wir vom Rheinsberger Tor zum Fontane-Denkmal auch auf dem Wallwege gelangen, der mit seinen hohen alten Bäumen auch im heißen Sommer einen kühlen Schatten spendet. Seltene Bäume und alte Sandsteinskulpturen zieren den jetzt dem Kreise gehörigen Garten, der auch ein kleines Heimatmuseum enthält.

Das alte Neu-Ruppin haben wir in der Nähe der Klosterkirche zu suchen. Diese selbst enthält wohl noch im Ober einzelne Teile des ersten Baues von 1248, der Hauptteil stammt aus dem

14. Jahrhundert, die Türme sind neu. Interessant ist die von der Kirche ausgehende Siedenstraße, wo die 1490 erbaute spätgotische Siedenhauskapelle ein bemerkenswertes Portal (mit Tonreliefs) besitzt. Auch ein Blick in den Spitalhof mit dem Galeriestockbau ist lohnend. Sonstige architektonische Schätze weisen manche der nach dem Brande hergestellten Bauten auf; Versuche, die den Stempel des 18. Jahrhunderts tragenden Hausreihen durch Ritzkajernen zu durchbrechen, sind nur ganz vereinzelt zu verzeichnen. Der äußere Kranz von Villen jenseits des Walles läßt auf Wohlhabenheit der Erbauer schließen.

Soziales und Politisches.

Daß die Firma Kühn, bekannt durch die Neu-Ruppiner Bilderbogen und ihre Zeitung, noch heute das Wort „Hofflieferant“ an der Fassade ihres Hauses in der Ludwigstraße zu stehen hat, ist kennzeichnend für den Geist der Stadt. Auch die Tatsache, daß die Stadträte lachen, wenn die 6 Mann starke Gruppe der SPD. alljährlich den Antrag stellt, man möge aus der Inschrift der Land-



Klosterkirche

wirtschaftsschule: „Halt fest am Pflug, bleib treu Thron und Altar“ das Wort Thron durch ein zeitgemäßeres zu ersetzen, zeigt die reaktionäre Einstellung. Im Sommer wird die Ruppiner Woche abgehalten, natürlich unter dem Zeichen Schwarz-Weiß-Rot und begnadet durch die Anwesenheit aller erreichbaren Bünde, die noch immer (mit dem Runder) Frankreich heftig schlagen wollen. Auch die Bankgrafen haben schon einmal die Stadt Neu-Ruppin beehrt und vom See aus „erobert“. Ein Gegengewicht gegen diese böstliche Bearbeitung bietet die Tatsache, daß unser Spandauer Parteiorgan, da es dauernd Nachrichten aus dem Kreise bringt, gut verbreitet ist. Als Rohstoff für die Verteilung der Kräfte seien hier die Zahlen der Reichspräsidentenwahl 1925 angeführt: 2661 Stimmen für Braun, 6092 für alle übrigen Kandidaten. In der Stadt selbst bietet das Volkshaus den Mittelpunkt für die Partei; in der Wichmannstraße, vortrefflich gelegen, steht es in Verbindung mit dem Konsumverein, der von dem nahen Wittstod beliefert wird. Man

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

Mascha nahm die Schokolade.
„Define das Paket, du wirst etwas darin finden.“
„Define das Paket, Mascha, öffne es,“ rief der ganze Chor.
Mit zitternden Händen öffnete Mascha das Schokoladenpaket. Aus der Schachtel fielen einige Zehndollarstücke und ein paar Schmudsfaden.
„Das Geld ist für Mama, der Schmutz für dich, alles, weil du mich „Biest“ genannt hast,“ sagte der Onkel lächelnd.
Mascha hob ihre großen, schwarzen Augen; so kindlich sie noch waren, so voll Saft waren sie schon. Sie ließ sie auf Onkel Moses ruhen, eine Kofetterie lag in dem Blick, welche die künftige Frau verrät, Kofetterie, die in den Schleier kindlicher Scham gehüllt war.
Onkel Moses gestiel dieser Blick, er lächelte in sich hinein.
„Danke doch dem Onkel! Küß ihm die Hand!“ rief der ganze Chor.
Mascha wurde verlegen. Sie wollte tun, was alle sie hießen. Doch der Onkel ließ sich nicht die Hand küssen. Er nahm ihren Kopf in seine Hände und gab ihr einen Kuß aufs Haar. Alles war glücklich, in vielen Augen glänzten Tränen, und Vater und Mutter waren im siebenten Himmel.
„Ich kann auch, ich kann auch!“ Mitten in die Feierlichkeit stürmte Cilli herein, halb nackt und ungewaschen. Sie hatte die Szene durch den Spalt der Küchentür mit angesehen und die Eifersucht trieb sie ins Zimmer.
„Gott im Himmel!“ die Mutter erschauerte sie und wollte sie verstecken.
Doch Onkel Moses hatte sie bereits bemerkt.
„Wer ist das?“
„Gar nichts, ein Kind,“ entschuldigte sich Aaron.
„Und was kannst du?“ fragte der Onkel.
„Kino spielen.“ Cillis Neuglein glänzten in dem schmutzigen Gesichtchen über dem Feiertagskleid der Mutter.
„Kino spielen, das ist schön, komm her, komm her — ja, da hast du...“
Aber die Mutter hatte ihre Armut bereits in einem Winkeln versteckt, und dort schluchzte die „Armut“ bitterlich.

10. Die Kusminer Landsleute.

Onkel Moses Werkstatt gewerkschaftlich zu organisieren, war unmöglich. So sehr sich auch die jüdischen Arbeitergita-

toren bemühten, die Landsleute des Onkel Moses gewerkschaftlich zu organisieren, sie stießen stets auf eine eiserne Mauer. Das hatte seine Ursache darin, daß das Verhältnis zwischen Onkel Moses und seinen Landsleuten nicht ein Geschäfts-, sondern ein Familienverhältnis war. Onkel Moses war für die Kusminer Landsleute das Haupt einer Familie, der Regent eines kleinen Königreichs. Die Kusminer Landsleute waren stolz auf Onkel Moses' Vermögen. Wenn sie an einem Hause vorbeikamen, das dem Onkel Moses gehörte, so rühmten sie sich dessen, als wäre es ihr eigenes Haus. Onkel Moses kümmerte sich um alle ihre Familienangelegenheiten. Sie trugen ihre Rechtsstreitigkeiten vor ihm aus, und Onkel Moses fällte seine Urteilsprüche wie ein Patriarch der Urzeit über die Angehörigen seiner Sippe. Sie waren Onkel Moses treu ergeben, und wenn einer seiner Unzufriedenheit Ausdruck gab oder es wagte, ein Wort wegen der Gewerkschaft zu sprechen, so hinterbrachten es die Landsleute sofort dem Onkel Moses. Dann kam Onkel Moses in die Werkstatt hinauf, suchte sich den „Revolutionär“ aus, blieb neben ihm stehen und betrachtete ihn zunächst lange und genau, so daß er glaubte, es sei sein Tod.

„Sam, wie hat er, doch daheim geheißt?“ fragte Onkel Moses dann seinen Gouverneur, indem er auf den „Revolutionär“ deutete, der sich mit der Gewerkschaft abgab.

„Mojsehe Gerngroß,“ antwortete Sam kurz.

„Sooo, das bist du, Mojsehe „Gerngroß“! Du willst also bei mir eine Organisation einführen? Bei mir nicht, lieber Freund. Bei mir wird am Sabbat und an Feiertagen nicht gearbeitet. Bei mir ist keine Werkstatt, in die man Organisierte hineinläßt. Bei mir gibt es nur Landsleute, Familie. Gabe es bei mir Arbeiter und eine richtige Werkstatt, so würde man bei mir am Sabbat und an Festtagen arbeiten, sogar am Roschahana und Som Rippur, wie in jeder Werkstatt, wo es Organisierte gibt. Ich brauche den ganzen Krempel nicht“ — Onkel Moses deutete auf die Werkstatt — „ich zahle dabei nur drauf. Ich führe das Zeug ohnedies nur euch zuliebe, damit meine Landsleute leben können. Was hätten ihr ohne mich angefangen? Wer hat euch nach Amerika gebracht? Zu wem seid ihr um die Schiffstatten und um Geld gekommen, wie ihr eure Angehörigen habt herbringen wollen? Zu wem kommt ihr, wenn es ein Unglück gibt? Wenn, Gott bewahre, einer von euch krank wird?“ Onkel Moses schrie bereits so laut, daß die Landsleute wie Espenlaub aitterten. „Zu wem kommt ihr dann? Mit allem zu Onkel Moses, wie? Ist es nicht so? Und der will bei

mir eine Organisation einführen. Bei mir nicht, Freund! Mich wird niemand zwingen, daß man bei mir am Sabbat und an Feiertagen arbeitet. Bei mir gibt es keine Arbeiter. Bei mir sind Landsleute. Meine Familie findet bei mir ihr Auskommen, und ich arbeite genau so schwer wie ihr alle. Ihr seht es ja selbst. Und für wen arbeite ich? Für mich brauche ich es wirklich nicht! Nur für euch. Ich werde meine Werkstatt schließen und dann sucht euch irgendwo anders Arbeit. Wenn ihr ein paar Dollar brauchen werdet, so werde ich sie wie euch ja ohnedies geben. Ihr braucht keine Angst zu haben. Aber ich will nichts mehr damit zu tun haben.

„Aber, was sagt der Onkel? Warum hört der Onkel auf das, was so ein dummer Kerl redet?“ beginnen die Landsleute Onkel Moses zu bitten.

„Durch ihn sollen wir alle leiden?“ fährt Aaron Mojsehe, ein naher Verwandter des Onkels, hitzig drein, der in Kusmin ein Dorfänger gewesen war, Wind und Wetter widerstanden hat und hier beim Bügeleisen steht. „Laß mich nur zu ihm, ich will ihm schon eine „Organisation“ geben.“ schreit Aaron Mojsehe mit erhobener Hand.

„Pst. Ruhe! Bei mir wird nicht geprügelt.“ Onkel Moses hält den Hektoper zurück. „Doch, wem es bei mir nicht gefällt, der kann sich irgendwo anders etwas Besseres suchen. Sam, schau nach, wieviel er zu bekommen hat und bezahle ihm bis zum letzten Heller; da, hier hast du noch ein paar Dollar auf den Weg!“

Onkel Moses Güte rührte alle. Er gewann sich stets die Herzen seiner Kusminer Landsleute durch seine freigebige Hand. Nie schlug er einem Landsmann eine Bitte ab. Der „Revolutionär“ selbst wurde gerührt über Onkel Moses' Rede und durch die paar Dollar und bereute schon seine Worte.

„Bitte den Onkel Moses um Verzeihung! Augenblicklich bitte ihn um Verzeihung,“ schrien die Kusminer Landsleute. „Er muß ihm die Hand küssen. Küß dem Onkel Moses die Hand,“ schrie Aaron Mojsehe, der Dorfänger, welcher hier beim Bügeleisen stand, den „Revolutionär“ an.

Das Ende war, daß Onkel Moses sich nicht die Hand küssen ließ. Den Landsmann entließ er nicht. Der bekam dann für seine Dummheit den Spitznamen der „Gewerkschaftler“.

Damit ist aber noch nicht gesagt, daß bei Onkel Moses am Sabbat nicht gearbeitet worden wäre. Im Gegenteil, der Sabbat war im Geschäft des Onkels Moses der stärkste Tag. (Fortsetzung folgt.)

sollte meinen, daß im Beamten- und Kleinrentnerstande jeder ersparte Groschen willkommen sein müßte, aber viele hält wohl die Furcht, als „rot“ zu gelten, von der Benutzung des Konsumvereins ab.

Der Sommer verwandelt Neu-Ruppin in ein Feldlager von Sommerfrischlern und Touristen, die mit Dampfer, Auto oder zu Fuß die schöne Umgebung, namentlich die sogenannte Ruppiner Schweiz, aufsuchen. Mit der Gründung des Reichsbanners wird es auch mehr als bisher möglich sein, durch Massenbesuch die Position der einheimischen Republikaner zu stärken. Selbst in den Hochburgen der Reaktion wird es den Nachhabenden auf die Dauer nicht möglich sein, die Tatsache, daß die Anhänger der Republik in der Mehrzahl sind, aus der Welt zu schaffen. Und der Neu-Ruppiner Geschäftsmann wird sich letzten Endes sagen, daß auch „republikanisches Geld“ nicht stinkt.

Ankauf der Hochbahn?

Die „Vossische Zeitung“ berichtet über die gestrigen Verhandlungen der gemischten Deputation zur Finanzierung der UEG-Bahn. Die Deputation hat sich in Zusammenhang damit gestern mit dem seit langem schwebenden Verhandlungen zwischen der Stadt und der Hochbahn beschäftigt. Sie hat den Magistrat ermächtigt, der Hochbahn ein bestimmtes Angebot zu machen. Zu heute vormittag ist eine Sitzung des Magistrats einberufen, die endgültig zu dem Angebot Stellung nehmen soll. Die Beratungen sind für vertraulich erklärt worden. Wie heißen es deswegen nicht für zweckmäßig, in diesem Stadium auf sie einzugehen, trotzdem durch die Publikation der „Vossischen Zeitung“ bestimmte Zahlenangaben der Öffentlichkeit übermitteln werden. Wahrscheinlich wird im Laufe des heutigen Tages eine offizielle Publikation des Magistrats erscheinen. Im Anschluß daran werden wir uns über den ganzen Fragenkomplex äußern. Jedenfalls ist es sehr zu bedauern, daß durch die Indiskretion ein Teil der Presse in die Lage versetzt worden ist, vorzeitig über diese Verhandlungen zu berichten.

Die Unterschleife der Steuerbeamten.

Hat es an der Kontrolle gefehlt?

Die Hauptsteuerverwaltung der Stadt Berlin teilt zu den Betrügereien der Stadtkassendirektoren Gerhard und Schulz eine Reihe von Einzelheiten mit, die wir in früheren Berichten bereits veröffentlicht haben. Interessant sind dagegen die Eröffnungen der Hauptsteuerverwaltung zu den Fragen: Hat es an der erforderlichen Kontrolle gefehlt? Können künftig ähnliche Fälle durch geeignete Maßnahmen unterbunden werden?

Gerhard und Schulz waren in der Steuerverwaltung der Bezirksamter Mitte und Kreuzberg mit der Bearbeitung der Grunderwerbs- und Wertwachstumssteuer betraut. Wird ein Grundstück verkauft, so ist von den Parteien oder dem Notar, der den Kaufvertrag aufgenommen hat, der Betrag an das Steueramt einzuliefern. Nach den gesetzlichen Bestimmungen darf nämlich das Grundbuchamt die Eintragung des Eigentumswechsels erst vornehmen, wenn eine Bescheinigung über die Sicherstellung der Grunderwerbssteuer vorgelegt wird. Die Tätigkeit des Steueramtes beginnt also mit einer provisorischen Prüfung des Betrages, auf Grund deren die Höhe der Sicherheitsleistung für die Grunderwerbssteuer festgestellt wird. Diese „vorläufige Veranlagung“ wird von dem zuständigen Steuerbeamten vorbereitet. Die Festsetzung der Höhe selbst erfolgt durch den Steuerdezernenten, der Stadtrat des betreffenden Bezirksamtes oder ein Magistratsrat ist. Der Steuerpflichtige zahlt den festgesetzten Betrag als Sicherheit bei der Steuerkasse und erhält sodann die Bescheinigung über die Sicherheitsleistung an das Grundbuchamt ein. Beim Steueramt erfolgt nach diesem provisorischen Verfahren die gründliche Prüfung des Steuerfalles und die endgültige Veranlagung und zwar für die Wertwachstumssteuer sofort, weil sie an den Vertragsabschluss anknüpft, für die Grunderwerbssteuer nach Eingang der Bestätigung von der Eintragung des neuen Eigentümers durch das Grundbuchamt. Auch hier ist Aufgabe des zuständigen Steuerbeamten lediglich die Vorbereitung der Veranlagung, die dieselbe auch persönliche Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen notwendig macht. Die Veranlagung selbst erfolgt auch hier nur durch den Dezernenten, der in jedem Falle die Grundlagen eingehend nachzuprüfen hat. Für eine ausnahmsweise Ermäßigung der veranlagten Steuer aus ganz besonderen Gründen erfolgt die Entscheidung auch nicht durch den Dezernenten allein, sondern durch Beschluß des Bezirksamtes, Zustimmung des Bürgermeisters u. a. m. Diese Regelung ist in den Verwaltungsbezirken nicht einheitlich. Im Bezirk Mitte erfolgten derartige Ermäßigungen durch Beschluß eines Ausschusses der Bezirkssteuerdeputation. Der Steuerbeamte selbst also hatte weder die Steuer endgültig festzusetzen, noch konnte er irgend welche Ermäßigungen durchsetzen, sofern der zuständige Dezernent die ihm vorgelegten Sachen richtig prüfte, was zunächst einmal unterstellt werden muß. Wie sind nun die Befreiungen ins Werk gesetzt worden? In einigen Fällen haben die beiden Betrüger von dem Steuerpflichtigen den Geldbetrag für die Zahlung der Steuer persönlich im Empfang genommen und dafür gefälschte Steuerquittungen ausgestellt. Die Akten über den Steuerfall wurden vernichtet. Daß die Vernichtung von Akten durch die ungetreuen Beamten zunächst unbemerkt bleiben konnte, wird dadurch verständlich, daß die Akten von den bearbeitenden Beamten selbst verwaltet werden, da in den städtischen Verwaltungen keine Registratorien mehr bestehen. Gleichwohl war eine Kontrolle dadurch gewährleistet, daß jeder Grundstückskaufvertrag, noch ehe er überhaupt zur Bearbeitung kommt, in die vorgeschriebene Grunderwerbsteuererklärung eingetragen ist, aus der der Fortgang der Bearbeitung ersichtlich ist. Wie es möglich war, die für diese Kontrolle zuständigen Beamten der beiden Steuerämter zu täuschen, wird durch die Untersuchung geklärt werden. Eine weitere Kontrolle soll nunmehr noch dadurch eingeführt werden, daß vom Katasteramt in bestimmten Zeitabschnitten stichprobenartige Nachweisungen über den Eigentumswechsel erbeten werden, um durch den Vergleich mit dem Material des Steueramtes die ordnungsmäßige Erledigung aller Fälle nachzuprüfen. Als notwendige Ergänzung aller Kontrollen aber ist die Mitwirkung des Publikums selbst von größter Wichtigkeit. Auch im vorliegenden Falle wäre die Einleitung des Strafverfahrens um Monate früher möglich gewesen, wenn ein Steuerpflichtiger, dem ein schamloses Angebot gemacht worden war, dies sofort der Aufsichtsstelle mitgeteilt hätte, und wenn in den Betrugsfällen selbst nicht Zahlungen an einen Beamten erfolgt wären, der zur Empfangnahme nicht berechtigt war.

Der Prozeß Bartels.

Ein endloser Prozeß. Holzmann soll unter allen Umständen als Zeuge vernommen werden. Holzmann muß aber erst von den Prüfungsbehörden ausgeliefert werden. Etwas Langwieriges gibt es nicht. Erst muß das belgische Gericht prüfen, ob dem Auslieferungsantrage der deutschen Regierung nach dem belgischen Gesetz stattgegeben werden kann. Formalitäten auf Formalitäten sind zu erledigen. Da können noch vierzehn Tage vergehen. Es mag ja was Gutes daran sein, daß das Völkerrecht der Ausländer in den verschiedenen Staaten so sorgfältig geschützt ist; aber etwas muß an den Auslieferungsverträgen doch nicht in Ordnung sein, wenn in

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 20. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.45 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenmärchen. „Das geflügelte Mäuschen“. (Erzählt von Dr. med. E. Moebacher).
4.30-6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.35 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glöck). 7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: „Johann Heinrich Voß. (Zum 178. Geburtstag des Dichters)“. 7.25 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Photochemie. Geh. Reg.-Rat Dr. A. Miethe: „Ziele und Wege der Naturfarbentherapie“. „Der Dreifarben-Druck“. 8 Uhr abends: Sonderspieler. Abteilung Oper. Spielzeit 1925/26. Leitung: Cornelis Bronsgeest. 27. Veranstaltung. „Lucia von Lammermoor“, Oper in drei Teilen von G. Donizetti. Dir.: Kapellmeister Georg Széll von der Berliner Staatsoper. Lord Henry Aston: Artur Fleischer; Lucia, seine Schwester: Sabine Meyen; Edgar von Ravenswood: Eugen Transky; Lord Artur Bucklaw: Gerrit Visser; Raimund Bidibent, Erzieher und Vertrauter Lucia: Dirk Magré; Elisa, Lucias Kammerfrau: Emma Vilmar Hansen; Normann, Befehlshaber der Reitsigen von Ravenswood: Edmund Hippler. Ort der Handlung: Schottland. Zeit: 1700. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitsange. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanamuski (Funktionskapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 20. Februar.

3-3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel: Einheitskurschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel: Einheitskurschrift. 4-4.30 Uhr nachm.: C. Mario Alfieri, Frl. G. van Eyseron: Spanisch für Anfänger. 4.30-5 Uhr nachm.: Frl. Rechtsanwältin Dr. Margarete Berant: Die Frau als Bürgerin: „Was kochte ich zum Sonntag?“ Erläuterungen zur rechtlichen Stellung der Ehefrau.

Fällen, die so klar auf der Hand liegen, wie der eines Holzmann, so viel Zeit vergehen muß, ehe dem Auslieferungsantrage stattgegeben werden kann. Und wenn ihm erst stattgegeben ist — wer weiß, ob Holzmann nicht plötzlich erkrankt, daß sein Gesundheitszustand ihm nicht erlaube die weite Reise zu machen. Dann werden alle die Beratungen des Gerichtes unnütz gewesen sein. Vorläufig ist aber das Gericht auf Grund der Strafprozessordnung gezwungen, jeden dritten Tag zusammenzutreten; sonst müßte die ganze Beweisaufnahme von neuem beginnen. Der Bartels-Prozeß wird schon sein Ende finden. Und dann wird der Holzmann-Prozeß seinen Anfang nehmen. Wieviel Geld muß der internationale Abenteuerer Holzmann dem preussischen Staate kosten?

Der ostpreussische Polizeitransport.

Die Zustrikt eines Beteiligten.

Zu unserem im Morgenblatt vom Freitag gebrachten Artikel über Mißstände beim Transport der ostpreussischen Schutzpolizeiformationen erhalten wir die Zustrikt eines Beamten, die die gerügten Mißstände vollumfänglich bestätigen. Der Beamte beklagt sich bitter über die ungenügenden Wohnverhältnisse auf dem 1600-Tonnen-Schiff und stellt fest, daß die hygienischen Vorrichtungen völlig ungenügend waren. Insbesondere hat die verheerliche Unterbringung des Pferde-materials die Beamtenschaft auf der Reise unerträglich belästigt. Für über 500 Beamte stand, wie wir schon feststellten, kein Polizeiarzt zur Verfügung. Die wenigen Sanitäter, die den Transport begleiteten, sollen nach den Angaben, die uns gemacht werden, völlig ohne medizinische Ausrüstung gewesen sein. Die Empörung der ostpreussischen Polizisten war eine allgemeine. Die Zustrikt betont den überaus guten Empfang, der den Beamten in Stettin und auch in Berlin zuteil wurde. Es ist zu hoffen, daß die zuständigen Stellen die Mängel des so mangelhaft organisierten Transportes als auch die den Allensteiner „Stahlhelm“-Abzug in gründlicher Unterjuchung baldigst klären werden.

Die fehlenden Lehrstellen.

Bei allen Bezirksberufsamtern sind zahlreiche Knaben und Mädchen vorgemerkt, die nach ihrer Schulentlassung zu Ostern einen Beruf erlernen wollen. Auch 15- und 16jährige junge Leute sind in größerer Zahl als Lehrstellenbewerber eingetragen, die zu sofortigem Eintritt bereit wären. Freie Lehrstellen dagegen sind nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Es ergeht daher an alle Lehrherren die dringende Bitte, ihre freien Lehrstellen, und zwar für sofort wie insbesondere für den Ostertermin schon jetzt ihrem Berufsamt schriftlich oder telephonisch bekanntzugeben. Die Ueberweisung geeigneter Bewerber zur eigenen engeren Auswahl erfolgt dann durch die Berufsämter, deren Anschrift und Telefonanschlüsse aus nachstehendem ersichtlich ist: 1. Berufsamt Mitte (für Mitte, Prenzlauer Berg und Weihensee), C. 25, Alexanderstr. 41, Tel. Alexander 1406; 2. Berufsamt Ost (für Friedrichshagen, Lichterberg, Treptow und Köpenick), D. 17, Stralauer Platz 30/31, Tel. Königsstadt 5090; 3. Berufsamt Süd (für Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof), Neukölln, Thomasstraße-Holzhaus, Tel. Neukölln 1520; 4. Berufsamt Südwest (für Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf), Schöneberg, Feuerstraße 7, Tel. Stephan 2680; 5. Berufsamt West (für Tiergarten, Charlottenburg und Spandau), Charlottenburg, Spreestr. 31, Tel. Wilhelm 7300; 6. Berufsamt Nord (für Wedding, Fankow, Reinickendorf), R. 20, Pantstraße 47, Tel. Hansa 2580.

Mehr Miete oder Steuerzuschlagsumlage?

Man schreibt uns: Im „Grundrentgenium“, dem Organ des Bundes der Berliner Hausbesitzer, lesen wir, daß den Eigentümern empfohlen wird, den durch Beschluß der städtischen Körperschaften für Februar und März zur Erhebung kommenden Mehrzuschlag zur Grunderwerbsteuer auf die Mieter in der Form umzulegen, daß einfach für Februar 4 Proz. und für März 2 Proz. zur Friedensmiete zugeschlagen werden. Diese Berechnungsart vereinfacht zwar das Umrechnungsgeschäft, ist aber keine Umlage im gesetzlichen Sinne des Wortes und deshalb unzulässig. Umlage bedeutet auch vorstehend immer nur die Verteilung des Gesamtbetrages, den zunächst der Hauptzahlungspflichtige selbst zu decken hat. Der Hausbesitzer soll also, wie auch von maßgebender Steuerstelle bestätigt wird, aus der Zahlung des erhöhten Gemeindegeldes nicht einen Profit herauswirtschaften. Er muß sogar auf Verlangen den Mietern die Höhe des Steuerbetrages und der monatlichen Gesamtfriedensmiete des Hauses angeben, damit jeder Mieter, der es wünscht, sich nachrechnen kann, wie seine Februar- und März-miete berechnet ist. Nur zum Vergleich war in der ersten Meldung herangezogen worden, daß die neue Regelung für zwei Monate ein Mehr von etwa 4 plus 2 Proz. bedeutet. Bei richtiger Berechnung wird der Umlagebetrag des einzelnen Mieters in den meisten Fällen geringer sein. — Erwerbslose, denen die Hauszinssteuer gestundet ist, müssen den Umlagezuschlag ebenfalls zahlen. Wenigstens erklären mehrere angetragene Steuerämter, daß sie bis jetzt keine Anweisung haben, Erwerbslose auf Antrag auszuscheiden.

Nähe eine halbe Million Rundfunkteilnehmer in Berlin.

Im Laufe des Januar ist die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland um 86 546 auf 1 108 845 gestiegen. Berlin weist wieder die stärkste Zunahme auf, denn die Teilnehmerzahl in Berlin hat sich von 448 607 auf 481 018 erhöht. Auch in den anderen Sendebereichen ist ein starker Anstieg der Teilnehmer zu verzeichnen, so hat Hamburg jetzt 186 003, Leipzig 117 678, München 98 288 Hörer der Sendebereiche Münster — Dortmund — Elberfeld 94 772, Frankfurt a. M. 78 710 Rundfunkteilnehmer; in den östlichen Sendebereichen Breslau — Gleiwitz ist die Hörerzahl um 6 000 auf 64 208 und in Rönigsberg auf 16 441 gestiegen; Stuttgart Teilnehmerzahl ist von 27 888 auf 28 482 gestiegen.

Die juristische Sprechstunde läuft heute (Sonnabend) aus.

Die Prügelstrafe.

Zum Prozeß des Freiherrn v. Lühom.

Wie bereits gemeldet, nimmt der Prozeß gegen Herrn v. Lühom am 22. Februar seinen Anfang. Sein Ende ist nicht vorauszufragen. Selbst wenn das Gericht aus den 363 von der Staatsanwaltschaft benannten und den etwa 160 von der Verteidigung, den Rechtsanwältinnen Dr. Frey und Dr. Wallentin, beantragten Zeugen eine Auslese treffen sollte, so dürfte der Prozeß doch mehrere Monate beanspruchen. Um so mehr, als es sich hier um subtilste Fragen handelt, deren Beantwortung von der Glaubwürdigkeit der jugendlichen Zeugen, der Zöglinge des Freiherrn von Lühom, von den Landeserziehungsheimen in Budow und Jossen, abhängen wird. Hier wird die eigenartige Psychologie der Pubertäts- und Vorpubertätszeit nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

75 Fälle werden dem Angeklagten zur Last gelegt. In fast allen soll er die Knaben, die im Alter von 10-16 Jahren stehen, geächtigt haben, manche von ihnen bis zu zwanzigmal, viele von ihnen äußerst hart. Und immer wieder soll er sie dabei vor der Züchtigung, während der Züchtigungspausen und nach der Exekution geliebt, gestrielt und getüßt haben. Auch sonst soll er sehr zärtlich gewesen sein. Die Kinder hatten ihn gern. Er war um sie besorgt. Die medizinischen Sachverständigen, Dr. Albert Koll, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. Passafium und Dr. Sörmer, werden vor eine schwierige Frage gestellt sein. Sie werden aus der psychologischen Persönlichkeit des Angeklagten, aus dessen Allgemeinverhalten den Zöglingen gegenüber und aus seinem besonderen Verhalten während der Züchtigungen zu entscheiden haben, ob er sich dessen bewußt gewesen war, ungütige Handlungen vorzunehmen, und ferner, ob diese Handlungen überhaupt als jezuell aufzufassen waren, dem Geschlechtstrieb dienen und somit als kriminell zu bezeichnen sind. Allerdings ist stets in Fällen, wie dem eines Lühom, der Verdacht des sexuellen Charakters der Züchtigung nicht von der Hand zu weisen. Im Gegenteil, es ist das Gegebene. Die Geschichte der Kriminalistik kennt nicht wenig Fälle reinen Sadismus und des sadistischen „Eros paedagogikos“, man könnte sagen, einer abstrusen Verknüpfung des Sadismus mit fürsorglich-erzieherischer Liebe. Letztere fehlte ganz in dem Falle des Wilschiner Prügelkastors oder des Hausputters Colander aus der Schleswig-Holsteinischen Fürsorgeanstalt in der Bloemshen Wäldchen, oder im Falle des Banreuther Hauslehrers Dippold, der einen seiner Zöglinge zu Tode geprügelt hatte. Deshalb lagen dort die sexuellen Beziehungen klar.

Ob krankhafte sexuelle Veranlagung oder sonst was im Falle Lühom im Spiele ist, mögen die Sachverständigen und das Gericht entscheiden. Vom pädagogischen Standpunkte aus ist der Freiherr gerichtet. Daß er aber seinen Züchtigungsunfug Jahre hindurch treiben konnte, daran tragen die Eltern der geprügelten Jungen die Mitschuld. Sie waren ja mit den „Erziehungs-Methoden“ einverstanden. Sie hatten sich selbst dann beruhigen lassen, als der Großhändler M. durch die Züchtigung seines Sohnes veranlaßt, im Schöneberger Rathaus die Elternversammlung einberufen hatte. Und selbst die Studienassessoren und Lehrerinnen des Landeserziehungsheims hatten ja im Prinzip nichts gegen diese Methoden. Nur die Mäßigkeit ihrer Anwendung veranlaßte sie schließlich zum Protest. Und hier beginnt das Interesse der Öffentlichkeit am Prozeß Lühom: Prügelnde Erzieher und Lehrer, ob sadistisch oder nicht, ob triebgerichtet durch die rührende Hilfslosigkeit des Kindes oder nicht, sind nur möglich, weil die Eltern selbst von der unbedingten Notwendigkeit der körperlichen Züchtigung durchdrungen sind. Sie übertragen ihr „Prügelrecht“ dem Erzieher. Für ihre Ideologen liegt der Sinn der Züchtigung allein in deren Schmerzhaftigkeit. Die Grenze für die Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ist somit schwer zu ziehen. Jede Züchtigung ist aber eine Ueberschreitung der Normen der modernen Pädagogik. Jede Züchtigung legt den Verdacht der sadistischen Lust des Züchtigenden nahe und birgt in sich für den Geprügelten die Gefahr sexueller Erregung.

B. Lühom hat aber auch der Idee der Landeserziehungsheime durch seine Erziehungspraktiken einen argen Stoß verleiht. Dr. Lühom hat, die Denkschrift der Heime, Wilmersdorf-Bierfeld — man mag zu ihnen stehen wie man wolle, bedeuten als Versuch- und Lebensschulen mit dem Beste, was Deutschland auf dem Gebiete der Erziehung zur Gemeinschaft und zum Kulturmenschen aufzuweisen hat. Die Prügelstrafe ist mit ihren Grundideen unvereinbar. Der Gedanke, daß in Landeserziehungsheimen geprügelt wird, ist unerträglich. Was die pädagogischen Sachverständigen, der vom Kultusministerium und die anderen, über das Erziehungsheim der Landeserziehungsheime, über die besonderen innigen Beziehungen zwischen Zögling und Erzieher innerhalb der Kameradschaft auch auslagern mögen, über den Freiherrn v. Lühom als Erzieher ist der Spruch gefällt. Desgleichen auch über alle Ideologen und Anhänger der Prügelstrafe. Dies ist der tiefere Sinn des düsteren Prügelprozesses. Er heißt: Fort mit der Prügelstrafe!

Wie die Frauen wählen.

Lehrreiche Feststellungen in Spandau.

Bei den Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen vom 25. Oktober 1925 hat man im Verwaltungsbezirk Spandau wieder, wie schon bei den Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen von 1921, in den meisten Wahlbezirken die Stimmzettel der Männer und Frauen in gesonderte Wahlurnen getan. Die Feststellungen, die danach über den Anteil der Männer und der Frauen an dem Spandauer Wahlergebnis der verschiedenen Parteien gemacht werden konnten und jetzt bekanntgegeben werden, sind wieder sehr lehrreich. Schon die Wahlbeteiligung zeigt bei den beiden Geschlechtern beachtenswerte Unterschiede, die in 1925 ebenso wie in 1921 ausfallen. Die Wahlbeteiligung ging zurück von 1921 zu 1925 für die Einzelgemeinde Berlin von 66,0 Proz. auf 63,7 Proz., für Spandau allein von 63,2 Proz. auf 58,7 Proz., in Spandau für die Männer von 69,4 Proz. auf 64,7 Proz., für die Frauen von 57,2 Proz. auf 53,7 Proz. Bei voller Wahlbeteiligung hätten in Spandau die Frauen die Mehrheit gehabt, da sie in der Gesamtheit der Wahlberechtigten die Mehrheit hatten. Von 70 250 Wahlberechtigten, die 1925 in den Wahlbezirken Spandau standen, waren nur 33 282 (= 47,3 Proz.) Männer und 37 107 (= 52,7 Proz.) Frauen. Aber von den 41 473 abgegebenen Stimmen kamen 21 541 (= 51,9 Proz.) von Männern und nur 19 932 (= 48,1 Proz.) von Frauen.

Wie die Stimmen der beiden Geschlechter sich auf die Parteien verteilen, darüber konnte aus 33 von allen 42 Wahlbezirken Spandaus eine Feststellung gemacht werden; nur in diesen 33 Wahlbezirken wurde eine Geschlechtertrennung durchgeführt. Eine Vergleichung zwischen 1921 und 1925 kann nicht gut versucht werden, da inzwischen die Aufstellung der UEBD, zwischen SPD. und KPD. erfolgt ist und andererseits der Spandauer Wahlblock sich wieder in Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei aufgelöst hat. Bei den Wahlen von 1925 waren in den 33 Bezirken die Anteile der Parteien an je 100 der dort abgegebenen gültigen Stimmen: Sozialdemokratische Partei 41,8, Kommunistische Partei 12,0, Demokratische Partei 4,9, Zentrumspartei 3,8, Wirtschaftspartei 5,7, Deutsche Volkspartei 5,7, Deutschnationale Volkspartei 21,1; der Rest kam auf Splitterparteien. Im besonderen waren aber die Anteile der Parteien an je 100 Stimmen der Männer: Sozialdemokratische Partei 41,9, Kommunistische Partei 15,0, Demokratische Partei 5,4, Zentrumspartei 3,1, Wirtschaftspartei 6,0, Deutsche Volkspartei 5,5, Deutschnationale Volkspartei 18,1 (Rest Splitterparteien), dagegen an je 100 Stimmen der Frauen: Sozialdemokratische Partei 40,9, Kommunistische Partei 9,7, Demokratische Partei 4,4, Zentrumspartei 5,0, Wirtschaftspartei 5,4, Deutsche Volkspartei 5,8, Deutschnationale Volkspartei 23,6 (Rest Splitterparteien). Die Stimmverteilung zeigt hier sehr lehrreiche Unterschiede. Bei der Sozialdemokratischen Partei sind jetzt die Prozentzahlen (41,9 Proz. der Männer, 40,9 Proz. der Frauen) nahezu gleich. Bei den Kommu-

nisten (15,0 Proz. der Männer, 9,7 Proz. der Frauen) überlegen die Männer. Diese überwiegen auch, doch nicht sehr beträchtlich, bei der Demokratischen Partei (5,4 Proz. der Männer, 4,4 Proz. der Frauen) und bei der Wirtschaftspartei (6,0 Proz. der Männer, 5,4 Proz. der Frauen). Dagegen überwiegen die Frauen besonders bei der Zentrumsparlei (3,1 Proz. der Männer, 5,9 Proz. der Frauen), bei der Deutschen Nationalen Volkspartei (18,1 Proz. der Männer, 23,6 Proz. der Frauen), und etwas auch bei der Deutschen Volkspartei (5,5 Proz. der Männer, 5,8 Proz. der Frauen).

Die Sozialdemokratische Partei ist unter den großen Parteien die einzige, die jetzt an den von den Männern und von den Frauen abgegebenen Stimmen mit nahezu gleichen Prozentzahlen beteiligt ist. Zu denken gibt aber, daß noch eine so große Zahl Frauen (23,6 Proz. aller zur Wahl gekommenen, fast ein Viertel von ihnen) der Deutschen Nationalen Volkspartei nachläuft. Hier ist für unsere Werbearbeit noch viel zu tun.

Rechtlose Siedler.

Die Machtlosigkeit der Behörden.

Der Basdorfer Siedlungsstand, über den wir wiederholt berichtet, ist jetzt in ein neues, ebenfalls wenig erfreuliches Stadium getreten. Wie bekannt, sollte das gesamte der Basdorfer Bodengesellschaft gehörige Terrain Ende vorigen Jahres versteigert werden und nur infolge der außerordentlich erregten Stimmung der Siedler sah das Gericht in Oranienburg davon ab, die Versteigerung durchzuführen. Der gegenwärtige Hauptgläubiger der Basdorfer Bodengesellschaft, der eine Forderung von etwa 240 000 Mark vertritt, hat nunmehr jedoch den Antrag gestellt, zum 1. April einen neuen Versteigerungstermin anzusetzen, in dessen Verlauf auch die von den Siedlern erworbenen Grundstücke unter den Hammer kommen würden. In ihrer Not hatten sich die Basdorfer Siedler an den Regierungspräsidenten in Potsdam gewandt und dieser suchte von der Basdorfer Bodengesellschaft das Zugeständnis zu erreichen, daß endlich die Auktion der rund 70 Grundstücke von ihr genehmigt würde, damit die Siedlungen nicht unter den Hammer kämen. Umso merkwürdiger berührt es, daß die Basdorfer Bodengesellschaft auf mehrmaliges Schreiben des Regierungspräsidenten überhaupt keine Antwort gegeben und die Intervention dieser Behörde einfach unbeachtet lassen zu können glaubte. Es dürfte doch notwendig werden, die finanziellen Transaktionen der Basdorfer Bodengesellschaft genauer nachzuprüfen, um so mehr, als die Unterfuchung der Staatsanwaltschaft noch immer nicht abgeschlossen ist. Einer der Hauptgläubiger der Basdorfer Boden-G. war die Preussische Staatsbank, die eine Forderung von 70 000 Mark besaß, da sie der Gesellschaft auf das ihr gehörige 500 Morgen große Heidefeld einen Kredit von 70 000 Mark gegeben hatte. Diese Kreditübergabe geschah deshalb, weil die Basdorfer Boden-G. den Wert ihrer Terrains auf 2 1/2 Millionen Mark hatte schätzen lassen, während im günstigsten Fall der von Sachverständigen des Kreises angenommene Wert des Geländes etwa 250 000 Mark beträgt. Die Forderung der Staatsbank ist dann später durch einen Herrn B. vertreten worden, der auch jetzt die Versteigerung der Grundstücke von neuem anspricht.

Kleintierausstellung der „Grünen Woche“.

Das Berliner Volkswort weist darauf hin, daß die Eintrittskarten zur „Grünen Woche“ nur zum einmaligen Besuch der Ausstellung berechtigen. Die besonderen Interessenten der Kleintierausstellung werden daher auf die verschiedenen Daten und Besuchzeiten für die verschiedenen Kleintierausstellungen nochmals aufmerksam gemacht. Es finden statt: Jagdhundschau nur am 20. und 21. Februar (10—6 Uhr). Kaffeehundschau nur am 22. und 23. Februar (9—6 Uhr). Keine Kleintierausstellung am 24. und 25. Februar, Geflügel- und Kanarienvogel nur am 26. bis 28. Februar. Die allgemeine Ausstellung in der Haupthalle ist im übrigen täglich vom 20.—28. Februar von 10—7 Uhr, Sonnabends und Sonntag von 10—9 Uhr geöffnet.

Völliger Schwindel. Der „Völligste Beobachter“ brachte kürzlich eine Notiz, daß ein französisches Regiment nach der Flak die Lungenpest eingeschleppt hätte. Mehrere Todesfälle seien bereits zu verzeichnen und der Bevölkerung habe sich eine große Erregung bemächtigt. Nach zuverlässigen Erkundigungen der zuständigen Berliner Behörden wird mitgeteilt, daß an der ganzen Meldung kein wahres Wort ist. Es liegt durchaus keine Gefahr einer Ausbreitung der Lungenpest in der Flak vor. Lediglich zwei Soldaten haben an schwerer Lungenentzündung krank danieder gelegen. Die Frau eines Offiziers starb an den Folgen einer Nierenkrankheit. Es liegt also durchaus kein Grund zu irgendeiner Weinraubigung vor.

Im Seminar für Soziale Medizin hält Prof. Dr. C. G. J. am 23. und 26. Februar, abends 8 Uhr, Kallert-Friedrich-Daum, Lützenplatz 2/4, einen Vortrag über Groß-Berliner Krätze über die Ausbreitung der Unfallversicherung auf gewerbliche Erkrankungen und der behandelnde Arzt. Eintritt kostenlos, jedoch nur gegen Karten, die auf schriftliche Bestellung bei der Geschäftsstelle, San.-Rat Dr. Pesler, Charlottenburg 2, Oranienstr. 42/43, zugelandt werden.

Vergunglück auf einer Hoffengrube. Durch Zubruchgehen des mittleren Teiles einer Straße auf der Schachtanlage 2 bis 5 der Gewerkschaft Friedrich Thymen, Hamborn, verunglückten gestern abend drei Bergleute tödlich. Die Unfallstelle wurde sofort von der Direktion der Bergbehörde befahren.

Zwei Fischer ertranken auf dem Dammischen See bei Camelsberg letztere ein Fischerboot, wobei der 60 Jahre alte Fischer Ferdinand Davenstein und sein 30-jähriger Sohn Gustav den Tod fanden. Beide sind Familienväter. Die Leichen sind geborgen.

Neue Hochwassergefahr in Westdeutschland.

Koblenz, 19. Februar. (Mit.) In Anbetracht der dauernd bestehenden Hochwassergefahr ist hier ein ständiger Hochwasserdienst für die Mosel in Tätigkeit getreten. Aus Trier wird gemeldet, daß die Mosel-Rheinbahn Trier-Bullay infolge des Hochwassers der Mosel zwischen Berncastel und Jellingden den Betrieb einstellen mußte, da das Hochwasser bereits die Geleise überflutet.

Saarbrücken, 19. Februar. (Mit.) Infolge mollenbruchartiger Niederschläge im Quellgebiet der Saar (Vogesen) ist in Saarbrücken so unerwartet rasch Hochwasser eingetreten, daß das Wehr am Hafen nicht mehr rechtzeitig gezogen werden konnte. Seit heute morgen 8 Uhr ist mit 6,26 Meter ein Stillstand erreicht, jedoch steht das Wasser noch 20 Zentimeter höher als im Dezember vorigen Jahres. Gestern war oberhalb des Saarbrücker Wehres ein ständliches Steigen der Flut um 84 Zentimeter zu beobachten.

Kaiserslautern, 19. Februar. (Mit.) Start anhaltende Regenfälle haben am Mittwoch und Donnerstag die Bäche in der Westpfalz so stark anschwellen lassen, daß die anliegenden Ortschaften wiederum vom Hochwasser bedroht sind. Nachrichten über Hochwasser kommen aus dem Hornbachtal, aus dem Glan-, Lauter- und Mittelal. Zahlreiche Wege sind überschwemmt. In verschiedenen Ortschaften mußte das Vieh aus den Stallungen geschafft werden. Das regnerische Wetter hält an.

Feuer an Bord. Der von Marzello nach Cardiff bestimmte jugoslawische Dampfer „Javor“ meldete durch Funkpruch, daß er bei schwerer See im Kermelkanal in Brand geraten sei. Der englische Zerstörer „Serene“ wurde ihm zu Hilfe geschickt und meldete, daß er den brennenden Dampfer gefunden habe und ihm Beistand leistete. Nach einer späteren Meldung dampft die „Javor“ mit zwei fe begleitenden Kriegsschiffen langsam nach Osten. Eine unmittelbare Gefahr für das brennende Schiff besteht nicht, abgleich ein Laderraum unter Wasser steht.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung für diese Rubrik sind Berlin S. W. 68, Lindenstraße 1. Bitte an das Geschäftssekretariat, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehren. Mittwoch, den 21. Februar, abends 6 Uhr, Sitzung im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Trepp. Sämtliche Kreis- und Bezirksarbeitsgemeinschaften müssen vertreten sein. Nicht vertretene gehen als eingegangen und werden neu befragt. Die Beamtensentrale: Hermann Böger.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Jährliche Geschäftsbesprechung findet am Sonnabend, den 20. Februar, nachmittags von 5—6 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 4, statt.

8. Kreis Wilmersdorf. Kantine, Abteilungsleiter! Die Handbettel und Plakate für den Republikanischen Abend am Mittwoch, den 21. Februar, sind bei Frau B. Heilmann, Lindenstr. 3, 2. Hof, abzugeben.

11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen und am Wilmersdorf. Sonnabend, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Offenbacher, Ecke Hauptstraße, Vorführung des Films „Unser Ruf zum Kampf“. Alle Genossen mit ihren Angehörigen müssen sich regen beteiligen.

12. 10. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Ethel Ring, Ecke Wilmersdorfer, Funktorenkammer. Die Gemeindefunktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Jugendabteilungen. Gruppe Tiergarten: Sonntag, den 21. Februar, gemeinsame Fahrt nach Potsdam. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Charlottenhof, Bellevue. — Gruppe Süd: Sonntag, den 21. Februar, Treffen am Steinhilber Postbahnhof zur Fahrt nach Bernsdorf.

Veranstaltung sozialdemokratischer Studenten. Unsere Mitstreiter und Genossinnen werden gebeten, an einer studentischen Ausbebung am Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, in der Schulaula Offenbacher, Ecke Schwannstraße, Ecke Bahnhof Friedrichstraße, sich regen zu beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Funktionskreisbesprechung Sonntag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, Logenordnung: Hauptstraße über „Unser Ruf“.

Reise V: Treffpunkt zur Besichtigung abends 10 Uhr Hermannplatz, Knechtel. **Verbelegert** Franziska Berg 1: 10 Uhr in den Vorreden Vorlesungen, aufmerksamer! So sehr wichtig, unbedingt erscheinen! **Verbelegert** Lillienfeld. Heute abend 10 Uhr im Heim Sieglitz, Wilmersdorf 47, Vorlesungen. Alle Abteilungen müssen unbedingt vertreten sein. **Wichtige** Logenordnung: Hauptstraße und Besprechungen.

Morgen, Sonntag, den 21. Februar:

Funktionskreisbesprechung für Verbelegert, Abteilungsleiter, Bibliothekare und interessierte Genossen. 1. Hof: Sonntag, den 21. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im zentralen Jugendheim, Lindenstr. 3, Genossin Dr. Rathen spricht über „Einflussnahme in die soziale Literatur“. **Wichtige** und **vollständige** erscheinen in Pflicht.

Bühnenplatz: Jugendheim Oberwolfener Str. 10, Sitzung der Arbeitsgemeinschaft. — **Oden (Oranienburg Kreis):** Fahrt Nauwalde Berge. Treffpunkt 7 Uhr Pfl. Oranienburg. — **Witten:** Fahrt, Treffpunkt 10 Uhr Pfl. Wilmersdorf. — **Wilmersdorf:** Kita Schule, Dorostr. 7, Heimabend mit Program. — **Steglich I:** Treffpunkt 3 Uhr nachmittags zum Spazieren. — **Steglich II:** Jugendheim Döllnische Str. 2, Hebungabend. — **Tempelhof:** Fahrt, Treffpunkt 10 Uhr Pfl. Tempelhof. — **Wannsee:** Schule Christentum, Tante Abend. — **Wilmersdorf:** Schule Berliner Str. 11, Runter Abend. — **Wilmersdorf:** Fahrt Oranienburg. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Pfl. Oranienburg. — **Wilmersdorf:** Fahrt Wilmersdorf-Rauen. Treffpunkt 10 Uhr Wilmersdorf, Hauptstr. 11. Abends Vertagsabend. Vertags 11.

Verbelegert Knechtel: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3, Ferdinand-Freilicht-Fahrt. Referent Genosse Friedrich Wendel. **Parteienossen** sind herzlich eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berlin Sozialistischer Kreis. Öffentliche Mitteilungsversammlung Sonntag, 22. Februar, 7 1/2 Uhr, im Reichshilfsheim, Bellevuestr. 15. **Verein der Arbeiter für Fortschritt.** 2. H. von Groß-Berlin und Provinz. Es finden in der nächsten Woche folgende Mitteilungsversammlungen statt, wo die Mitteilungsblätter nur in ihren Bezirken hindurchgehen sollen. **Mitteilungsblätter** in zur Kontrolle vorzulegen. **20. Hof:** 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 6 (Kreuzberg), Bodenhausenstraße, 1. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 2 (Wilmersdorf), Schulaula Wilmersdorfer Str. 16. — **21. Hof:** 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 9 (Wilmersdorf), Lokal Ruffa, Bodenhausenstraße 21, Ecke Wilmersdorfer Str. 16 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 10 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 11 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 12 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 13 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 14 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 15 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 16 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 17 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 18 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 19 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 20 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 21 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 22 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 23 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 24 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 25 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 26 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 27 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 28 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 29 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 30 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 31 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 32 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 33 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 34 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 35 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 36 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 37 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 38 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 39 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 40 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 41 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 42 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 43 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 44 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 45 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 46 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 47 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 48 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 49 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 50 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 51 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 52 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 53 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 54 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 55 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 56 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 57 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 58 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 59 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 60 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 61 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 62 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 63 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 64 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 65 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 66 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 67 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 68 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 69 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 70 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 71 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 72 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 73 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 74 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 75 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 76 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 77 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 78 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 79 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 80 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 81 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 82 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 83 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 84 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 85 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 86 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 87 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 88 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 89 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 90 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 91 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 92 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 93 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 94 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 95 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 96 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 97 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 98 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 99 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 100 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 101 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 102 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 103 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 104 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 105 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 106 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 107 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 108 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 109 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 110 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 111 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 112 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 113 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 114 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 115 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 116 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 117 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 118 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 119 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 120 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 121 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 122 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 123 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 124 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 125 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 126 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 127 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 128 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 129 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 130 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 131 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 132 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 133 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 134 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 135 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 136 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 137 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 138 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 139 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 140 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 141 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 142 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 143 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 144 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 145 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 146 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 147 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 148 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 149 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 150 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 151 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 152 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 153 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 154 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 155 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 156 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 157 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 158 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 159 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 160 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 161 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 162 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 163 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 164 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 165 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 166 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 167 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 168 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 169 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 170 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 171 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 172 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 173 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 174 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 175 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 176 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 177 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 178 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 179 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 180 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 181 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 182 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 183 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 184 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 185 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 186 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 187 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 188 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 189 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 190 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 191 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 192 (Kreuzberg), Wilmersdorfer Str. 16, 21. Hof, 22. Februar, 10 1/2 Uhr, Bezirk 193 (Kreuzberg), Wilm

Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Volkspflege und Konsumgenossenschaft. Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften.

Ueber die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Volkspflege sprach am Donnerstag im Gewerkschaftshaus vor den Delegierten zur Plenarversammlung und den Mitgliedern der engeren Ortsverwaltung der dem A.D.B., dem A.M.-Bund und dem A.D.B. angeschlossenen Gewerkschaften der Genossenschaftsführer der Volkspflege in Magdeburg. Er führte sinngemäß etwa folgendes aus: Angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Krise ist es äußerst schwer, eine großartige Werbelampagne für die Volkspflege einzuleiten. Sind es doch hauptsächlich die werktätigen Volksschichten, aus denen sich die Volkspflege rekrutiert. Es ist aber nicht allein die wirtschaftliche Not des Volkes, die es von dem Beitritt zur Volkspflege abhält, sondern das Mißtrauen gegen jede Versicherung überhaupt. Dieses Mißtrauen war auch angesichts der schlechten Erfahrungen mit privaten Versicherungsgesellschaften berechtigt. Doch stärker als alles Mißtrauen waren immer die Verhältnisse, die die Menschen in den Bann der Versicherungen hineinzogen. Bedauerlich ist es nur, daß noch viele Arbeitnehmer, sogar politisch und gewerkschaftlich organisierte, Mitgliedenträger der Versicherungsgesellschaften sind. Es muß die Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten sein, seine Gelder in seine eigenen Unternehmen zu geben, die die Gelder wieder im Interesse der Arbeiterschaft verwenden. Trotz der noch verhältnismäßig geringen Zahl der Versicherten wurden allein in den Jahren 1924/25 bereits

15 Millionen Mark an Arbeitergenossenschaften zum Wohnungsbau

gegeben. Bei einem größeren Mitgliederbestand könnte noch viel mehr zur finanziellen Unterstützung der Arbeiterinstitutionen gegeben. Die Funktionäre der Gewerkschaften sind die beruflichen Agitatoren für die Volkspflege. An ihrer Verbindlichkeit wird es liegen, die Volkspflege, die keinen Erwerbscharakter, sondern sozialen Charakter hat, auszubauen zu einem Instrument der Arbeiter für die Arbeiter.

Es folgte dann ein weiterer Vortrag des Geschäftsführers der Berliner Konsumgenossenschaft, Genossen Mirus, der an Stelle des verstorbenen Genossen Groppler über „Genossenschaft und Arbeiterschaft“ sprach. Er zeichnete zunächst ein Bild von der historischen Entwicklung der Konsumvereine. In Berlin konnte sich die Konsumgenossenschaftsbewegung erst spät durchsetzen. Ihren eigentlichen Siegeszug trat die Genossenschaftsbewegung in Deutschland erst nach dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 an. Durch die regen Mitarbeit der Gewerkschaften in Verbindung mit dem Geschäftsgrundriss der Konsumgenossenschaft, nur gute Waren zu betreiben, konnte sie in Berlin den gehörigen Aufschwung nehmen. Die Bewegung konnte aber schon bedeutend weiter sein, wenn nicht die Krisen- und Inflationszeit sie aufgehalten hätte. Nun aber müssen sich auch die Gewerkschaften wieder mehr für die Förderung der Konsumgenossenschaft einlehen. Es ist aber hier das selbe zu vermeiden wie bei der Volkspflege. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat

die Bedeutung der Konsumgenossenschaft

noch nicht erkannt. Sie ist eine Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Gemeinwirtschaft, und muß im Interesse der Arbeiterbewegung mit allen Kräften unterstützt und ausgebaut werden. Es ist doch ein Unterschied, ob die 548 000 Mark Rückvergütungen, die im letzten Geschäftsjahr gezahlt worden sind, den Mitgliedern zugute gekommen sind oder in die Taschen von Aktionären oder einzelnen Geschäftsinhabern geflossen wären. Wie würde der Preisstand der Berliner Lebensmittel sein, wenn nicht die Konsumgenossenschaft vorhanden wäre, die infolge ihrer Barzahlung, ihres Großkaufes und der damit verbundenen Warenpreisfestsetzung preisregulierend für den Berliner Lebensmittelmarkt wirkt. So kommt auch das Bestehen der Konsumgenossenschaft denen zugute, die nicht ihre Mitglieder sind. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Waren, die in den Produktionsstätten der Konsumgenossenschaft hergestellt

werden, hygienisch einwandfrei und von Arbeitern erzeugt werden, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen.

Der genossenschaftliche Gedanke

muß wieder mehr in den Kreisen der Gewerkschaften propagiert werden. Die Gewerkschaften müssen sich der wirtschaftlichen Macht, die sie durch die Zugehörigkeit zum Konsumverein haben, bewußt werden. Durch die Konsumgenossenschaft helfen wir den Weg bereiten zur Sozialisierung der Wirtschaft, bilden wir Wirtschaftler heran, die einmal instand sein werden, unsere Wirtschaft zu führen. Es gilt, in den nächsten Monaten und Jahren in den Gewerkschaftsversammlungen Aufklärung zu schaffen über den Wert der Konsumgenossenschaftsbewegung und diese dritte Säule der modernen Arbeiterbewegung ausbauen zu helfen zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor der Arbeiter.

Ein Diskussionsabend fand nicht statt, da hierzu in den Versammlungen Gelegenheit sei, die sich in der kommenden Zeit mit der Genossenschaftsfrage eingehender befassen werden.

Krise und Lohndruck.

Die Kaufkraft ist den Unternehmern noch zu hoch.

Bochum, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G., Abteilung Dortmund Union, hat ihren Angestellten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß sie dem Schiedsspruch, monach ab 1. Oktober 1925 eine fünfprozentige Gehaltserhöhung einzutreten hat, infolge der schlechten Wirtschaftslage nicht nachkommen könne. Die Angestellten sollen innerhalb drei Tagen erklären, ob sie auf die Gehaltserhöhung verzichten oder nicht. Falls sie nicht verzichten, gilt das Rundschreiben gleichzeitig als Kündigung! — Die Verwaltung der Metallwarenfabrik Maxweg u. Wiedersholz in Dortmund hat einen großen Teil ihrer Arbeiter entlassen. Diejenigen Werksangehörigen, die weiterarbeiten, erklären sich mit einem Lohnabzug von 20 Proz. einverstanden. Die Krupp'sche Zehnerverwaltung in Essen beabsichtigt, die Zeche Hannibal II in Cappel wegen Abwagemangel stillzulegen. Von der Stilllegung werden 1000 Arbeiter und 42 Beamten betroffen. — Die Thylensche Hamborner Bergbauverwaltung teilt ebenfalls mit, daß sie sich gezwungen sieht, wegen der neuen Abfahrschwierigkeiten ab 22. Februar 3000 Bergleute auf die voraussichtliche Dauer von drei Wochen zu beurlauben und der Erwerbslosenfürsorge zu überweisen, weil durch fortgesetztes Einlegen von Feierschichten das Existenzminimum der Gesamtleistung zu sehr herabgedrückt wurde. Man rechnet damit, daß sich bis Mitte März der Kohlenabfuhr bessern wird, und die beurlaubten Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Arbeiterschutz in Rußland.

Nach russischen Quellen.

Das zentrale Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 16. Januar veröffentlicht eine Korrespondenz aus dem Gouvernement Ladow, in der ein für die russische Provinz charakteristisches Bild gezeichnet wird:

„Ungeachtet der fortgesetzten Revisionen der großen Betriebe durch die Arbeitsinspektion sowie der nachdrücklichen und sehr eingehenden Hinweise der letzteren darauf, was in den Betrieben getan werden müsse, um, wenn auch nicht vollkommen hygienische, so doch wenigstens erträgliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, werden die von der Inspektion gerügten Mängel jahrelang nicht beseitigt. Im abgelaufenen Jahre ist die Arbeitsinspektion dazu übergegangen, mit den Wirtschaftsorganen Vereinbarungen abzuschließen, daß die Mängel in einem bestimmten Zeitraum beseitigt werden. Es schien nun, daß die Wirtschaftler, als sie diese Vereinbarung unterzeichneten, ihren bestimmten Willen zum Ausdruck brachten, die gerügten Mängel zu beseitigen. Es erweist sich aber in der Praxis, daß auch diese Vereinbarungen nicht helfen. Die vorgenommene Nachprüfung der Betriebe nach Ablauf der vorgesehene Fristen zeigt nicht nur das Vorhandensein jener Mängel, deren Beseitigung laut Vertrag vereinbart war, sondern noch eine ganze Reihe neuer Mängel, die schädlich auf die Gesundheit der Ar-

beiter einwirken. Schließlich müssen auch die zunehmenden Zahlen der Erkrankungen und Unfälle für die Wirtschaftler von Bedeutung sein. Nehmen wir beispielsweise die Guss- und Maschinenfabrik „Kewitub“, die im letzten Halbjahr von der Inspektion sechsmal revidiert wurde. Allein im Verlauf von neun Monaten wurden in der Fabrik 513 Krankheitsfälle registriert, d. h. 13,8 Erkrankungen auf je 100 Personen. In demselben Zeitabschnitt wurden 5143 Arbeitstage veräumt oder 16,5 Tage von jedem Arbeiter. Die Zahl der Unfälle nimmt in den Betrieben von Monat zu Monat zu. Im Januar—März wurden 24 Unfälle registriert, im April—Juni 73, im Juli—August 64. Die letzte Zahl bedeutet keineswegs einen Rückgang, da im Juli der ganze Betrieb für zwei Wochen beurlaubt war, die Schmelzabteilungen sogar für einen ganzen Monat. Nicht besser liegen die Dinge in den meisten Legierfabriken.

Nicht immer beschränken sich die Wirtschaftler bloß auf passive Resistenz gegenüber der Arbeitsinspektion. Es gibt Fälle, wo sie die Inspektion direkt en canaille behandeln. So weigerte sich der Direktor der Kalkwerke in Orjasyn nicht nur, die Inspektion bei der Revision zu begleiten und die Revisionsurkunde zu unterzeichnen, er erklärte auch verächtlich: „Dies alles ist Unsinn. Man befaßt sich hier mit Nichtigkeiten.“

Unter diesen Umständen begreift man sehr wohl den Kampf der russischen Bolschewisten gegen das Internationale Arbeitsamt. Eine derartige Verachtung der Arbeiterschaft gegenüber können sich Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation nicht leisten.

Gesperete Gastwirtschaftsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die folgenden Gastwirtschaftsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Deutscher Hof, Ludauer Straße; Engelhardt-Gadepeter, Landberger Allee, Ecke Petersburger Str. 10; König; Palais des Ostens, 10. Pfeilstifter, Barlsruher Str. 34/35; Prälaten des Ostens, Große Frankfurter Straße 18; Restaurant Fr. Paarmann, Oberbaumstr. 1, und Wrangel- und Gubstrasse Ecke; Restaurant Hoppe, Kottbuser Damm 21. Die Sperre über das Restaurant Gadepeter, Frankfurter Allee Ecke Petersburger Straße, 10. Ernestine Buchholz, wird hiermit aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt.

Aus der Partei.

„Hausheerliches.“ Genossin Dr. Margarete Stegmann schreibt uns: Mit dem Schluß eines Briefes, den ich an Reinhard Goering, den Dichter der Sechschlacht, von „Scapa Flow“ u. a. geschrieben habe, verfuhr Goering neuerdings, den Beweis zu erbringen, daß ich doch dem Hausheer-Bund angehöre oder angehöre. Auch dieser Beweis wird wider besseres Wissen zu führen versucht. Der Brief, dem der in fast allen an alle Zeitungen gelangte Schlußsatz „In treuer hausheerlicher Liebe“ entnommen ist, ahnte in Anrede und Gruß die hochtrabende Phraseologie Goerings nach, um sie zu verpöhlen. Er stand in keiner Spottendenz in innerer Beziehung zu einer Karte, auf der der Adressat des Briefes selbst zu den Tiraden Goerings bemerkt hatte: „Se non è vero ben trovato.“ (Wenn es nicht wahr ist, ist es gut erfunden.) Der Briefempfänger konnte auch nach dem Briefinhalt über den Sinn der Phrase nicht im Zweifel sein. Ich habe vor Gericht in einem ärztlichen Gutachten für §. 51 in Anspruch genommen. Dadurch ist meine Stellungnahme bestimmt. Ich werde von keinen weiteren Aufsetzungen Goerings über mich mehr Notiz nehmen.

An der historischen Tatsache der Goering-Bewegung habe ich ein wissenschaftliches Interesse. Ich arbeite an ihrer psychologisch-objektiven Bewertung in einer wissenschaftlichen Arbeit, die zu gegebener Zeit veröffentlicht werden wird.

Asthma- u. Lungenleidende

erzielen glänzendsten Erfolge durch provian. Lungenbalsam „Nymphan“ (ges. zesch.). Tägl. einl. A. Anerkennung, wie: „Es ist ein wahrer Segenstrom, der von ihrem Werk ausfließt“ oder: „Ein wahres Wunder wirkt dieser Nymphan-Strap“, bestätigen dies. Preis pro Flasche Mk. 3,50. Erhältlich in Apotheken. Alleinhersteller: Nymphan A.-G., München 38. Probenmuster kostenlos!

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshöhne
7 1/2 Uhr
Uraufführung
Sturmflut
Mor-en
8 U: Der betretene
Don Quixotte
8 Uhr: Sturmflut

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr, Hofmanns
Erzählungen
Opernhaus
am Königsplatz
7 Uhr Zauberflöte
Schauspielhaus
7 U. Duell am Lido
Schiller-Theater
8 U: Maria Stuart

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr
Die toten Augen
Abonn-Turnus I

Deutsches Theater
8 Uhr:
Juarez und Maximilian

Kammerspiele
4 Uhr
Die letzte Geliebte

Die Komödie
Karl-Liebknecht 105/1
4 Uhr

Gesellschaft
4 Uhr nachm.
„Blauer Vogel“
Heute und morgen
alle Plätze 2 u. 4 M.
11 15 Uhr
Nach vorzeit. und
„Blauer Vogel“
alle Plätze
3 und 5 M.
Neues Programm!

Rose-Theater
4: Harsel u. Groel
5: Ure August
der Stärke

Lessing-Th.
8 Uhr
Gastspiel Salt-
horz's Bühnen
Königin Luise

Kleines Th.
8 1/2 Uhr
Ein Spiel
von
Tod u. Liebe
v. Román-Rolland

Deutsches Kunst-Theater
8 Uhr
Paganini
Th. a. Fortinastann
8 Uhr
Die Nacht der Nächte
Th. a. Schiffsbauern
8 Uhr:
Der frühliche Weisberg

Lustspielhaus
3 Uhr: **Dicky**
Wallner-Theater
8 Uhr
Kolportage
Th. a. Nollendorfpl.
8 Uhr:
Die offizielle Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 8 M.

SOVA
Rastelli
und
10 weitere
!! Varieté-!!
!! Sensationen !!
Sonntags 3- zu er-
mäßigten Preisen
das volle Proer

Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Kaller-Revue
achtund 505
Wir
bleiben
welter
billig!
2 Sonntag-Vorst.
3 Uhr nach-
mittags und
8 1/2 Uhr abds

Großes Schauspielhaus
Fun Dich
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

Residenz-Th.
letzte Vorstellungen! 11.5.
Die Durchgängerin
m. Claire Kommer
Stg. 3 1/2 U.; Kl. Pr.
D. Durchgängerin

Thalia-Theater
1 Uhr: **Der alte Bessauer**
Gustav Charic
Kurt Vespermann
Werkmeister
Pyrrhoni, Platen
Theater in der
Kommandantenst.
8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
Nolly Wessely
josefine Bora
Oskar Sabo
Georg Baselt

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel u. die Liebe
Operette
von Gilbert
1,50 bis 10 M.
Friedenspreise

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr:
No no Kanette

Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Kaller-Revue
achtund 505
Wir
bleiben
welter
billig!
2 Sonntag-Vorst.
3 Uhr nach-
mittags und
8 1/2 Uhr abds

Komische Oper
8 1/2 Unwiderfürlich 8 1/2
nur noch
12 Vorstellungen 12
der gewaltigen Revue
Von A bis Z
zu den billigen Preisen
1 M. bis 5,50 M.
Sonntag 3 Uhr hat jeder
Erwachsene 1 Kind frei!

Premiere 4. März
Dir.: James Klein
Berlin ohne Hemd!
(nach der franz. Revue
„Paris sans chemise“)
Die
Revue der Zukunft

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Lempke's
sol. Witwe
Musik v. Dr. R. Hirsch
Helthelinde Preis 1-4 M.
In Verweil Theater
letz. kl. Woch. 25 1/2
-te. 4 Kindervorst.
Rumpelstilzchen

Walhalla-
Th. — Waldweg
Täglich 8 1/2
Marschall Vorwärts
Max aus. v. Uts
Tonkinstl. Orch.
Stg. nachm. 4 Uhr:
Die Puppenfee

Berlin r Theater
8 Uhr:
Messalinette

Central-Theater
8 Uhr:
Der Fremde

Neues Th. am Zoo
Abend 8 Uhr
Café
Thielscher
in
Stöpsel
Gleichzeitig: Part. 21.
Part. 21. 3-4 M. Orchest.
Festhall 5 M. Saal 6 M.
Verweil ansehend

WITTEGARTEN
die Revue der Liliputaner
im
sensationalen Februar-Spielplan
Sonntag 3 1/2 Uhr: halbe Preise
Rauchen gestattet

Sie haben ganz recht!

Die landwirtschaftliche Messe und Ausstellung
Grüne Woche
wird heute, Sonnabend, 20. Februar,
vormittags 10 Uhr, in den Ausstellungshallen am
Kaiserdamm eröffnet. Es ist die Ausstellung für
Landwirtschaft / Forstwirtschaft
Jagd / Imkererei / Fischerei / Garten-
bau / Ländliche Hauswirtschaft
Kleingartenwesen

Jagdhundschau (20.-21. Fbr., 10-6 Uhr)
Rasshundschau (22.-23. Fbr., 9-6 Uhr)
Geflügelschau (26. bis 28. Februar)
Kanarienschau (26. bis 28. Februar)

Qualitäts-Holzmarkt
(Auktion am 22. Februar, 10 Uhr)

Reit- und Fahrturnier

BERLINER MESSEN

Eintrittspreise für alle Veranstaltungen (ausgenommen
Reit- und Fahrturnier) 1,50 Mark.

Bei Lösung der Eintrittskarten an den Schaltern der Stadt- und
Ringbahn, der ersten Vorortzone und der Hoch- und Untergrund-
bahn sowie bei den Schaltern der Straßenbahnlinien 53, 72, 75
und 93 wird freie Hin- und Rückfahrt zur Ausstellung gewährt.
Geöffnet von 10-7 Uhr, Sonnabends und Sonntags von 10-9 Uhr.

Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Der letzte Postillon
Täglich 8 U. 15 Min.
Wiederholungen

Circus Busch
Tägl. 7 1/2 u. 10 Uhr
Die Gorillabaut
Nur noch kurze Zeit
Sonntag 3 Uhr letzte Preis-
auf „Monte Curzio“.

Herrnfeld
im Intim Th. 8 U.
Nur noch bis Sonntag:
Familie Schmidt
Wiederholungen
7 1/2 U. Uraufführung
Ein undankb. Mensch
Sonntag 3 Uhr letzte Preis-
auf „Monte Curzio“.

Ziehen Sie die Hühneraugen heraus, —

KRUDOX HOHNERAUGEN-
BAD
In Apotheken, Drogerien und Parfümerien
M. 3,- pro Packung
BEUTHEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 99

Trianon-Th.
Zentr. 2091
Berlin lacht
von 8 bis 12
Die Revue
der Einakter

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr
Helene
Liebesabenteuer
mit Gas Licht Programm

Therater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 U. — Stg. 3 U
Sagen Sie alles ab
was sie im
Monatfebr
hindern
könnte, die
Eilic-
sänger
Pracht-Programm
zu besuchen!
Eintritt 0,50-2,00 M.

Der Garlen Eden
Die Tribüne
Tel.: Wilm. in 536
8 Uhr: Letzte Aufführung
Die neuen Herren
Stg. 3 1/2 U. Kl. Pr.
Zurück zu Metusalem

Krause-Pianos
zur
Miete
Appacher Str. 1.
10a Karl-Liebknechtstr.

Strawerpenden
über 100
Herrnfeld
bismarck
Paul Gollets,
bismarck
Marianenstr. 3.
Monte Curzio 108 08

Sozialpolitik im Reichstag.

Der Etat des Arbeitsministers.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Reichstags-sitzung wünscht Abg. Hampe (Wirtsch. Bg.) die sofortige Beratung seiner Interpellation, die sich gegen Unbilligkeiten und Härten bei der Ablösung der Kriegsanleihen richtet. Die Sache sei dringlich, weil die Annahmedrist mit dem Ende dieses Monats abläuft.

In der Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diese Anregung knüpft, erklärt Abg. Philipp (Dnat.), ihm sei vom Finanzministerium mitgeteilt worden, daß die Annahmedrist um vier Wochen verlängert wird. Abg. Hampe zieht daraufhin für die heutige Sitzung seinen Antrag zurück.

Das deutsch-französische Handelsabkommen

wird ohne Aussprache dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Dann fährt man fort in der zweiten Beratung des

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Koch-Düffelberg (Dnat.) begrüßt es, daß die Sozialpolitik auch im vergangenen Jahre wesentliche Fortschritte gemacht habe. Die Deutschnationalen hätten diesen sozialpolitischen Maßnahmen zugestimmt; aber sie wüßten, daß ohne eine gesunde Wirtschaft eine gesunde Sozialpolitik nicht möglich ist. An Beitragserhöhungen sollte in der Sozialversicherung mit großer Vorsicht hergegangen werden. Nicht Uniformität sei im sozialen Versicherungsweisen angebracht, sondern Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse und Selbstvermögungen. Bei der Zusammenfassung des Arbeitsrechts müsse dafür georgt werden, daß auch die Reichsbahn sich nicht den Vorschriften des Arbeitsrechts entziehen kann.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Bp.) weist darauf hin, daß in Amerika trotz des Fehlens einer eigentlichen staatlichen Sozialpolitik die Arbeiterklasse sich in sehr günstiger Stellung befindet. Das amerikanische System lasse sich aber nicht auf Deutschland mit seinen ganz anders liegenden Produktionsbedingungen übertragen. Der deutsche Arbeiter müsse durch eine verständnisvolle Sozialpolitik in seiner Arbeitstätigkeit und Gesundheit geschützt werden. Die Sozialpolitik müsse freilich auch den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt sein. Die deutsche Wirtschaft könne nur wieder aufgebau werden, wenn ihre Entwicklung nicht immer wieder durch umfangreiche Arbeitskämpfe gestört wird. Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei notwendig. Die leider eingeschlagene Arbeitsgemeinschaft sollte wieder errichtet werden. Wenn große Arbeitskämpfe nicht anders verhindert werden können, müßte der Staat durch die Vermittlungserklärung von Schiedsprüchen eingreifen; das sollte aber die Ausnahme, die Regel müßte die freiwillige Verständigung der Parteien sein. Die Deutsche Volkspartei werde wie bisher mitarbeiten an der Fortführung einer deutschen Sozialpolitik, die auch den breiten Massen der Arbeitnehmer einen Anteil gewährt an dem Aufschwung, den Deutschland hoffentlich bald wieder nehmen werde.

Abg. Tiedt (Komm.) nennt den Arbeitsminister einen Minister gegen die Arbeiter. Das Arbeitsministerium habe mit seiner Schlichtertätigkeit planmäßig die Senkung der Löhne betrieben. In der Unfallversicherung seien die Verwaltungskosten viel zu hoch im Verhältnis zu den jämmerlichen Renten. Auch in den übrigen Versicherungszweigen müßten die Renten wesentlich erhöht werden. Die Arbeitslosen würden mit Bettelpfennigen abgepeist, für sie sei kein Geld vorhanden.

Dagegen würden die Großunternehmer und Großlandwirte mit großen Kreditsummen aus Reichsmitteln unterstützt.

Sammervoll niedrig sei die Unterstützung der Kriegsbeschädigten, während die Offizierswitwen durchschnittlich 342 M. im Monat erhalten. Fünf Prinzen aus den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach beziehen heute allein an Militärrente von der Republik zusammen täglich 189 M. (Abg. Höllein (Komm.): „Stappenschwein!“ — Präsident Lobe rügt diesen Ausdruck.)

Als dann der nächste Redner, Abg. Erkelenz (Dem.) das Wort nimmt, kommt es im Saale zu einem Zwischenfall. Man sieht am Platze des Abg. Solbl, von der Bap., den kommunistischen Abg. Höllein stehen. Auf die zunächst wenig bemerkte Auseinandersetzung wird die allgemeine Aufmerksamkeit gelenkt, als Abg. Solbl mit lauter Stimme den Abg. Höllein einen „unverschämten Kerl“ nennt und drohend auf ihn zugeht. Abgeordnete der Bap., Volkspartei bewachen die Streitenden und Abg. Höllein geht wieder an seinen Platz. Vizepräsident Graef-Thüringen ersucht unter großer Heiterkeit des Hauses, das „Wiesgespräch“ zu beenden.

Abg. Erkelenz (Dem.)

weist gegenüber den Klagen über die Verteuerung des öffentlichen Apparates darauf hin, daß die Verteuerung in der ganzen Welt besteht. In Deutschland machen die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Reich, Ländern und Gemeinden einschließlich Reparationen, etwa 150 M. pro Kopf aus, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 500 M.

Im Reichsarbeitsministerium werde keine richtige Politik getrieben. (Hört! hört!) Die Sozialpolitik des Untertanenstaates sei nicht mehr zu gebrauchen. Der Minister selber arbeite heute aber noch nach den Grundrissen, die der Kaplan Hülse zwischen 1890 und 1900 aufgestellt habe. (Hört! hört!)

Leider habe auch die Sozialdemokratie die Probleme des neuen Staates noch nicht durchdacht. Sie verfolge immer noch die Sozialpolitik Bismarcks und Stöckers. Notwendig aber sei die Durchführung des Prinzips der sozialen Selbstverwaltung. Durch die Revolutionierung der Technik müsse man die Verarmung durch den Krieg überwinden. Die Fabrikation eines bestimmten erstklassigen Automobils kostete in Amerika 7000 Arbeitsstunden, in Deutschland aber 21000. Diese nackten Ziffern zeigen, daß man

durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Kürzung der Löhne diese Spanne nicht überwinden kann.

Deutsche Admirale.

1. Brüninghaus.

Uns wird geschrieben: Die Ratig im Vorwärts über „Brüninghaus als Seeoffizier“ veranlaßte Herrn Brüninghaus, im Untersuchungsausschuss des Reichstages eine Erklärung abzugeben. Wenn er die in der Ratig gemachten Angaben auch nicht zu bestreiten vermag, so glaubte er doch, die Schuld an den Vorkommnissen auf dem Linienschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ allein auf das Konto der Mannschaften legen zu können. Die Vorstrafen der Leute — Brüninghaus sprach nicht mit Bestimmtheit von 50 Proz. Vorbestrafen — sollen ihn veranlassen haben, die Jügel sehr straff zu spannen. Es ist notwendig, im Interesse der Wahrheit, auf diese Angaben etwas näher einzugehen.

Amerika habe die Technik von 1925, Deutschland arbeite noch mit der von 1913. Wir brauchen eine großzügige Werbearbeit für die Rationalisierung der Wirtschaft.

Die eingefrorenen Gehälter müssen aufgelöst werden, und zwar sowohl bei Unternehmern wie bei Arbeitnehmern.

Erforderlich sind zunächst hohe Löhne bei höchster Produktivität der Arbeit. In der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände müsse ein ganz anderer Geist einziehen. Wenn die Leiter der Truste auch politischen Sinn hätten, dann wären die sozialen Gefahren dieser Trustbildungen nicht so groß. Die Automobilisierung Deutschlands sei nicht aufzuhalten. In den nächsten 10 Jahren dürfen nicht noch weitere Arbeitermassen vom Bande in die Stadt ziehen. Notwendig sei eine eingehende Produktionsstatistik.

Abg. Beiler (Wirtsch. Bg.) tritt für eine andere Form der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein. Nicht eine Erweiterung, sondern eine Vereinfachung und Zusammenfassung der sozialpolitischen Einrichtungen sei notwendig. Die sozialen Lasten seien außerordentlich gestiegen und machten jetzt schon 100 M. jährlich auf den Kopf der Einwohner Deutschlands aus. In der Krankenversicherung sei vor dem zwangswweisen Zusammenschluß der Klassen zu warnen, denn erfahrungsgemäß werde von den großen Krankenkassen teurer und weniger gut gearbeitet als von den kleineren.

Abg. Schwarzer (Bap. Bp.) bezeichnet die Sozialpolitik als das beste Mittel, schwere Erschütterungen des Volkstörpers zu vermeiden. Das habe sich wieder in diesem Winter gezeigt, der trotz der allgemeinen Not und der gewaltigen Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ohne ernste Unruhen verhältnismäßig gut überstanden worden sei. Die Befundung der Wirtschaft ist die Voraussetzung einer gesunden Sozialpolitik.

Die großen Wirtschaftsbetriebe haben jetzt nicht mehr Leiter von der Qualität, die wir früher kannten. Sie sind mit Direktoren überlastet, die die kostspieligen Gewohnheiten der Inflationszeit nicht aufgeben wollen.

Darunter leiden die übrigen Arbeitnehmer und die Betriebe selbst. Der Beitrag zur Erwerbslosenversicherung darf unter keinen Umständen über 3 Proz. des Lohnes hinausgehen. Die Arbeitsnachweise haben auf der Grundlage der neuen Gesetzgebung im ganzen gut gearbeitet. Sie dürfen sich aber nicht zu Zwangsanstalten entwickeln.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt, er nehme die Ausführungen des kommunistischen Redners nicht tragisch. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Not sind die Aufgaben des Ministeriums und die Schwierigkeiten bei ihrer Lösung sehr gewachsen. Diejenigen, die die Dinge einseitig sozialpolitisch oder einseitig wirtschaftlich ansehen, sind niemals mit der Tätigkeit des Arbeitsministeriums einverstanden. Das Arbeitsministerium fühle sich durchaus unabhängig von den Vertretern beider Endanschauungen, auch der Arbeitgeberverbände. Der Gedanke der gegenseitigen Sozialpolitik bricht sich jetzt auch immer mehr in den liberalen Staaten Bahn, die wie England von Abg. Erkelenz als Muster hingestellt wurden. Die Wirtschaftskrisis und sozialpolitische Statistik sollen weitergeführt und weiter ausgebaut werden. Ein Schwerpunkt zur Ausdehnung der Krankenfürsorge auf die Seesleute ist in Vorbereitung. Für Krankenkassen muß eine Mindestmitgliederzahl vorgeschrieben werden. Der Entwurf zum Arbeitsrecht wird voraussichtlich noch vor dem Beginn der Sommerpause das Kabinett verlassen. Das Arbeitsministerium hat in seiner Schlichtertätigkeit immer das Bestreben gezeigt, die Löhne zu halten und ihre Senkung zu verhindern. Die große Wohnungsnot ist so schlimm, daß es einer Enquete zu ihrer Feststellung gar nicht bedarf. Ich wehre mich entschieden dagegen, daß man die Wohnungsfrage einseitig vom Standpunkt des Kapitals aus behandelte. Es ist gar nicht entscheidend, ob wir das für die ersten Hypotheken notwendige Kapital aus dem Ausland oder Inland bekommen. Wenn wir dabei nur auf die Hauszinssteuer angewiesen wären, dann könnte damit das Baugewerbe nicht ausreichend beschäftigt werden. Der einzige Weg zur Befreiung der privaten Bautätigkeit wäre eine so große Steigerung der Mieten, daß der Wohnungsbau rentabel wird. Das wird aber niemand im Hause vertreten wollen. Auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge haben wir schon viel getan; wir wollen in nächster Zeit die Siedelungsarbeiten lebhafter in Angriff nehmen. Die Frage der Arbeitszeit im Bergbau wird geregelt werden im Bergarbeiterschutzesetz, das gleichzeitig mit dem allgemeinen Arbeiterschutzesetz dem Reichstag zugehen wird. In der Sozialpolitik haben wir in den letzten Jahren ansehnliche Fortschritte gemacht. Wir wollen in dieser ruhigen Weise weiter fortschreiten. (Beifall.)

Abg. Söhr (Wirtsch.) begrüßt die Stetigkeit in der Leitung des Arbeitsministeriums. Der Berliner Oberbürgermeister habe mit seiner Kritik dieses Ministeriums nur seine eigene Unzulänglichkeit bewiesen. Das Stöhnen der Industrie und der Banken über die unerträglichen sozialen Lasten sei ganz unbedeutend, denn vielen Industriebetrieben gehe es jetzt sehr gut. In einer Bank, deren Firma der Redner nennt, wurden den Geschäftsführern und leitenden Prokuristen monatlich zusammen 15 000 M., den 26 Angestellten zusammen nur 8000 M. Gehalt gezahlt. Dann würden neun Angestellte entlassen, um die Rentabilität des Betriebes zu sichern. (Hört! hört!) Der Redner führt zahlreiche industrielle Firmen an, in denen auch oerschwendertisch bei den leitenden Beamten verfahren, aber über Unrentabilität geklagt wird.

Die allgemeine Aussprache ist damit geschlossen. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Die Einzelberatung wird um 7 1/2 Uhr auf Sonnabend, 12 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Befahrung des Linienschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ (580 Mann einschließlich Offiziere) setzte sich zusammen aus den Jahrgängen 1903, 1904 und 1905. Vereinzelte Kapitulanten aus den Jahrgängen 1901 und 1902 waren ebenfalls vorhanden. Das Gros der Befahrung stellte der Jahrgang 1905 und diese Leute waren bis auf drei oder vier nicht vorbestraft. Beim Jahrgang 1904 stand es ebenso, auch dort waren nur Vereinzelte mit kleinen Arreststrafen vorbestraft. Beim Jahrgang 1903, der nur einen verschwindenden Bruchteil der Befahrung ausmachte, waren einige bis zu 20 Tagen Mittelarrest vorbestraft. Als nun das Schiff in Dienst gestellt wurde, hagelte es unter dem Kommando des 1. Offiziers, Korvettenkapitän Brüninghaus, Bestrafungen über Bestrafungen. Die drei an Bord befindlichen Arrestzellen sind im ersten Jahre seines Kommandos wohl nie leer gewesen. Nicht genug damit, sämtliche frei verfügbaren Räume an Bord, zum Beispiel der Gefechts-

verbandsplatz, der vordere und achtere Torpedoraum usw. wurden in Arrestzellen umgewandelt. Beim Aufstehen der Wache zogen oft vier bis fünf Arrestposten auf und jeder hatte drei bis vier Arrestanten zu bewachen. Die Zahl derer, die strafegezirt und des Abends, wenn sich andere schlafen legten, mit ihrer Hängematte auf der Schulter zwei Stunden an Deck stehen mußten, gleich immer einer mittleren Korporalschaft. Unter den Arrestanten befanden sich Unteroffiziere und auch zwölffährig-freiwillige Obermatrosen. Letztere hatten in ihrer 5-6 jährigen Dienstzeit ganz geringfügige Strafen, sind aber unter dem Kommando Brüninghaus in ihrer Laufbahn unter den Schlägerten gekommen. Allein diese Tatsachen führten dann zu dem geschübten Ergebnis 1906 und fanden ihren Höhepunkt in dem Selbstmord des Obermatrosen Heinrich Meyer aus Bremen.

Eine zweite Zuschrift über den Fall besagt:

Zu der letzten Erweiterung des Herrn Brüninghaus teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die betreffenden Ausführungen meines Kameraden über die Verhältnisse der Mannschaft von „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ zum 1. Offizier Brüninghaus in den Jahren 1905 bis 1907 vollständig der Wahrheit entsprechen. Auch ich war in diesen Jahren Matrose an Bord von „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und in die Reperische Angelegenheit persönlich verwickelt. Der betagten Mutter Meyers wurde folgendes Telegramm geschickt:

„Ihr Sohn Heinrich ist heute bei schwerer See über Bord gefallen und trotz wiederholter Rettungsversuche nicht mehr gerettet worden. Kommando „Kurfürst Friedrich Wilhelm“.

Als die Mutter Meyers später persönlich an Bord erschien, um den wahren Grund des Todes ihres Sohnes zu erfahren, ist sie sofort streng von der Mannschaft isoliert und von Brüninghaus persönlich bearbeitet worden. Der Grund des Selbstmordes hat Brüninghaus ebensowenig überrascht wie die betreffenden Offiziere, die der Bestrafung Meyers durch den 1. Offizier in der Batterie des Schiffes wegen einer ganz geringfügigen Bagatelie beigewohnt hatten. Brüninghaus hatte hier noch Auffassung der Mannschaft den schon lange gesuchten Grund endlich gefunden, um Meyer einen anständigen Denzettel für die freiwillige Ablösung als seinen Burschen zu verabsolgen, und tatsächlich waren 5 Tage strengen Arrest für einen noch unbestraften und kurz vor der Entlassung stehenden Menschen ein „bißchen happig“.

Auch dem Meyer erschien diese Bestrafung ungerecht und er bat wiederholt, Brüninghaus sprechen zu dürfen, was dieser mit noch 5 Tagen strengen Arrestes wegen „Freiheit“ quittierte. Brüninghaus muß tatsächlich ein sehr schwaches Gedächtnis haben, wenn er sich auf die weiteren Einzelheiten dieses Falles nicht mehr ganz genau erinnern kann. Die darauf folgende Zeit war für die gesamte Besatzung direkt fürchterlich, da dieser Brüninghaus als Schwiegersohn des Großadmirals v. Röstler eine unbegrenzte Macht an Bord und überhaupt in der Marine hatte.

2. Schröder.

Ueber den Admiral Schröder, dessen Auseinandersetzungen mit Lubendorff wir am Sonntag berichteten, hat der „Vorwärts“ Anfang 1919 interessante Dinge veröffentlicht, an die heute wieder erinnert werden darf.

Aus den Akten wurde folgendes festgestelt:

Am 21. Oktober 1918 wurde der Obermatrose Franz Schenka von der 10. Kompanie, 2. Bataillon des 1. Matrosenregiments, auf der Straße Straburg—Kordenburg, 100 Meter von der holländischen Grenze, festgenommen. Am 4. November fand gegen Schenka in Wachtpete unter dem Vorsitz des Korvettenkapitäns Regener die Verhandlung wegen Fahnenflucht statt. Es wurde Schenka zur Last gelegt, daß er, auf Posten vor dem Feind stehend, über die holländische Grenze habe entfliehen wollen. Das Gericht verurteilte Schenka in dieser Verhandlung wegen Fahnenflucht zum Tode und das Urteil wurde durch den Marine-Oberkriegsgerichtsrat Röstler dem Kommandierenden Admiral des Marinekorps, Schröder, vorgelegt, der am 7. November verfügte:

„Ich halte die sofortige Strafvollstreckung zur Aufrechterhaltung der Manneszucht für nötig.“

Schenka machte darauf ein Gnadengesuch, das von seinem Kompagnieführer, Oberleutnant Teplin, unterstützt wurde. Dieses Gesuch wurde vom Gericht des 1. M. R. nicht befürwortend weitergegeben. Darauf erfolgte folgender telegraphischer Befehl:

„Der Kommandierende Admiral befiehlt, daß die Exekution heute unzerzüglich durchgeführt wird. Weitere Ermittlungen oder dergleichen sollen nicht mehr stattfinden.“

gez. Franz Lindheim, Major.“

Am 9. November wurde Schenka mittags beim Gericht des Marinekorps standrechtlich erschossen. Am 10. November liefen vom Admiral Schröder zwei Telegramme ein:

„Ich habe von der Erklärung des Beurteilten vom 8. November am Nachmittag des 8. November Kenntnis genommen und am 9. November die sofortige Vollstreckung durch die Kommandantur S. Nikolaas ohne Rücksicht auf das Gnadengesuch des Beurteilten oder sonst etwa eingehendes Gnadengesuch mündlich befohlen, da mit Rücksicht auf wankende Disziplin und die zahlreichen Defektionen in letzter Zeit, insbesondere beim Matrosenregiment 1, ich die sofortige Vollstreckung zur Aufrechterhaltung der Manneszucht für nötig gehalten.“

Das zweite Telegramm lautet:

„Der Gerichtsherr der 1. M. R. war durch die Kriegslage, die räumliche Entfernung und die schlechte Verbindung verhindert, die Anordnung zur befohlenen sofortigen Vollstreckung des Urteils gegen Schenka zu treffen. Deshalb habe ich als höherer Gerichtsherr sie für ihn getroffen.“

gez. v. Schröder.

Kennlich lag der Fall bei dem ebenfalls wegen Fahnenflucht erschossenen Obermatrosen Karl Wacker vom 2. M. R. Admiral v. Schröder hatte in beiden Fällen ein Urteil gefällt, indem er dem zuständigen Gerichtsherrn vorgegriffen hatte.

Dieser Admiral ist nicht verhaftet worden. Er bezieht von der Republik immer noch fette Pension und hat, wie er im Briefwechsel mit Lubendorff feststell, sich mit seinem „Nationalverband deutscher Offiziere“ noch jedem Vutschveruch bereitwilligst zur Verfügung gestellt!

Der sächsische Provinzialausschuss wählte zum Vertreter der Provinz Sachsen in den Reichsrat den Oberpräsidenten Hoerling (Magdeburg) und zu seinem Stellvertreter den früheren Staatsminister Graf Pasjadowsty-Böhmer.

Herkunft und Verteilung der Auslandsanleihen.

Ueber 1 Milliarde öffentliche Produktivkredite.

Mit den Damesverträgen vom August 1924 ist für die deutsche Volkswirtschaft, wenn auch keine endgültige Festlegung der Reparationslasten nach ihrer Höhe, so doch eine gesetzliche Ordnung der ganzen Reparationsfrage erfolgt. Weil die Damesverträge gleich die Garantie für die zukünftige Stabilität der deutschen Währung schufen, wurden sie der zeitliche Ausgangspunkt jener großen ausländischen Kapitalströme, die seitdem nach Deutschland fließen konnten. Ueber die Gesamthöhe dieser Kapitalströme gibt es nun keine Statistik und kann es keine geben, da vor allem der private Verkehr zwischen den einzelnen Firmen des In- und Auslands und der bankmäßige Verkehr zwischen den Geldmärkten nicht kontrollierbar sind. Dazu gehören auch die großen kurzfristigen Beträge, die an deutsche Konzerne gegeben wurden und die bei den Konzernstützungen eine so große Rolle spielen. Raum erfassbar sind auch die Summen, die durch offene und geheime Aktienverkäufe ins Ausland und durch Beteiligungen des Auslands an deutschen Gesellschaften nach Deutschland geflossen sind. Feststellbar sind eigentlich nur diejenigen Auslandskapitalströme, die in Form von langfristigen Anleihen durch Prospekt der Öffentlichkeit deutlich erkennbar waren. Mit diesen Anleihen allein beschäftigen wir uns hier.

Herkunft der Anleihen.

Die Gesamtsumme aller seit dem Abschluß der Damesverträge nach Deutschland geflossenen langfristigen Auslandsanleihen beträgt rund 2 Milliarden 900 Millionen Mark. Sie sind, abgesehen von 4 kleineren Auslandsanleihen in Reichsmark, in 4 Zustandswährungen abgeschlossen worden. Auf die Dollarwährung kommen 59 Anleihen im Gesamtbetrag von 2632 Millionen Mark, in Pfund Sterling sind 6 Anleihen mit 222 Millionen Mark, in holländischen Gulden 8 Anleihen mit 10,30 Millionen Mark und in Schweizer Franken 2 Anleihen mit rund 25 Millionen Mark abgeschlossen worden.

Im einzelnen entfallen auf die verschiedenen Anleihegruppen:

| | Dollar | Pfund Sterling | Gulden | Schweiz. Frank |
|--------------------------------------|---------------|----------------|-------------|----------------|
| (in Millionen Mark) | | | | |
| 1 Dames-Anleihe (Reich) | 200,00 | — | — | — |
| 8 Deutsche Einzelstaaten | 30,50 | — | — | — |
| 19 Gemeinden u. Gem.-Verbände | 125,25 | — | — | 1,50 |
| 16 öff. u. gemeinwirtsch. Unternehm. | 31,50 | — | — | 30,00 |
| 1 Rentenbankkreditanstalt | 25,00 | — | — | — |
| 28 Privat-Industrie-Ges. u. Banken | 165,25 | 10,85 | 1,00 | — |
| 7 kirchliche Organisationen | — | — | 5,44 | — |
| 75 Anleihen | 627,50 | 10,85 | 6,44 | 31,50 |

— 2891 Millionen Mark

dazu 4 kleinere Auslandsanleihen in Reichsmark mit 7,95 Mill. M.

Die Vereinigten Staaten sind weitaus der stärkste Kapitalgeber. Bei der Gesamtsumme von 2,9 Milliarden ist allerdings zu beachten, daß es sich um Nominalbeträge handelt. Der Erlös ist in aller Regel mindestens um 10 Proz. geringer, da der Ausgabeurschuldner mindestens 100 Proz. liegt und außerdem noch die Provisionsprozentage der vermittelnden Banken abgehen. Hinsichtlich der Dollar- und Pfundkredite besonders ist auch die Einschränkung zu machen, daß die Währungsart nicht allein den Kapitalgeber kennzeichnet. Zahlreiche Anleihen, die New York und London ausgegeben wurden, wurden auch an anderen Weltbörsen aufgelegt und gezeichnet.

Vorgehen gegen den Kartellwucher.

Die Preispolitik der Verbände der Textilveredelungsindustrie und die Handhabung der Schutzklausel- (Treaty) Bestimmungen durch sie ist von anderen Gruppen der Textilindustrie vielfach als unbillig bezeichnet und mehrfach auch in der Presse angegriffen worden.

Besonders lebhaft waren die Beschwerden über die Preisstellung der Konvention der sächsisch-thüringischen Färbereien in Greiz, die ebenfalls durch Lizenzabgaben praktisch die Möglichkeit, billigeren Aufsenfertigerfirmen in Anspruch zu nehmen, für die Weber ausgeschlossen hatte. Nunmehr haben Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums in einer Reihe von Betrieben, die diesem Verbande angeschlossen sind, den Nachweis erbracht, daß offenbar unter dem Schutze der Lizenzabgabenbestimmungen dieser Verband überhöhte Preise vorgeschrieben hatte. Der Reichswirtschaftsminister hat darauf unter Androhung einer Klage auf Nichtigerklärung der Preisbindung und des Schutzabkommens von dem Verbande die Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen und eine Herabsetzung der Preise gefordert. Unmittelbar vor Abendung der Klage hat der Verband diesen Forderungen entsprochen. Durch die Aufhebung der Schutzklauselbestimmungen sind die Weber nunmehr in der Lage, bei günstigerer Preisstellung auch bei Aufsenfertigerfirmen des Verbandes ihre Aufträge unterzubringen. Durch diese Wettbewerbemöglichkeit dürften der Preisstellung des Verbandes in Zukunft Schranken gezogen sein.

Die Feststellungen bei der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien in Greiz und die aus ihnen gezogenen Folgerungen werden nicht ohne Rückwirkung auf die anderen Verbände der Textilveredelungsindustrie bleiben können, deren Zahl 35 beträgt.

Neue Werkskonsumpropaganda?

Unter Führung der Berliner Metallindustrie sind Bestrebungen im Gange, die Arbeiter Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs einschließlich Kohlen durch Werkskonsumanstalten nach dem Muster der Krupp'schen Einrichtungen in Essen zuzuführen. Wie die „Köln. Corr.“ hört, hofft man hierdurch den Reallohn steigern zu können. Die Bestrebungen stoßen auf stärksten Widerstand beim Einzelhandel. Die Handelskammer Berlin wird sich demnächst mit der Angelegenheit beschäftigen.

Solche Bemühungen der Industriellen sind nichts Neues. Die Organisationen der Arbeiterschaft haben immer den Standpunkt vertreten, daß Werkskonsumanstalten der Unternehmer ein wirtschaftlicher Unfug sind. Nicht die Zersplitterung der Warenverteilung sichert die Versorgung der Arbeiterschaft mit guten Qualitäten zu billigen Preisen, sondern ihre Zusammenfassung. Dafür ist die Stärkung der zentralen Warenbeschaffung und wohlfeile Verteilung durch die Konsumgenossenschaften das einzig zweckmäßige Mittel. Die Konsumgenossenschaft zu steuern, ist die Verwendung von Betriebsmitteln zu höherer Entlohnung viel geeigneter, die Versorgung des Arbeiterhaushalts mit guten und billigen Waren wäre selbst durch den freien Handel noch zweckmäßiger, als durch einzelne mit hohen Kosten arbeitende Werkskonsumanten. Die Arbeiterschaft hat Werkskonsumanstalten jeder Art noch immer teuer bezahlt. Das mögen sich besonders die hier betroffenen Metallarbeiter merken. In Thüringen will man jetzt schon Lohnsenkungen erzwingen. Dem scheinbaren Zuckerbrod der Werksversorgung werden die Unternehmer mit Sicherheit zu gegebener Zeit den Rohrind folgen lassen wollen. Darum Hände weg von solchen Donnerschlägen, die nicht einmal für den Augenblick Besondere sind.

Ihre Verwendung.

Die ausländischen Anleihen brachten auch keineswegs immer neues Kapital nach Deutschland oder in dem Sinne produktives Kapital, das mit dem Eintreffen und der Verwendung des Anleiheerlöses das Geldkapital der deutschen Wirtschaft um die entsprechende Summe vermehrt worden wäre. Die Damesanleihe des Reiches mit 800 Mill. oder mehr als ein Viertel des Gesamtbetrages diente bekanntlich zur Reparationszahlung und brachte Deutschland nur Zinslasten. Die 100-Millionen-Anleihe der Rentenbankanstalt dient in großen Beträgen zur Abdeckung früherer Schulden der Landwirtschaft; zu diesen Teilbeträgen war der Gegenwert der Auslandskredite bereits früher in der Landwirtschaft investiert. Dasselbe gilt für zahlreiche Anleihen der privaten Industrieunternehmen, die zur Tilgung kurzfristiger Verbindlichkeiten dienen, sei es gegenüber inländischen oder ausländischen Gläubigern. Der Vorteil dieser Umwandlungen von kurzfristigen in langfristige Kredite besteht lediglich darin, daß der jährliche Warenumschlag nicht mehr mit der Rückzahlung der ganzen Kapitalschuld, sondern nur noch mit der Zinszahlung und der Tilgungsrate belastet ist, während sich die Kapitalrückzahlung auf eine größere oder kleinere Zahl von Jahren verteilt. Berücksichtigt man diese Verschiebungen, so wird die Summe des auf längere Dauer zugewiesenen neuen Kapitals sehr viel kleiner. Für den Geld- und Kapitalmarkt Deutschlands entsteht eine doppelte Entlastung: einmal werden festgefrorene Umschlagskredite für die übrige Wirtschaft als Umschlagskredite wieder verfügbar, zum anderen wird die Summe der einlaufenden Kapitalien um die langfristigen Kredite größer. Beides trägt zusammen mit den niedrigeren Zinsen der Auslandskredite zur Senkung der Zinslasten in Deutschland bei.

Die Verteilung der Auslandsanleihen.

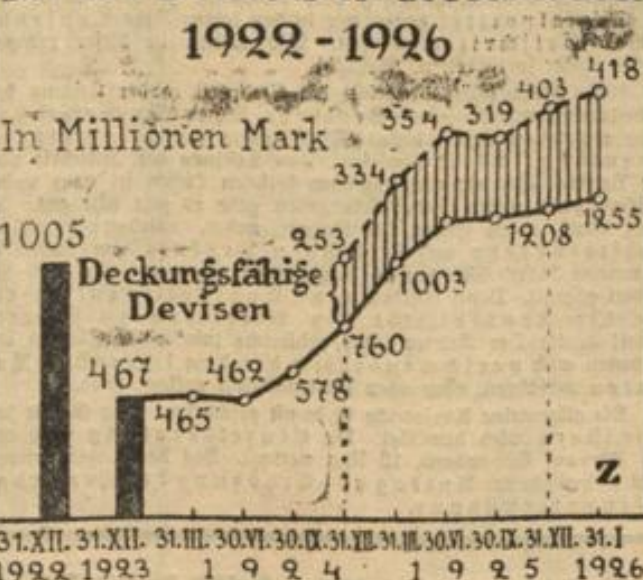
Von besonderem Interesse ist die Verteilung der Auslandsanleihen. Dabei ist der große Anteil öffentlicher Anleihen und der Anleihen für öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmungen eine Ueberraschung. Im Gegensatz zu der wohl allgemein vorherrschenden Meinung überwiegen nämlich nicht die privaten Industrieunternehmen, sondern die öffentlichen Anleihen und die öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen entfallen von der Gesamtsumme von 2,1 Milliarden (ohne Damesanleihe) nicht weniger als rund 1024 Millionen. Auf Rentenbankkreditanstalt, Privatindustrie und Banken kommen insgesamt 1018 Millionen. Dabei ist zu beachten, daß die Anleihen für Staaten, Gemeinde- und gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, die bis auf verschwindende Bruchteile ausschließlich produktiven Zwecken dienen, im Gegensatz zu den Agrar- und Industrieunternehmen den Kapitalmarkt und die Beschäftigung der Industrie im vollen Umfang des Anleiheerlöses befruchten konnten, da kurzfristige Schulden nur in ganz seltenen Fällen abzutragen waren.

Ein Kuriosum unter den Auslandsanleihen bilden die 7 in Holland aufgenommenen Kirchenanleihen (Königliches Domkapitel, Parochialgemeinde vom heiligen Kreuz und heiligen Georg-Breslau, Kath. Gemeinde Düsseldorf, Kath. Kirche Bagny, Bistum Spener, Benediktinerabtei Lambach, Dom von Trier). Die „produktiven Zwecke“, denen diese Anleihen dienen, sind der Öffentlichkeit unbekannt geblieben. Man hat auch nichts davon gehört, daß ihre Genehmigung der Kontrolle der Beratungsstelle unterstand. Vor dem Krummstab scheint auch die Allmacht der Reichsbank ein Ende gehabt zu haben.

Die Währungsreserven der Reichsbank.

Die nachstehende Graphik zeigt in außerordentlich plastischer Weise, wie der im Ruhrkampf vollkommen zusammengefallene Goldbestand der Reichsbank besonders seit der Annahme des Dames-Plans sich wieder zu einer statischen Höhe entwickelt hat, wie ferner seit dem Beginn des vorigen Jahres auch die Menge der verfügbaren bedeckungsfähigen Devisen der Reichsbank zunahm.

Der Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen bei der Deutschen Reichsbank 1922 - 1926



Die Reichsbank ist zur Bereitstellung so hoher Reserven an Gold und Devisen teilweise durch den Dames-Plan gezwungen; in den letzten Monaten hat aber auch die fortschreitende Wirtschaftskrise und vor allem die Kreditkrise die Reichsbank dazu gezwungen, große Beträge zur Anlage in Währungsreserven abzugeben.

Reichsbank und Krise in der zweiten Februarwoche. Die Reichsbank verzeichnet am Ende der zweiten Februarwoche den tiefsten bisher erreichten Stand der Inanspruchnahme durch Wirtschaftskredite. Der Bestand an Wechseln und Schecks ist auch in dieser Woche wieder beträchtlich gesunken, von 1411 auf 1321 Millionen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vormonats ein Rückgang von 216 Millionen Mark. Da in dem Posten noch Devisen in unbekannter Höhe stecken, fallen die an öffentlichen Stellen weitergegebenen 17,5 Millionen Wechsel nicht

ins Gewicht. Die „Besserung“ der Lage, die das Kommunique der Reichsbank glaubt feststellen zu können, kann mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise nicht deutlicher gekennzeichnet werden als durch einen Ausspruch des Vizepräsidenten der Reichsbank Dr. Kauffmann auf dem gestrigen Giroverbandstag der sächsischen Kreditgenossenschaften. Er sagte: „Wechsel, die die Reichsbank laufen kann, sind nicht zu haben.“ Die Besserung der Lage der Reichsbank entspricht einer schlechteren Abgang- und Vertrauenslage der Wirtschaft. Die Diskontermäßigung hat auch bis heute noch nicht anregend auf die Wirtschaft gewirkt. Wie Dr. Kauffmann auf derselben Tagung mitteilte, will die Reichsbank die zweiprozentige Spanne zwischen Diskont- und Lombardsatz auf 1 Proz. verkleinern. Man wird damit einverstanden sein können, weil für viele Kreditgeschäfte dadurch die Zinslasten tatsächlich verkleinert werden. Wie Dr. Kauffmann weiter ausführte, kommt eine neue Herabsetzung des Diskonts nicht in Frage. Es wäre wohl auch besser gewesen, wenn die Reichsbank sich am 12. Januar schon auf die Vertüfung der Diskont-Lombardspanne beschränkt hätte. — Die Giroeinlagen der Reichsbankkunden sind um 107 Millionen auf 873 Millionen erhöht (im Vormonat Senkung von 874 auf 860 Millionen). Die Lombardforderungen sind geringfügig, um 4,15 auf 9,27 Millionen gestiegen. Die Verfügbare der Reichsbank hat einen außerordentlich hohen Grad erreicht. Während die Goldbestände eine Zunahme um 51,6 und die bedeckungsfähigen Devisen eine Vermehrung um 13,9 Millionen zeigen, ist der Umlauf an Reichsbanknoten um 143,2 auf 2420 Millionen und an Rentenbanknoten um 71,1 auf 1297 Millionen gesunken. Ob der gemeldete Ankauf von 21,5 Millionen Goldbarren aus dem sowjetrussischen Staatschatz schon ausgeführt ist, ist nicht ersichtlich. Die Deckung des Roten-Umlaufs durch Gold und Devisen ist die bisher höchste, sie beträgt 71,9 Proz.

Interessantes aus der ersten Hypothekendarlehenbank. Die hannoversche Bodenkreditanstalt zählt mit ihrem Aktienkapital von 1,8 Millionen nicht zu den großen Hypothekendarlehenbanken. Aber sie ist in der glücklichen Lage, bei einer Vermehrung der eigenen Hypothekendarlehen und Pfandbriefgeschäfte um 1 Proz. 12 Proz. Dividende zu verteilen. Sie hatte Ende 1924 einen Bestand an gewährten Hypothekendarlehen von 25,41 Millionen (entsprechend 25,41 Millionen Goldpfandbriefumlauf), am 31. Dezember 1925 25,66 Millionen (entsprechend 25,66 Millionen Goldpfandbriefumlauf). Es ist anerkennenswert, daß die Bank den Empfängern der Hypothekendarlehen keine Pfandbriefe in Zahlung gibt, sondern bares Geld. Dabei scheint sie sich aber gründlich hochzunehmen; natürlich nicht mehr als andere Privat- und Hypothekendarlehenbanken. An Neugeschäft für 1925 bei dem man Extrarabatte annehmen könnte, kamen nämlich nur 250 000 M. Hypothekendarlehen und Pfandbriefe heraus. Dieses Neugeschäft und die früheren Hypothekendarlehen an Zinsen und Provisionen 2,38 Millionen. Dazu kamen 205 000 M. sonstige Zinsen. Nach Abzug der Pfandbriefzinsen (2,05 Millionen), Emissionskosten, Steuern und Handlungsunkosten (zusammen 203 733 M.) bleibt ein Reingewinn von 378 965 M., der 12 Proz. Dividende, eine Extrarabatte von 100 000 M. und noch einen Gewinnvortrag von über 45 000 M. erlaubt.

Die Reichsbahn im Januar. Die Folgen weiterer Betriebsbeschränkungen und Insolvenzen der Wirtschaft spiegeln sich in einer rückläufigen Güterverkehrsbewegung, während sonst im Januar infolge Hochwasser und Bereinigung der Binnenwasserstraßen eine Zunahme der Bahntransporte einzutreten pflegt. Der Januar wies eine etwa 8 Proz. geringere Güterwagenabfertigung auf als der Vormonat mit der gleichen Anzahl von Arbeitstagen. An diesem Verkehrsrückgang ist in erster Linie der Verkehr mit Judentrüben und Schiffele infolge Beendigung der Kampagne beteiligt. Die Beförderung von Brotgetreide und Weizen erforderte nur 49 700 Wagen gegen 53 900 im Dezember 1925, der Fischverkehr 116 Büge gegen 133 Büge von dem Biber-Hafen im Vormonat. Die Kohlenverladungen sind um fast 86 800 Wagen zurückgegangen. Lebhafter gestaltete sich der Verkehr in künstlichen Düngemitteln (Anfang Januar täglich zirka 1200 Wagen, Ende Januar zirka 2900 Wagen). Infolge Hochwassers traten an etwa 100 Stellen Betriebsunterbrechungen ein, die jedoch bald beseitigt werden konnten. Die Frachtkostengebühr im Banfstundungsverfahren ist mit Wirkung vom 1. Februar ab von 3 vom Tausend auf 2 vom Tausend der halbmöndlich gestundeten Beträge herabgesetzt worden. Der Personenverkehr war schwach. Es wurden 28,2 Millionen Zugkilometer im Personenverkehr im Dezember 1925 geleistet gegen 27,1 Millionen im November. Der Güterverkehr erreichte 17,15 Millionen Zugkilometer im Dezember gegen 16,9 Millionen Zugkilometer im November 1925.

Die Urbarmachung von staatl. Mooren. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatl. Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zugehen lassen, mit der Bitte, die autochthone Keimung des Staatsrats mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Bortage möglichst bald herbeiführen zu wollen. Angeschätzt werden 2 500 000 M., die im Wege des Kredits zu beschaffen sind. Dieser Kredit stellt einen Teilbetrag des durch das noch zu schaffende Gele über die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Ausgestaltung des staatl. Befehes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landeskultur bewilligten Kredits von 150 000 000 M. dar. Die Erlöse aus dem Verkauf der mit Anleihenmitteln urbar gemachten Moore, und zwar nicht nur die baren Kaufsummen, sondern auch bei Verkäufen gegen Rentenzahlung die Renten, sind vorweg zur verfallenen Tilgung von Anleihen zu verwenden. Aus der Begründung teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit, daß ausschließlich der Flächen, die zurzeit noch zur Torfgewinnung verpachtet sind und für die Kultivierung daher einstweilen auscheiden, noch rund 10 000 Hektar zu kultivieren sind. Die Kosten dafür würden sich heute etwa auf 10 Millionen Mark stellen.

Europa bleibt der größte Abnehmer der Vereinigten Staaten. Die Außenhandelsstatistik der Vereinigten Staaten für das Jahr 1925 zeigt, daß der größte Teil der amerikanischen Ausfuhrwaren von europäischen Ländern gekauft wird. Mehr als die Hälfte der Gesamtexporte im Werte von 2 600 Millionen Dollar wurde von Europa gekauft, während Nordamerika Waren im Werte von 1 140 Millionen, Südamerika 106 Millionen, Asien 485 Millionen, Australien 189 Millionen, Afrika 89 Millionen Dollar kaufte. Anders steht das Verhältnis in der Einfuhr. Der größte Lieferant der Vereinigten Staaten war Asien mit 1 320 Millionen, während die Einfuhr aus Europa mit 1 238 Millionen Dollar viel weniger als die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr nach Europa ausmachte. Diese Lage entspricht aus der Veränderung seit dem Weltkrieg, der zufolge die Vereinigten Staaten immer mehr als Käufer für Rohstoffe und Verkäufer für Fertigprodukte nach dem Ausland hervortreten. Aus Nordamerika laufen die Vereinigten Staaten Waren im Werte von 981 Millionen, aus Südamerika 519, aus Australien 78, aus Afrika 92 Millionen Dollar.

Die deutsch-russischen Kreditverhandlungen vor dem Abschluß. Die dieser Lage wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Otto Wolff-Konzern, der AEG und dem Deutschen Bankkonsortium einerseits und der Berliner Sewjathandelsvertretung andererseits über Lieferungen für die Inflation der russischen Industrie sind, wie der Ost-Express erzählt, soweit fortgeschritten, daß mit einem definitiven Abschluß gerechnet werden kann, so bald der Haushaltsausschuß des Reichstages der von der Reichsregierung für diese Lieferungen in Aussicht genommenen Ausfallgarantie seine Zustimmung gegeben hat. Da die Garantie des Reiches bekanntlich 35 Proz. erreicht, so stellt sich ihr Gesamtbetrag auf 105 Millionen Reichsmark. Die vorbereitenden Verhandlungen über die Art der Ausnutzung des 300 Mill.-M.-Kredits werden inzwischen von den deutschen Firmen mit der Sowjethandelsvertretung fortgeführt.

Das Angeborene.

Von Erich Grisar.

Mitten in der Nacht weckte ihn seine Frau. Sie schloß die Augen.
„Was ist?“
„Ach, das Kind. Wenn du mich nur eine Stunde allein liegen lassen könntest.“
„Ist es so schlimm?“ Und er vergaß sein eigenes Müdesein.
„Ach, es ist ein Leben darin, als drehe sich alles in mir um und um.“
„Ja, es wird ein Junge,“ sagte er.
„Über ein froher Junge.“
„Wenn's froh wird, dann ist's ein Mädchen,“ scherzte er. Dann erhob er sich von dem gemeinsamen Lager. Sie nahm eine bequeme Lage ein.

Er setzte sich auf die Bettkante und streichelte ihre Stirn. „Bald ist alles vorüber,“ sagte er dann zu ihr, wie um sich selbst zu trösten.
„Ja, aber dann wird's noch schlimmer, wenn wir nicht bald Geld bekommen, ein neues Bett zu kaufen.“
„Wenn wir nicht Geld bekommen für ein neues Bett,“ kann er nach. Dann zog er seine Hose an und setzte sich an den mit Küchengeräten verstellten Tisch vor das einzige Fenster der Stube.

Der Mond schien auf die hohe Brandmauer des gegenüberliegenden Hauses. Er ruffte die Gardine zur Seite, um etwas mehr als diese Mauer zu sehen. Es gelang ihm nicht. Er öffnete das Fenster ein wenig und steckte den Kopf hinaus. Er blickte so in einen engen Hof.

Ein Hund hatte das Klirren des Fensters gehört und bellte laut. Vielleicht auch bellte er den Mond an, der eben jetzt über den Dachrand rollte. Ein Strahl fiel an ihm vorbei in seine Stube. Auf der Bettdecke, gerade da, wo der gewöhnliche Leib seiner Frau sichtbar wurde, blickte er liegen. Er drehte sich um und blickte lange auf diese Stelle. Er sah nicht, daß seine Frau jetzt lächelte, da er sie so im Mondlicht sitzen sah. Er sah, wie die Bettdecke sich hob und senkte. So regelmäßig hob und senkte, daß er es bald gar nicht mehr wahrnahm.

Es war ihm, als stöhne seine Frau, und sogleich fühlte er das Leben in ihrem Leibe mit.

Er blickte sich in seiner Stube um. Es war enge, sehr enge hier. Man hätte, wenn man mit Armen und Beinen um sich stieß, sich diese gewiß arg zerschunden. Aber er stieß ja nicht um sich. Ihn verlangte ja gar nicht, auf und ab zu gehen. Ihn verlangte nicht, sich aufzurichten. Still saß er auf seinem Stuhl und blickte vor sich hin. In einer Stunde, wenn die Fabrik läutete, würde er sein Brot in die Tasche stecken, seinen Rock anziehen, sich noch einmal zu seiner Frau niederlegen und durch die Straßen der Vorstadt gehen zur Fabrik. Würde dort seine Arbeit tun und am Abend zurückkommen. Gab es gerade Geld, würde seine Frau ihm abholen, und zusammen würden sie überlegen, was am nötigsten war, und es kaufen oder doch wenigstens zu kaufen wünschen.

Es war wie Bitterkeit in ihm, da er an diese Enge dachte, die ihn stieß und aus der herauszukommen er vergeblich versucht. Reid kam in ihm hoch, da er das junge ungeborene Leben in seiner Frau sah, das sich redete und däumte, das heraus wollte aus seinem Gefängnis. Gemüht, noch war es schwach, aber über den vergeblichen Versuchen, herauszukommen, wuchs es und wuchs und eines Tages würde es stark genug sein und heraustraten ins Leben.

Würde einfach da sein und er würde nichts tun können, als das eigene Brot und das seiner Frau noch kleiner zu schneiden, um dem kleinen Leben etwas zukommen lassen zu können. Er würde es groß ziehen, sich freuen an der jungen Kraft, die da über ihn hinwegwachsen sollte.

Frei sollte sein Kind wachsen, den Drang aus der Enge heraus in die Freiheit sollte es sich erhalten.

Es war ihm, als schäme er sich, da er jetzt sein Kind schon groß vor sich hinstellen sah. Er schämte sich, daß er selbst zu ihm hochsehen mußte, um ihm ins Auge sehen zu können, denn sein Kind ragte mit dem Kopf bereits durch die niedere Decke in die Wohnung des Nachbarn hinein. Und seine Arme hatten auch ein Stück von der Wand mitgenommen. So sah er in eine leere Stube, die zu einer großen Wohnung gehörte. Ein weißes Bett stand darin, in dem nur zu den Feiertagen des Jahres jemand schlief, während er selbst Nacht für Nacht das einzige schmale Bett mit seiner Frau und fünfzig auch mit seinem Kinde teilen mußte.

Da er das sah, wuchs er jäh aus seinem Verkümmertsein empor und er hätte sich gleich auf die Straße stellen können, um seinen Arbeitsbrüder zu sagen, daß auch sie sich reden lassen, daß es gelte, herauszudringen aus diesem Zustand, daß es gelte zu wachsen und zu wachsen, bis man stark genug sei, alle Hindernisse zu überwinden.

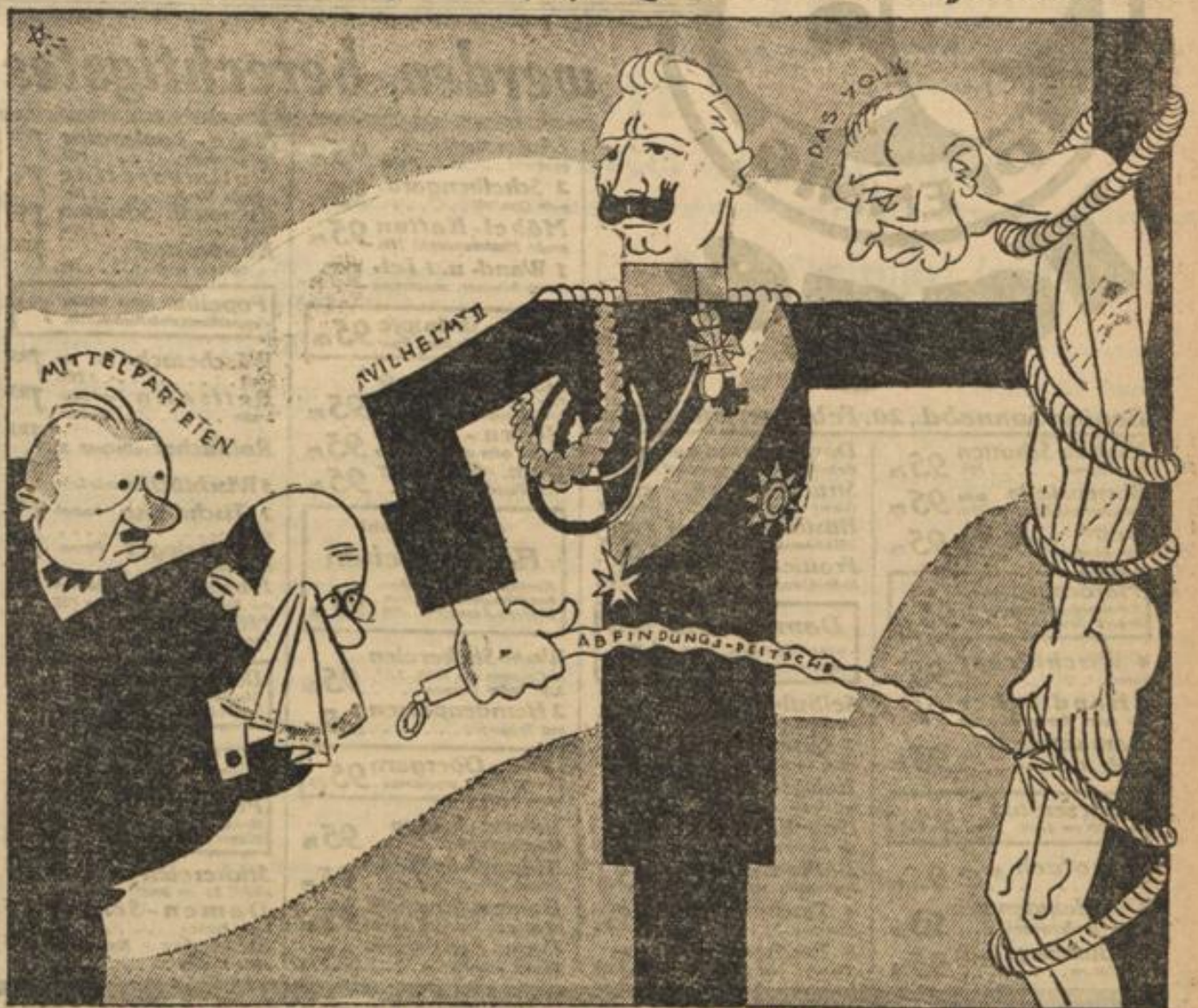
Er fühlte, wie kraftlos ihn das Leben gemacht hatte, und daß er nicht auf die Straße gehen würde, um zu kämpfen, daß er den kleinen Kampf weiterkämpfen würde, den Kampf um den Platz in der Enge, den Kampf um die Schmalfseite des Bettes, aus dem ihn das Ungeborene herausgedrängt.

Und daß er sich heute morgen wie immer an seinen Arbeitsplatz begeben würde, um ihn nicht zu verlieren. Denn verlor er ihn, würde er nicht nur die eigene Hoffnung auf ein besseres freies Leben begraben, er würde auch das Kind hingeben müssen, das all seine Sehnsucht umschloß, das ihn einmal überragen sollte. Er würde es töten müssen, ehe es geboren war, oder sterben sehen müssen nach der Geburt, oder es wegwerfen müssen an eine Straße, die er hoffte, die selbst unfähig, Kinder zu zeugen, die Kinder der Armen aufnahm und sie zu Feinden der eigenen Eltern erzog.

Rein, er wollte dies alles nicht, er wollte den Kampf um das Brot weiterkämpfen, auf daß sein Sohn (oder war es ein Mädchen?) einmal den Endkampf um die Freiheit durchkämpfen könne. Und soviel Bitterkeit auch in ihm war und soviel Müde sein ihn niederzuwerfen drohte, er hatte Kraft genug, an die Arbeit zu gehen und die Grobheiten seiner Vorgesetzten einzustößen, ohne die stille Heiterkeit zu verlieren, die ihm der Gedanke an das Ungeborene geschenkt. So wie es wuchs und wuchs, würde seine Klasse wachsen und wachsen und stark werden und einmal das ganze Leben mit ihrer Kraft an sich reißen und umgehaltem, daß kein Raum mehr darin sei für die Grobheiten eifriger Vorgesetzter, kein Raum mehr für Hunger und Not, für Haß und Finsternis. Viel Raum aber für Kraft und Freiheit, viel Raum für das Licht der Sonne und die Schönheit der Kunst.

Und das kleine verschüchterte Männchen, das kaum mochte, der Welt seiner Vorgesetzten mit einem freien Worte zu begegnen, nun es an sein Kind dachte, wuchs es mit dieser Gewißheit, mit diesem Glauben über seine Feinde hinaus, daß seine Kollegen sich wundern ab seiner Geradheit und des heiteren Blickes seiner Augen.

Der Abfindungsvorschlag der Mittelparteien.



„Hundert Schlag, wie wir hören. Lassen Sie Gnade vor Recht ergehen und geben Sie ihm neunzig, Majestät!“

Eine Steinzeitliche Rheinfestung.

Große Ströme pflegen auch immer eine große Bedeutung im Leben der Völker zu haben, die an ihnen wohnen. Unter den deutschen Strömen ist der Rhein ein treffendes Beispiel hierfür. Erwa zu Beginn unserer Zeitrechnung bildete der Rheinstrom die Grenze zwischen römischen und germanischen Völkern. Ueberreste römischer Befestigungsanlagen, sogenannte Kastelle, sind in jener Gegend durchaus nicht selten. Als man vor einigen Jahrzehnten auf der Suche nach Cäsars Rheinbrücke die Grundrisse zweier solcher Kastelle in der Nähe von Urmig nördlich von Koblenz freilegen konnte, stellte sich dabei überraschenderweise heraus, daß die beiden Römerkastelle innerhalb einer viel älteren Befestigungsanlage von riesigem Ausmaß lagen. Diese gehörte der jüngeren Steinzeit an, mußte also mindestens zwei oder drei Jahrtausende vor den Römerkastellen errichtet worden sein. Diese Steinzeitliche Festung bildet ein unregelmäßiges Oval, dessen eine Seite vom Rheinstrom geradlinig abgeschlossen ist. Auf dieser Wasserseite ist es 1275 Meter lang, bei einer Breite bis zu 850 Meter. Der Gesamtumfang beträgt somit etwa 3500 Meter, der Flächeninhalt rund 100 Hektar.

Das fast völlig ebene Gelände liegt 12 Meter über dem mittleren Wasserpiegel des Rheins, ist somit hochwasserfrei und gestattet eine ungehinderte Fernsicht. Nach dem Strom hin fällt es steil ab. Zwei mächtige Doppelgräben umschließen im großen Bogen das Gebiet, und dahinter sicherte noch eine hölzerne Balkenwand den Ort gegen feindlichen Ansturm. Auf dem Geländestreifen zwischen den Gräben erhob sich der aus den aufgeworfenen Bodenmassen errichtete Wall, der vielleicht mit einer Holzruhrwehr bekrönt war. Durchgänge und Tore in großer Zahl — wohl an die zwanzig — führten durch die Bohlenwand und durch die Wälle. Im Innern der Anlage, mehr oder noch auf der Sohle der Gräben, konnte eine ganze Anzahl tiefergehender Herd- und Abfallgruben festgestellt werden. Die zahlreichen gefundenen Ueberreste von Tongefäßen zeigen in ihrer ganz bezeichnenden Art, daß die Erbauer und Bewohner der Befestigung zur Bevölkerung der steinzeitlichen Pfahlbaukultur gehörten, wie sie aus den Pfahlbauten des Oberrheins seit langem bekannt ist.

Die Forschungsergebnisse zeigen mit ziemlicher Sicherheit, daß im dritten oder vierten Jahrtausend vor Cristo ein größerer Stamm der Pfahlbaubevölkerung des Oberrheins gegen Norden zog und sich in der fruchtbaren Ebene des heutigen Neuwieder Beckens niederließ. Im Laufe längerer Zeit wurde diese Landschaft zum kulturellen Mittelpunkt der sich mehr und mehr ausbreitenden Stämme, dem die Errichtung der Erdfestung und Stammesburg bei Urmig ebenso wie die Anlage vereinzelter Siedlungen zu beiden Seiten des Rheins und auf den Höhen zu verdanken ist. Ausstrahlungen von diesem Mittelpunkt reichen bis nach Belgien. Die Berührung mit den benachbarten Steinzeitkulturen wird lebhafter, bis endlich gegen Ende der Steinzeit, um die Wende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends, höherentwickelte, landfremde Völkerschaften aus dem ausgedehnten Kulturkreis an der unteren Donau die eingeschlossene Bevölkerung in ihren Bann zwingen.

Der erste zusammenfassende Bericht über „Die steinzeitliche Rheinfestung bei Urmig“, der kürzlich durch Museumsdirektor A. Günther aus Koblenz im „Mannus“ veröffentlicht wurde, führt lebhaftige Klagen darüber, daß viele gefundenen Ueberreste von den unverständlichen Altertumsgelehrten verstoßen oder durch Teilnahmslosigkeit und Eigenliebe vieler Fabrik- und Grundstücksbesitzer auf immer zerstört worden seien. Zum vollen Erfolg ist das einträgliche Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Behörden, Museen, Vereine, Grundstücksbesitzer und nicht zum wenigsten auch der Arbeiter nötig, denn, so sagt der Bericht wörtlich: „Gerade die Arbeiterschaft besitzt nicht nur ein sehr gutes Gefühl und feines Empfinden für die Ausbildung und Entdeckung von Altertümern und naturwissenschaftlichen Gegenständen, als auch öfter mehr Interesse und Verständnis für Geschichte und Heimatkunde als mancher Gebildetenmollende.“

Der Hilferuf der Vögel.

In der Vogelwelt gibt es auch ein Signal, das in höchster Not gegeben wird, ähnlich wie das Zeichen SOS. (Save our Souls), das in höchster Seesnot um Hilfe ruft. Der englische Ornithologe Oliver G. Bate erzählt einige fein beobachtete Vorfälle aus dem Vogelleben, die die Bedeutung dieses Alarmrufes kennzeichnen. Es ist kein allen Vögeln gemeinsamer Ruf, sondern jede Art hat ihr besonderes Rufsignal. Aber wenn das Signal ertönt, dann wird es sofort von allen Vögeln verstanden, und sie eilen herbei, um zu helfen. Wenn sie auch nicht immer den gefährdeten Bruder retten können, so tun sie doch ihr Bestes. Eine schwarze Rahe schlich sich leise nach einer Heide, in der ein paar Schwarzdrosseln nisteten. Im Nest waren Junge, die schon bald ausfliegen sollten, und beim Rufen der Rahe stieß die männliche Schwarzdrossel sofort einen schrillen Hilferuf aus. Der Ruf wurde von einer anderen Drossel gehört, die sofort herbeiflog und ebenfalls zu rufen begann. Ihr Schreien rief andere Vögel herbei, die die Rahe umschwärzten. Dieser wurde das Gewimmel umbeimlich und sie ließ von dem Angriff ab. Während die Rahe davonstach, erschien eine Wiederschweiflerin auf dem Kriegsschauplatz, die die Rahe aus der Ferne gehört hatte, wo sie für ihre Jungen Futter suchte. Ohne Zögern stürzte sie dieser tapferen Vogel auf die Rahe und schlug ihr mit den Flügeln auf den Rücken, so daß das Rahtier entsetzt flüchtete. Als Bate einen Brachvogel im Nest photographierte, griffen ein paar Röhren das Nest an. Der Brachvogel ließ sofort ein weithin vernehmbares Pfeifen ertönen, und darauf kamen andere Vögel seiner Gattung von allen Seiten herbei; auch ein Rotschenkel verließ sein Nest und erfuhr das ganze Moor mit herzzerreißenden Rufen. Die Röhren wurden dadurch so beunruhigt, daß sie fortzogen. Der Kenner der Vogelsprache wird selten im Walde spazieren gehen, ohne daß er einen solchen SOS der Vögel hört. Lange bevor er die Vögel selbst sieht, kann er aus diesen Hilferufen ziemlich genau erkennen, worum es sich handelt. Wenn man einen Eichelhäher aufgeregt schreien und in den Zweigen herumlatern sieht, so ist das ein sicheres Zeichen dafür, daß ihm eine Eule auf den Fersen ist. Fliegt der Häher niedrig, und andere Vögel klappern mit ihm herum, dann jagt eine Rahe im Gehölz. Sitten die Fasanen auf hohen Zweigen und stoßen mit langgestreckten Hälften Schreie aus, dann kann man sicher sein, daß ein Fuchs seine Beute sucht.

Arbeiterleben in Bombay. Bei der Volkszählung im Jahre 1921 hatte die Stadt Bombay in Vorderindien eine Bevölkerung von mehr als einer Million, unter der sich ungefähr 420 000 Lohnarbeiter befanden. Sie stammen nicht aus der Umgebung, sondern sind nahezu in ihrer Gesamtheit aus fernem armen Landbezirken in die indische Großstadt zusammengeströmt. Einmal im Jahr eilt die Mehrzahl dieser Zugewanderten in ihre Dörfer zurück, gewöhnlich, um ihren Angehörigen bei der Bestellung der kleinen zerstreuten Ackerflächen zu helfen, die dem Namen nach ihnen gehören, in Wahrheit aber immer schneller in der Hand des Geldverleihers im Dorf zusammenwachsen. Dieser Geldverleiher ist gleichzeitig der Darlehensmann und Warenhansbesitzer; ihn schützt das Gesetz. Um die immer steigenden Zinsen zahlen zu können, wandert der indische Arbeiter, vom höheren Gehalt der Fabriken angelockt, in die Ghatsquartiere Bombays. Auch hier fällt er zunächst in die Hände des Geldverleihers; denn der Lohn wird erst am Schluß der Arbeitswoche ausgezahlt, und die ersten Tage lebt der indische Arbeiter auch hier vom Borg. Wer die Matadis, die Postträger im Hafen, jemals beobachtet hat, wie sie unaufhörlich mit einem primitiven einbläserigen Singlang hin und her, vom Schiff aufs Land und vom Land aufs Schiff ziehen, schwere Lasten tragen, aus- und einladen, der staunt sie an. Nur das Wunder ihrer herkulischen Arbeit aber erhalten sie den fürstlichen Lohn von 1½ Schilling am Tage, das sind etwa 75 deutsche Reichspennung, und eine Zulage fürs Essen. Die Halbesgesellschaft zahlt diese fürstliche Summe lediglich dem Borarbeiter aus, der seine Beute wieder nur löhnt, wenn es ihm gefällt.

